Nr. 13 Dienstag, den 18. Januar 1910 17. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährl. 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährl. 42 Pfg., monatl. 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telephon: 18693. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telephon: 2721.

Tageskalender.

Der Reichstag behandelte die sozialdemokratische Interpellation über die Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter.

•

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes plant die preußische Regierung eine auf pluralem Klassenwahlrecht beruhende „Wahlreform", die Ende Februar dem Landtage unterbreitet werden soll.

•

Die Ergebnisse der englischen Wahlen deuten fortdauernd auf einen Fortschritt der Unionisten hin.

•

In Kalkutta wurde unter den eingeborenen Truppen eine Verschwörung entdeckt.

Dernburg.

Leipzig, 18. Januar.

Herr Dernburg sitzt hoch auf dem Siegesroß, ein roter Adler schmückt seine Brust und gratulierend drängen sich um ihn die kolonialkapitalistischen Haifische. Er hat einen „großen" Sieg errungen, er hat den kleinen Junkern, den in die Höhe gekommenen Händlern, Köchen, kleinen Beamten in Südwestafrika die Möglichkeit genommen, Diamantenschwindel zu treiben und die unwissende Menge der kleinen Börsenspekulanten einzuseifen. Nur ihnen, den Berliner Großbanken, die hinter der Deutschen Kolonialgesellschaft, der Besitzerin der Abbausonderberechtigung, stehen, ist sie gelassen worden.

Wie sieht der Sieg nun in der Nähe aus? Blendet hier Herr Dernburg die Erfolgsanbeter nicht mit sehr billigen Siegeslorbeeren? Hinter den kleinen Diamantenschwindlern in Südwest stand ernsthaft keine einzige Partei in Deutschland. Wenn ihre Klagen auch in der agrarischen Presse auch ein Echo fanden, so hatte die konservative Partei keinesfalls sich für jene Interessenten in die Schanze geworfen, und die Kreuzzeitung spricht in ihrer letzten Wochenschau die volle Zustimmung zur Dernburgschen Diamantenpolitik aus. Der Sieg Dernburgs bedeutet also keinen Sieg über die Junker als politische Partei — wie es manche darstellen wollen — wenn er auch Abbruch dem kleinen Troß junkerlicher Schwindler in Südwest tut. Stünde es anders, dann würde das Organ der Konservativen Herrn Dernburg gewiß nicht zustimmen; denn unsre Itzenplitze sind nicht aus jenem Holze geschnitzt, das sich von einem Börsenjobber beugen ließe. Wie Herr Dernburg im Kampfe mit den Junkern abschneidet, werden wir bei Besprechung der ostafrikanischen Fragen sehen. Hier konstatieren wir, daß er nur über eine kleine Schar größtenteils kleinbürgerlicher Spekulanten gesiegt hat, was ihm um so leichter fiel, weil das Kleinbürgertum, wo es dem Großkapital in die Quere läuft, immer von der Regierung rücksichtslos im Stiche gelassen wird. Mit dem Sieg sieht es also etwas windig aus, und es muß schlecht um einen geriebenen Börsianer stehen, wenn er so viel Nachdruck auf die Niederringung eines Haufens kleiner und dummer Schwindler legt.

Und wirklich hat Herr Dernburg alle Ursache, diesen seinen Sieg so laut in die Welt ausposaunen zu lassen. Hat er doch andern Gegnern gegenüber sehr schlecht abgeschnitten! Wir zeigten schon vor einigen Tagen, welche Erfolge Dernburg aus den Verhandlungen mit den Koloniallandgesellschaften geholt hat: sie waren so nichtig, daß er zu seiner Entschuldigung sich auf die Tatsache berufen mußte, nicht er habe die Konzessionen diesen Gesellschaften erteilt und er könne sich über den vor 25 Jahren geschaffenen Rechtsboden nicht hinwegsetzen. Wir werden noch zeigen, wie Herr Dernburg bei dem Rückkauf der Otavibahn das Reich der Otavigesellschaft auslieferte. Hier wollen wir nur untersuchen, wie er die Interessen des Reichs bei der Diamantenfrage verteidigt hatte. Zuerst kommt die Tatsache in Betracht, daß er ohne weiteres die Kolonialgesellschaft, auf deren Boden der größte Teil der Diamantenfelder sich befindet, als Besitzerin des Abbaurechts anerkannte. Herr Dernburg wußte in der Kommission so nett zu erzählen, was für Schwindler die kleinen Diamantengesellschaften sind, daß die nationalliberalen Kommerzienräte vor Freude sich schüttelten. Warum erinnerte er sich nicht, als ihm die Kunde von den Diamantenentdeckungen traf, daran, durch welche Manipulationen die Hintermänner der Kolonialgesellschaft zu ihrem Grundbesitz gekommen waren? Wir legten keine Lanze für die schwindellustigen Schreier ein, die gegen die Politik Dernburgs protestierten, aber warum die kleinen Diebe fangen und den großen noch weitere Konzessionen verleihen? Herr Dernburg ist andrer Meinung. Für ihn sind auch die gestohlenen Rechte, wenn sie nur groß und alt sind, heilig. Er gesteht dem Staate nicht das Recht zu, die großen Kolonialgesellschaften zu expropriieren, obwohl hier ein Interesse der Allgemeinheit zweifellos vorlag, das doch von der Regierung bei andrer Gelegenheit, als es galt, gegen die Polen vorzugehen, vorgeschützt wurde. Wenn nun schon Herr Dernburg der Kolonialgesellschaft das Eigentumsrecht am Grund und Boden nicht anzutasten wagte, warum griff er nicht zu einer milderen Maßregel: zur Wertzuwachssteuer? Daß der Wertzuwachs des Bodens nicht durch die Tätigkeit der Kolonialgesellschaft herbeigeführt worden ist, braucht nicht ausführlich bewiesen zu werden: die Millionen, die aus den Taschen deutscher Steuerzahler in die Kolonie hineingesteckt worden sind, die halbe Milliarde der Kriegskosten, die das deutsche Volk für die Erhaltung von Südwest zahlen mußte, das Blut deutscher Soldaten, das dort vergossen worden ist, dies alles ermöglichte es erst überhaupt, daß die deutschen „Zivilisatoren" den südwestafrikanischen Boden, auf dem sich die Diamanten befinden, in ihren raubgierigen Händen behielten. Es wäre also selbstverständlich, daß das Reich durch eine starke Besteuerung der Diamantenfelder einen Teil der durch zwei Jahrzehnte ausgelegten Summen zurückbekommen sollte. Daran dachte aber Herr Dernburg keinen Augenblick. Als sein spezielles Verdienst hebt er hervor, daß das Reich vom kapitalistischen Schmaus ein Almosen in der Form des Ausfuhrzolls auf Diamanten ergattert hat, der, obwohl von den Käufern getragen, doch den Extraprofit der Banken schmälert. Indem Herr Dernburg diesen „Trumpf" ausspielt, gebraucht er seine alten Börsenmethoden, deren guter Kenner zu sein er sich in der Reichstagskommission so rühmte: er blufft. In allen Staaten, in denen Diamantenfelder sich befinden, besteht ein Ausfuhrzoll für die Diamanten (so in Brasilien und Südafrika), obwohl ihr Abbau den genannten Staaten nicht so teuer zu stehen kam, wie Deutschland in Südwest.

Aber Herr Dernburg hat nicht nur das eine auf dem Gewissen, daß er die Interessen des Reichs nicht gewahrt hat: er schanzte noch den Kapitalisten ein spezielles Profitchen zu. Es handelt sich um die Verpachtung der fiskalischen Felder an die Diamantenpachtgesellschaft, wofür diese den vierten Teil des Reingewinns bekommt. Warum das? Die Gesellschaft beschäftigt sich doch gar nicht mit dem Abbau der Diamanten? Sie übergibt ihn der kolonialen Bergbaugesellschaft, was Herr Dernburg auch hätte tun können, ohne der Diamantenpachtgesellschaft für die Intervention zu zahlen. Aber freilich, man muß leben und leben lassen.

So sieht die „Gerissenheit" des Herrn Dernburg gegenüber den großen Kapitalisten aus. Die Kenntnis der kapitalistischen Kniffe gibt Herrn Dernburg vor den Bureaukraten in einer Hinsicht eine starke Position. Aber was können ihm die noch so weit geöffneten Augen helfen, wenn er gebundene Hände hat? Wenn die ganze Kolonialpolitik schließlich den einzigen Zweck nur hat, Kapitalistencliquen zu bereichern? Dementsprechend fühlt er sich als ihr Vertreter, der vom Reiche dafür bezahlt wird, als „uninteressierte", die Allgemeinheit vertretende Person, die Sonderinteressen dieser Cliquen zu vertreten. Und wie charakteristisch! In demselben Augenblick, wo Herr Dernburg und seine Presse den Ausfuhrzoll auf Diamanten als seinen Erfolg pries, erklärte er, die interessierten Kapitalistengruppen hätten sich in dieser Frage sehr zuvorkommend erwiesen. Natürlich! Lag es doch in ihrem Interesse, einen winzigen Teil der großen Beute dem Reiche abzutreten, um bei den breiten

Feuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Kröger.

18] Nachdruck verboten.

Dreizehntes Kapitel.

Alle drei gingen. Im Gartenhaus wurden die Sachen nach dem Verzeichnis noch einmal vorgezeigt.

„Ihr Bruder war lange krank?"

„Jawohl."

„Und Sie besorgten seine Geschäfte?"

„Ja."

„Ist auch was vergessen, was nicht im Protokoll steht?"

„Ich glaube nicht."

„Sie selbst haben nichts?"

„Wie sollte ich was haben?"

„Die Frage kommt Ihnen wunderlich vor,"

„Bischen wunderlich ist mir das."

„Und doch muß ich noch einmal fragen: Schmidt, Sie haben doch nichts weggebracht?"

Hinnerk Schmidts sonnverbranntes Gesicht wurde um einen Ton bleicher.

Karl Schnoor ging im Zimmer umher, er kam zufällig in Hinnerks Nähe, zwei Finger an den Lippen. Der in seinen Akten blätternde Richter sah auf und warf ihm einen scharfen Blick zu.

„Zurzeit ist hier eine nichtöffentliche, gerichtliche Verhandlung, sagte er. „Ich darf Sie wohl bitten, mich so lange mit Schmidt allein zu lassen."

„Wie Sie befehlen!" — Karl Ohm Schnoor verbeugte sich weltmännisch und verließ das Zimmer.

„Schmidt," fing der Richter wieder an, „nun komme ich auf meine Frage zurück. Sie haben doch nichts weggebracht?"

„Herr Rat, ich weiß nicht, ob ich nötig habe, darauf zu antworten. Aber ich wills tun und sagen, ich habe nichts weggebracht, was zum Nachlaß gehört."

Der Amtsrichter sah ihm scharf in die Augen.

„Sie betonen, was zum Nachlaß gehört. Haben Sie denn was weggebracht, was nach Ihrer Ansicht nicht dazu gehört?"

Hinnerk Schmidt schwieg.

„Besinnen Sie sich!"

„Da brauch ich mich nicht zu besinnen, ich habe nichts weggebracht, was zum Nachlaß gehört."

„Also nichts, was zum Nachlaß gehört?"

„Nein."

„Schön! — Da muß ich weiter fragen: Hat Ihr Bruder in der Lotterie gewonnen?"

„Ja."

„Wieviel?"

„Das möcht ich nicht gern sagen."

„Es soll viel gewesen sein."

„Herr Rat, was wissen da andre Leute von."

„Nun, einerlei, ob viel, ob wenig: Wo ist das Geld?"

Hinnerk Schmidt antwortete nicht.

„Ist es in den aufgeführten Hypotheken angelegt?"

„Nein."

„Also in den Staatspapieren?"

„Nein."

„Da frage ich: Wo ist der Gewinn?"

„Der gehörte Peter nicht mehr."

„Wem gehörte er denn?"

Hinnerk Schmidt schwieg. Mit verschleierten Augen und festgeschlossenen Lippen stand er vor dem Richter.

„Ich meine," fing der Beamte wieder an, „wenn der Verstorbene den Gewinn nicht mehr hatte, wo ist er denn geblieben? Sie sollten es wissen, Sie besorgten ja Ihres Bruders Geschäfte."

„Herr Rat, nehmen Sie mir nicht übel! Sie fragen und fragen, wie es Ihre Pflicht ist. Ich möchte aber nichts sagen."

„Schmidt, das kommt nicht von Ihnen."

Hinnerk Schmidt schwieg.

„Sie verweigern die Auskunft."

„Herr Rat, wenn das der Name dafür ist, dann ist es wohl so. — Ich nehme an, daß ich das darf."

„Dürfen?" antwortete der Richter. — „Nein, denn weder das Gesetz, noch Ihr Gewissen geben Ihnen dazu ein Recht. Sie dürfen es nur insoweit, als ich für heute kein Mittel habe, Sie zur Antwort zu nötigen. Aber damit ist die Sache nicht gut und nicht vorbei. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, Ihr Bruder, der Miterbe, kann einen Schwur vor Gericht verlangen, daß Sie den Nachlaß vollständig und richtig angegeben und auch von ihm nichts abhanden gebracht haben."

„Wenn er das kann, dann muß er das tun," erwiderte Hinnerk mitn Fedderbüdel trocken.

Damit war das Verhör zu Ende, der Richter schrieb nur noch das Protokoll. Es stand darin die vorläufig unbeeidigte Versicherung Hinnerk Schmidts, daß seine Angaben wahr seien, ferner seine Bereitwilligkeit, das auf Erfordern zu beschwören.

„Nicht wahr, das ist so richtig?"

„Ganz richtig, Herr Rat."

„Dann unterschreiben Sie."

Das tat Hinnerk.

Vierzehntes Kapitel.

Die Tür hatte sich mehrere Male leise geöffnet, das war die gute, alte Abel, die schon lange darauf brannte, den vornehmen Besuch zu bewirten. Und kaum war das ungemütliche Verhandeln vorbei, da kam sie mit Tischtuch und Tellern, eine große, dampfende Suppenterrine folgte, und der gestrenge Rat mußte sich eine bäuerliche Fleischbrühe gefallen lassen. — Karl Schnoor nahm bei Tisch das Wort, soweit es die Schicklichkeit, wie er sie verstand, zuließ. Und das mußte man ihm lassen: erzählen, das konnte er. Karl Ohm Schnoor war dem Richter wohl von Hörensagen bekannt, vielleicht nicht von der allerbesten Seite. Der Rat hielt seine Heiterkeit im Zaum und lächelte kaum, wenn Karl Ohm ein lautes Lachen so bestimmt er-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Massen des Kleinbürgertums nicht den Appetit auf das Ganze zu wecken.

Doch die Situation ist auch in parteitaktischer Hinsicht interessant. Wenn selbst bei einer so außerordentlich günstigen Lage der Dinge wie in Südwest — die großen Profite kommen unerwartet und selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Oekonomie unverdient — die Regierung nichts tut, um die allgemeinen Interessen zu wahren, wie würde es erst bei normalen Verhältnissen um die Möglichkeit bestellt sein, die Staatsgewalt im Allgemeininteresse und zur Hebung der Lage der Eingeborenen zu benutzen. kurzum, wie würde es da erst um jene „sozialistische" Kolonialpolitik bestellt sein, für die uns die Genossen David, Van Kol, Vandervelde usw. begeistern wollen? —

Indem uns Herr Dernburg dies zu demonstrieren Gelegenheit gibt, verdient er von unserm revolutionären Standpunkt aus unsern Dank. Daran mag er sich genügen lassen.

Reichstag.

18. Sitzung, Montag, den 17. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Interpellationen.

1. Interpellation des Zentrums und der Nationalliberalen, betreffend die **Pensionsversicherung der Privatbeamten.**

Auf Anfrage des Vizepräsidenten **Dr. Spahn** erklärt sich Staatssekretär **Dr. Delbrück** bereit, die Interpellationen zu beantworten.

Abg. **Sittart** (Zentr.): Die Privatbeamten sind sehr beunruhigt darüber, daß die Regierung bei der Reichsversicherungsordnung nichts über ihre Versicherung sagte. **Wir wollen nicht drängen,** aber wir wollen Klarheit, und bitten den Herrn Staatssekretär um deutliche Antwort. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Dr. Stresemann** (nat.-lib.): Der jetzige Reichskanzler stellte im Februar 1909 ein Gesetz über die Pensionsversicherung der Privatbeamten in Aussicht, sobald die Verhandlungen mit den Beteiligten beendet seien. Obwohl das inzwischen geschehen, ist die Vorlage nicht gekommen. Hingegen scheint eine offiziöse Pressemitteilung anzudeuten, daß der Standpunkt der Regierung eine Veränderung erfahren. Man beruft sich darauf, daß die Privatbeamten die Versicherung selbst nicht wollten. Das ist aber ganz falsch. Wir wünschen, daß uns in dieser Session eine Vorlage zugeht, damit die Privatbeamten sich nicht von den

Sirenentönen der Sozialdemokratie

verlocken lassen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatsminister **Dr. Delbrück:** Die technischen Schwierigkeiten der Verarbeitung des Materials sind so groß, daß ich noch nicht in der Lage war, eine Vorlage einzubringen. Daher habe ich erwogen, die Frage im Rahmen der Reichsversicherungsordnung

in minder vollendeter Form

zu lösen. Das würde aber niemanden befriedigen. Aus diesen Gründen mußte ich die Vorlage noch zurückstellen. Was ich um so mehr bedaure, als auch ich die **sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeit** anerkenne.

Auf Antrag **Hertling** (Zentr.) und **Bassermann** (nat.-lib.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. **Dr. Drüscher** (kons.) und Abg. **Hormann** (freis. Vp.) wünschen möglichst beschleunigte Einbringung einer guten brauchbaren Vorlage.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich habe aus der Rede des Herrn Staatssekretärs eigentlich gar nichts erfahren. Es schweben Verhandlungen, aber man weiß nicht wo, man weiß nicht in welcher Richtung, es scheint

die ganze Sache verschwebt in Nichts!

(Sehr gut! bei den Soz.) Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es gar nicht anders möglich ist, als die Privatbeamtenversicherung **anzugliedern an die Alters- und Invalidenversicherung.** Der Widerspruch aus Privatbeamtenkreisen gegen diese Angliederung beruht nicht etwa auf finanziellen Erwägungen, sondern darauf, daß unsre Privatangestellten leider der Ansicht sind, sie vergeben sich etwas, wenn sie in ein Lokal gehen, wo Arbeiter verkehren (Sehr richtig! bei den Soz.), und genau so fürchten sie, **es falle ihnen eine Perle aus der Krone, wenn sie mit den Arbeitern in eine Versicherung gehen.**

Auf solche Torheiten sollte man keine Rücksicht nehmen! (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Frage der Abgrenzung zwischen Arbeitern und Beamten ist in der Denkschrift zu leicht genommen. Man kann es ja gar nicht genau definieren, wer ein Arbeiter, und wer ein Beamter ist.

Die Denkschrift hat ferner Beiträge in Aussicht genommen, die die Angestellten gar nicht bezahlen können. Die meisten bekommen ja nicht mehr Gehalt als gut gelohnte Arbeiter. Die **soziale Schicht der Privatbeamten ist eine sehr wichtige.** Mögen die Angestellten sich immerhin Herren nennen und sich Titel geben, mögen sogar einige den Doktortitel haben, sie sind doch nur **ein Teil der arbeitenden Klasse.** Immer mehr werden sie in ihren Kindern zu der Erkenntnis gezwungen, daß

auch sie ausgesprochene Proletarier

sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) In den Privatangestellten wird also die arbeitende Klasse selbst gesichert, und deshalb begreife ich das Interesse gewisser Kreise daran, daß diese Vorlage nicht vorwärts kommt. Herrn Stresemann will ich nur an den Namen Bueck erinnern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie die Sache fördern wollen, so soll uns das freuen. Freilich, **wenn die Regierung uns nicht mehr zu sagen hat, so sind meine Hoffnungen gleich Null.** (Bravo! bei den Soz.)

Abg. **Linz** (Reichsp.) verlangt beschleunigte Inangriffnahme der Materie. Die Widerstände seien zurückzuführen auf die Uneinigkeit bezüglich der Beitragsquote der Unternehmer. Die soziale Gerechtigkeit erfordere aber dieses neue Opfer. (Beifall rechts.)

Abg. **Brejski** (Pole) wünscht ebenfalls Beschleunigung, wendet sich aber gegen die sozialdemokratische Forderung, die Privatbeamtenversicherung im Rahmen der Reichsversicherung zu regeln. Prinzipiell sei das wünschenswert, aber die Beamten wollen es nicht.

Abg. **Dr. Burckhardt** (Wirtschaftl. Vg.) wünscht ebenfalls Beschleunigung und wiederholt die Bedenken des Vorredners. Von einem Hochmut der Angestellten gegen die Arbeiterschaft könne keine Rede sein. (Beifall rechts.)

Abg. **Racken** (Zentr.): Die Antwort des Staatssekretärs war unbefriedigend. (Sehr richtig!) Das Zögern bei der Regierung ist geradezu unverständlich. Herrn Heine bemerke ich, daß die Privatbeamten nicht aus Hoch- oder Uebermut, sondern

im wohlerwogenen eignen Interesse

eine besondere Versicherung verlangen. Die Antwort des Staatssekretärs wird bei den Beamten eine gewaltige Entrüstung hervorrufen. (Bravo! im Zentrum.)

Hiermit schließt die Besprechung.

2. Interpellation **Albrecht** und Genossen (Soz.), betreffend die **Unterstützung der Tabakarbeiter:** „Ist dem Reichskanzler bekannt, daß die Ausführung der Vorschriften über die Unterstützungen an arbeitslose Tabakarbeiter Härten und Mißstände für die Unterstützungsberechtigten ergeben hat? Ist der Reichskanzler bereit, hiergegen Maßregeln zu treffen und einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die im Tabaksteuergesetz ausgeworfene Unterstützungssumme von 4 Millionen Mark erhöht wird?"

Staatssekretär **Wermuth** erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. **Geyer** (Soz.): **Die Folgen des Tabaksteuergesetzes, die wir vorausgesagt haben, sind eingetroffen.** Ja unsre Voraussagungen sind übertroffen worden.

Zehntausende von Tabakarbeitern sind brotlos

und eine Anzahl kleiner Unternehmer sind um ihre Existenz gebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Fortgesetzt erhalten wir **Briefe kleiner Tabakhändler, die ihren Ruin beklagen.** Da schreibt mir einer von diesen ruinierten kleinen Unternehmern, ein Mann von 61 Jahren; in seiner Verzweiflung fragt er an bei mir, wohin er sich wenden soll, damit er und seine Frau nicht der Armendirektion zur Last fallen. (Bewegung.) Ich habe ihm leider nur antworten können: Der Staat tut nichts für Sie, denn unser Antrag, auch die kleinen Händler zu entschädigen, ist abgelehnt worden. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.)

So treibt man Mittelstandspolitik!

So liefert man die Tabakindustrie dem Großkapital aus. (Lebhafte Zustimmung links.)

Was nun die Arbeiter betrifft, so fehlt es an einer amtlichen Statistik. (Hört, hört!) Die Erhebungen der Gewerkschaft aber ergeben **40 000 brotlose Tabakarbeiter.** Für alte und schwächliche Arbeiter wird

die Arbeitslosigkeit eine dauernde

sein. Und auch viele, die wieder eingestellt werden, werden bald darauf wieder ihre Entlassung haben. Es steht fest, daß **immer neue Entlassungen eintreten.** (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Nun hatte das Gesetz den Zweck, die arbeitslos gewordenen Arbeiter nach Möglichkeit zu unterstützen. **Die Ausführungsbestimmungen** jedoch, welche die Regierung zum Artikel 2a erließ, sind ein trauriger Beweis für die

Unfähigkeit der Beamten im Reichsschatzamt.

Man hätte Arbeiter und Unternehmer hinzuziehen müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.), und abgesehen davon, daß diese Bestimmungen ganz ungeeignet waren, wurden sie auch noch

von den Zollbehörden in unerhört roher Weise gehandhabt!

(Hört, hört! bei den Soz.) Es wurden **alle möglichen und unmöglichen Gründe hervorgesucht, um die Unterstützung zu verweigern.** (Lebhafte Entrüstungsrufe bei den Soz.) **Ausgeschlossen** wurden Zigarrenarbeiter, die ihrer Militärpflicht genügt und nach der Entlassung vom Militär keine Anstellung finden konnten. **Ein schöner Lohn für diejenigen, die ihrer sogenannten Pflicht für das Vaterland Genüge getan hatten!** Ausgeschlossen wurden Ausländer, auch wenn sie jahrelang in Deutschland gearbeitet und eine Familie gegründet hatten. Das geschah nicht nur in den Grenzgebieten, auch in Hamburg. Ausgeschlossen hat man Lehrlinge, die im Laufe des Jahres ausgelernt hatten. Ferner **Kistenbekleber und Bekleberinnen,** denen man entgegnete, sie seien nicht im Tabakgewerbe beschäftigt! **Sogar Sortierer und Sortiererinnen,** die Farbenauswahl der Zigarren zu treffen haben, hat man ausgeschlossen. Und schließlich auch **Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen!** Ja sogar Zigarrenarbeiter, die infolge Arbeitswechsels nicht volle 52 Wochen beschäftigt waren, und solche, bei denen eine Unterbrechung durch Krankheit eingetreten war, ebenso Wöchnerinnen, hat man ausgeschlossen.

Zu aller Willkür

gesellte sich die weitere, daß man Arbeiter ausschloß, wenn sie sich weigerten, Erdarbeiten anzunehmen, **die sie gar nicht ausführen konnten.** Ein 73jähriger Mann wurde in die Fremde gestoßen und gleichzeitig wurde ihm

zugemutet, Streikbrecher zu werden!

(Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Sie wissen alle, daß ein 73jähriger Tabakarbeiter auswärts keine Beschäftigung mehr finden kann. Ihn aus seiner Heimat zu vertreiben, ist eine Grausamkeit, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soz.)

Und in welcher Weise werden ferner die Unterstützungen berechnet? Nach dem Gesetz soll die Unterstützung drei Viertel des entgangenen Lohnes betragen. Die Zollbehörde nimmt nun den Lohn der in dem letzten Jahre verdient wurde, gleichgültig, ob der Betreffende das ganze Jahr Arbeit hatte, diese Summe dividiert sie durch 52 und das Resultat stellt sie als den Wochenlohn hin. Es bedurfte unsrer ernstesten Vorstellungen in der Presse und einer Audienz beim Reichsschatzsekretär, um eine Aenderung herbeizuführen. **Anstatt die Arbeiter zu unterstützen,** hat man sie

von Pontius zu Pilatus geschickt,

sie auch noch gezwungen, ihre Zeit zu verzetteln. Diese Rücksichtslosigkeit ist geradezu eine Gesetzwidrigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die Presse geht jetzt eine Notiz, daß die in Hessen

Unterstützten ihr Wahlrecht verlieren!

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir wünschen, daß der Reichsschatzsekretär auf den § 13 der neuen Ausführungsbestimmungen hinweist, wonach die Rechte der Arbeiter auf Grund der Unterstützung nicht geschmälert werden dürfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine solche Gesetzwidrigkeit kann nicht länger geduldet werden.

Das ganze Tabaksteuergesetz ist ein großes Unglück für die Industrie und noch niemals sind Arbeiter durch ein Gesetz derartig geschädigt worden. Wenn der Staat sich erlaubt, 40 000 Arbeiter durch ein Gesetz brotlos zu machen, so muß er sie auch davor bewahren, daß sie in Not und Elend verkommen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Schatzsekretär **Wermuth:** Bei der Neuheit der Materie stoße man naturgemäß auf

Unebenheiten.

Die verbündeten Regierungen seien aber bestrebt, die Unterstützungen in möglichst warm- und weitherziger Weise zu handhaben. Sowie auch allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Da mir Herr Geyer sein Material leider nicht privatim mitgeteilt hat, bin ich außerstande, es sofort zu prüfen. Bis Ende Dezember wurden 1 605 000 Mk. ausgegeben. Die Zahl der Unterstützungsgesuche bis Ende 1909 betrug zirka 54 000. 40 000 wurden anerkannt. In der Presse wurde viel übertrieben. Redner bestreitet in längerer Darlegung, daß die Tabakindustrie durch das Gesetz erheblichen Schaden erlitten habe. An der bedauerlich übertreibenden Agitation gegen die neuen Steuern (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentr.) hat sich der solide Zigarrenhandel nicht beteiligt. Weder rechtlich noch materiell können die Zigarettenarbeiter beanspruchen, der Unterstützung teilhaftig zu werden. (Widerspruch bei den Soz.) Die Weitherzigkeit der Ausführungsbestimmungen verlockt zu unberechtigten Ansprüchen. Das ist um so bedauerlicher, als weite Kreise unsres Erwerbslebens unter einem chronischen Arbeitermangel leiden. Da empfiehlt es sich doch nicht, die Erhaltung Arbeitsloser eines einzigen Zweigs aus Staatsmitteln so weit auszudehnen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Es kann nicht geleugnet werden, daß manche Behörden die Unterstützungsfrage engherzig behandelten. Der Ausschluß der Zigarettenarbeiter von der Wohltat der Unterstützung widerspricht unsrer, der Antragsteller Absichten. (Hört, hört!) Die Behörden sollen den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern und andern Arbeitern der durch die neuen Steuern getroffenen Erwerbszweige nach Möglichkeit neue Arbeitsgelegenheit schaffen. (Lebh. Bravo! im Zentrum.)

Abg. **Sielemann** (kons.): Anfangs mögen Härten vorgekommen sein, aber die Klagen des Abg. Geyer sind übertrieben.

---

wartet hatte, daß er sichs selbst gestattete. Aber, als Karl Ohm Schnoor die Geschichte von dem Buchweizenkloß erzählte, der von einem Teller herabfiel, unbemerkt unter und hinter eine Lade rollte und dort ein Jahr liegen blieb, sich zu einem Ungetüm auswachsend, das, wie man schließlich die Lade rückte, fürchterlich aussah, Schimmelfühlfäden hatte von einem Meter Länge, so fürchterlich aussah, daß alles in Entsetzen davonstob und dann mit Mistforken zurückkehrte, von denen man keinen Gebrauch machte, vielmehr, damit kein Unglück geschehe, dem Untier von oben her, indem man die Zimmerdecke aufbrach zu Leibe ging . . . als Karl Ohm diese Geschichte erzählte da war der Rat in Gefahr, aus der Rolle zu fallen. Der Erzähler nötigte (dem übelwollenden Rat gegenüber ein schöner Triumph) dem Amtsrichter nötigte er nicht allein ein Lächeln, sondern sogar ein leises, freilich von den widerwilligen Kiefern unterdrücktes Lachen ab.

Gleich nach Tisch fuhr der Richter davon. Auf dem Heimweg wollte der Lotterieschatz ihm nicht aus dem Kopf. Hinnerk Schmidt hat wahrscheinlich das Geld von Peter mit warmer Hand geschenkt erhalten. „Ja, ja, so wird es sein." — Der Gerichtsrat sah auf die im Sandweg mahlenden Räder. Da nun, dachte er weiter, die Schenkung jedenfalls nicht gerichtlich „insinuiert" worden ist, und die altrömische Bestimmung von den 500 Solidi bei uns noch immer zu Recht besteht, so könnten im günstigsten Fall gültig nicht mehr als 4666⅔ Mark in Hinnerk Schmidts Vermögen übertragen worden sein. Schade, daß ich nicht daran gedacht habe, ihn hierauf aufmerksam zu machen. Denn für ehrlich halte ich ihn trotz alledem Sein Rückhalt ist der witzige Ohm, und der allein ist schuld daran, daß er sich auf Heimlichkeiten versteift.

Fünfzehntes Kapitel.

Nach des Richters Abreise kam Karl Ohms Laune zur vollen Blüte. Hinnerk und Maleen konnten den Reichtum allein unmöglich verzehren, gegen Abend mußten ein paar Nachbarn dazu gebeten werden. Ferdinand Lucht, derselbe, der mit seinen Vettern um die Staatsobligation prozessierte, gehörte auch dazu.

Die Gesellschaft blieb spät beisammen, und Karl Ohm hatte immer das Wort, und immer erzählte er von Rechtssachen, und überall war durch seinen Rat eine günstige Wendung herbeigeführt worden. Mehrere Male war es schon bei den Gerichten gewesen und hatte bös ausgesehen dann war aber, nachdem er den Leuten die Sache klargemacht hatte, der Advokat herzugeholt worden, um anzuhören, was Karl Schnoor aus Bargenhusen für einen Ausweg gefunden habe. Der Advokat hatte sich dann immer hinter den Ohren gekratzt und gesagt: „Deuker nochn mal, da hab ich gar nicht dran gedacht! . . . Ja, ja das muß gehen. Nun wollen wir es schon kriegen." . . . Ja, nachdem Karl Schnoor ihm ein Licht aufgesteckt hatte, da war es freilich keine Kunst mehr, da wollte er es wohl kriegen. Wie er dabei lachen konnte, der Allerweits-Karl-Ohm!

Als man die Sitzung am späten Abend aufhob, sagte der Besuch: „Zum Zehnuhrzug muß ich am Bahnhof sein. Solltest mich wohl hinfahren können, Hinnerk?"

„Das kann angehen."

Selten hatte Hinnerk Schmidt eine Zusage so gern gegeben. „Ich habe doch bei Voß in Oldenswörden zu tun," setzte er hinzu.

Die Nachbarn standen, die Mütze in der Hand, sich zu empfehlen. Ferdinand Lucht zog aber den klugen Ohm noch in die Ecke und setzte ihm mit abgetönter Stimme etwas auseinander.

„Sieh, Hinnerk," rief Karl Schnoor, „da ist Ferdinand, der streitet auch um seines Ohms bißchen Geld. Der Alte hat ihm auf dem Sterbebett ein Staatspapier geschenkt, und die andern wollen das nicht gelten lassen. Aber Ferdinand hat seinen Prozeß gewonnen, und das Kreisgericht hat gesagt, da könnten sie nicht daran tippen, das sollten sie wohl stehen lassen. War das nicht so, Ferdinand?"

„Ja," entgegnete Ferdinand Lucht, „so ist es. Aber die andern sind weitergegangen, und nun ist die Sache beim Appellgericht."

„Das laß sie man ruhig tun," prahlte Karl. „Es gibt immer Leute, die nie klug werden, die sich nicht genug Kosten machen können."

„Sie sagen," erklärte Ferdinand, „es hätte vor Gericht gemacht werden müssen."

„Vor Gericht?" schrie Karl Ohm. „Das ist ja Unsinn! Und das sollte das Kreisgericht nicht gewußt haben?!"

An dem Abend ging Hinnerk als ein vollkommen Glücklicher zu Bett. Ohne Aderlaß wird es freilich nicht abgehen, etwas Rauhreif wird auf die Blüte fallen . . . das muß sich helfen. Der Reif kam aber doch bißchen stärker, als er erwartet hatte, und fiel gleich nach dem Morgenkaffee, als Hinnerk seinen Besuch durch die Pferdeställe führte. Eben hatte Karl den braunen Wallach gelobt der auf der Tierschau ehrenvolle Erwähnung gefunden da trat er rasch auf die hinter den Pferden sich hinziehende Karrenbahn zurück. „A, Hinnerk!"

Und dies „A, Hinnerk" kam zwar bißchen gedämpft rollte aber doch braun und voll und treuherzig wie auf Freundschaftswalzen daher. Karl Ohm stellte sein bester Lächeln auf, zwei Reihen guterhaltener Zähne leuchteten Hinnerk Schmidt entgegen.

„Na?" erwiderte Hinnerk. Sein Ton war kurz und ahnungsvoll.

Und dann kam das, was kommen mußte, die in wattenweiche Redensarten eingewickelte Bitte um ein Darlehen. Augenblickliche Umstände . . . sie wurden großzügig vorgetragen.

„Wieviel?"

„Hundert Taler."

Ueber die Höhe war Hinnerk mitn Fedderbüdel erschrocken. Erst sprach er davon, er habe gar nicht so viel Geld im Hause, aber Karl Ohm mit seinen weißen Zähnen, mit seinen leuchtenden braunen Augen lachte ihm ins Gesicht.

„Ich nehme auch Coupons."

Nun versuchte Hinnerk mitn Fedderbüdel abzudingen Aber Karl Ohm Schnoor hatte schon in des Neffen Mienen gelesen, daß das nichts weiter als ein Hinhalten und Zappeln sei, und daß ihm die hundert sicher, wenn er nur fest bleibe. Karl Schnoor bedauerte, nicht hundert und fünfzig gefordert zu haben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Mängel sind beseitigt. Hoffentlich werden alle entlassenen Arbeiter nach und nach wieder eingestellt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Contze (nat.-lib.): Die Krisis ist nicht überwunden, wie Herr Giesberts glaubt. Wenn die 4 Millionen nicht ausreichen, so sind wir bereit, den Fonds zu erhöhen. Es ist nicht zu billigen, daß die Zigarettenarbeiter ausgeschlossen wurden.

Abg. Hormann (freis. Vp.): Herr Giesberts will sich jetzt die Hände waschen, damit kommt er zu spät. Das nützt den Arbeitern gar nichts mehr. Es wäre besser für sie gewesen, man hätte sie nicht erst durch die Gesetzgebung brotlos gemacht. Aber jetzt ist das Zentrum noch besonders stolz auf seine Gesetzgebung. Sollte es notwendig sein, den Fonds zu erhöhen, so sind wir natürlich bereit.

Abg. von Oertzen (Reichsp.): Wir sind bereit, weitere Mittel zu bewilligen.

Abg. Brejski (Pole) verlangt Berücksichtigung der Zigarettenarbeiter.

Abg. Burckhardt (wirtsch. Vg.): Wir wünschen, daß die Unterstützung rasch und reichlich gegeben wird.

Abg. Molkenbuhr (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß den Zigarettenarbeitern auf Grund des Artikels 2 kein Anspruch auf Unterstützung zusteht. Wäre das beabsichtigt gewesen, so hätte man es sicherlich in das Gesetz hineingeschrieben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat aber im Gegenteil erklärt, daß die durch das Gesetz arbeitslos Werdenden entschädigt werden sollen, und **die Erhöhung der Zigarettensteuer ist bekanntlich auch in dem Gesetz enthalten.** (Zustimmung bei den Soz.) **Gerade die Zigarettenarbeiter werden in hohem Maße getroffen.** Auch steht ausdrücklich im Gesetz, daß die Entschädigung eintritt, wenn ein Berufswechsel infolge der Arbeitslosigkeit eintreten muß. Dieser Fall liegt vor, wenn ein vom Militär Entlassener in der Zigarrenindustrie keine Arbeit findet.

Die 4 Millionen werden natürlich nicht ausreichen! Es wird sich wohl die Erhöhung des Fonds als notwendig erweisen. Ebenso wie die nachteiligen Wirkungen des Gesetzes vom Jahre 1879 ein

ganzes Jahrzehnt hindurch

fortgedauert haben, so wird es auch jetzt lange Zeit dauern, bis die schweren Schäden wettgemacht sind, die das neue Steuergesetz verursacht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Besprechung.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, 1 Uhr. Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.) über den Mansfelder Streik. Interpellation Ablaß (freis. Vp.) über die Ausführung des Vereinsgesetzes. 2. Lesung des Justizetats.

Gewerkschaftsbewegung.

„Amerikanische" Eintrittsgelder.

Zur Zeit der Gompersdebatten spielte auch die Ausschließungspolitik amerikanischer Gewerkschaften eine Rolle. Von Gompers freundlicher Seite wurde damals bestritten, daß in amerikanischen Gewerkschaften eine solche Politik der Ausschließung betrieben werde. Es häuften sich jedoch dann die Beweise, so daß die gekennzeichnete Tendenz nicht mehr abgeleugnet werden konnte. Jetzt ist die Gewerkschaft, das Organ der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, in der Lage, von 2353 der im Staate Neuyork bestehenden 2450 Ortsvereinen die Höhe der Eintrittsgelder mitzuteilen. Es erhoben danach im Jahre 1907 an Eintrittsgeld:

Weniger als	1	Dollar	81	oder	3,4	Prozent
1 bis	1.99	„	247	„	10,5	„
2 „	4.99	„	456	„	19,4	„
5 „	9.99	„	631	„	26,8	„
10 „	14.99	„	389	„	16,5	„
15 „	19.99	„	115	„	4,9	„
20 „	24.99	„	107	„	4,6	„
25 „	29.99	„	240	„	10,2	„
30 „	39.99	„	22	„	0,9	„
40 „	200.—	„	65	„	2,8	„

Weniger als einen Dollar (4.20 Mk.) erhoben also von den 2353 Vereinen nur 81 oder 3,4 Prozent. Ein Eintrittsgeld von dieser Höhe aber ist schon in der europäischen kontinentalen Gewerkschaftsbewegung ein Unding. Die weiteren Ziffern beweisen dann, wie unglaublich hoch die zu zahlenden Eintrittsgelder sind. Der Effekt solch hoher Gebühren, selbst wenn sie in Raten gezahlt werden können, ist eben doch der Abschluß der betreffenden Vereine gegen Arbeiter, die nicht in der Lage sind, 50, 100 oder gar bis 840 Mk. (200 Dollar) ihrem Beutel zu entnehmen. Es ist dringend zu wünschen, daß mit dem Anschluß der American Federation of Labor an die gewerkschaftliche Internationale auch diese Ausschließungspolitik der amerikanischen Gewerkschaften endlich aufgegeben wird durch Herabsetzung dieser echt „amerikanischen" Eintrittsgelder.

„Will mal sehen," antwortete Hinnerk schließlich trocken und gequält.

„Wenn du mir eine Schere gibst, helf ich beim Couponschneiden," lachte der lustige Ohm. Er hatte immer ein lustiges Wort.

Es bedurfte aber so großer Anstalten nicht. Als sie die Pferdeställe verlassen hatten und wieder in der Wohnstube waren, ging Hinnerk mit weitem, wogendem Schritt nach der Schatulle, schloß auf, kramte hinter der Klappe, klimperte mit Geld (Karl Schnoors geübtes Ohr hörte heraus, daß es Goldstücke seien) und zählte dann, wie ein entschlossener gefaßter Mann, die damals erst eingeführten Goldstücke, fünfzehn für Butter gelöste, jungfräuliche Doppelkronen, seinem Berater in die Hand. Er hätte aber lieber Papier nehmen sollen, denn Maleen war plötzlich in der Stube, nahm ihre Schürze ab, hängte sie an einen Nagel, nahm eine andre vom Haken, band sie vor, sah müde und interesselos aus und sagte: „Dat is je veel Geld."

Die Männer schwiegen. Und als sie nach einer Weile wieder allein waren, da stellte Karl Ohm „um Lebens- und Sterbenswillen" eine kleine Handschrift aus.

Und dann wurde angespannt. Von Maleen verabschiedete sich der Gast in guter Laune, er fand sogar Worte des Trostes für die hundert Taler. Er hoffe, sagte er, seine Schuld nach nicht langer Zeit abzahlen zu können — Bei dieser wohl etwas kühnen Zusage hatte er den Kopf in den Nacken geworfen und sah die Zimmerdecke verschämt an. — „Und, Maleen," setzte er hinzu und da war er wieder ein die Leute frei in die Augen blickender Mann, „dann mußt du bedenken, daß mitunter ein guter Rat viel mehr wert ist, als hundert Taler."

Hinnerk stand dabei, die Mütze auf dem Kopf, die Peitsche in der Hand. Er schluckte ein paarmal trocken nieder, wie er zu tun pflegte, wenn es galt einen Verdruß zu verstauen. Seine Stimmung war aber immer noch bißchen angetrocknet, als es zum Hecktor hinausging.

(Fortsetzung folgt.)

Leipzig und Umgebung.

Zur Lage der Buchhandlungsgehilfen.

Unter den Handlungsgehilfen bilden die im Buchhandel tätigen Angestellten ein in ihrer Arbeitsweise und ihren Lebensbedingungen besondere Gruppe. Wohl wenig ist die wirkliche Lage dieser Angestellten bekannt, sonst würde sich eine große Anzahl Eltern sicher nicht darum bemühen, eine sogenannte Lehrstelle im Buchhandel für den aus der Schule entlassenen Sohn zu bekommen, um aus ihm was „Besseres" zu machen. Wir haben oftmals auf die schlechten Existenzbedingungen dieser Gruppe von Angestellten hingewiesen, und die Buchhandlungsgehilfenbewegung im Jahre 1907 hat ja auch der weiteren Oeffentlichkeit die traurige Lage des „Jungbuchhandels" enthüllt.

Unter besonders ungünstigen Existenzbedingungen arbeiten zurzeit die Angestellten des Grossobuchhandels. Das zeigte deutlich eine Versammlung der Angestellten der bekannten Firma Otto Maier G. m. b. H. Die hygienischen Verhältnisse lassen alles zu wünschen übrig. Ungenügende Abort- und Waschverhältnisse, schlechte Arbeitsräume mit zum Teil aufgerissenen und schadhaften Dielen, bei deren Passieren man vor Knochenbrüchen nicht sicher ist, machen die Arbeit nicht gerade angenehm. Die Arbeitszeit beginnt sehr pünktlich, endet aber ebenso unpünktlich, und dieselben Angestellten, die unbezahlte Ueberarbeit leisten müssen, werden mit Donnergrollen empfangen, wenn sie früh nur wenige Minuten zu spät kommen. Allerdings, eine Arbeiterkategorie hat meist pünktlich Arbeitsschluß, nämlich die Markthelfer, da deren Ueberstunden bezahlt werden müssen. Die Herren Gehilfen müssen oftmals bis ½11 Uhr und länger arbeiten.

Die Bezahlung ist entsprechend niedrig. Die alte Erfahrungstatsache: Lange Arbeitszeit, niedrige Bezahlung ist bei der Firma Otto Maier in ausgeprägtester Form bestätigt. Dazu kommt ein absonderliches System, das die Profitmacherei auf die Spitze treibt: die meisten Angestellten der Firma sind junge Leute, Schreiber, Kontorburschen und Lehrlinge, bei deren Beschäftigung die Firma natürlich sehr leicht auf weibliche Arbeitskräfte verzichten kann.

Die Arbeitsleistung der Angestellten ist naturgemäß erheblich. Antreiber sorgen für intensivste Ausnutzung der Arbeitskraft. Trotzdem „ahlen" sich nach Ansicht der Herren Prokuristen die Angestellten, die „stinkend faul" seien, die in ihrer „Faulheit" das „bißchen Mährde von Arbeit" nicht mal leisten könnten. „Wem es nicht paßt, der kann gehen, ich kriege hundert für einen", so lautet die grundsätzliche Anschauung dieser Herren über die Angestellten. Die Firma Otto Maier G. m. b. H. hat in ihrem Geschäftsumfang, wie zum Hohne auf die geschilderten Zustände, auch den „Gesundes Leben"-Verlag.

Natürlich verhält sich die Geschäftsleitung gegen die Organisation der Gehilfen absolut ablehnend — solange die Angestellten nicht genügend organisiert sind natürlich. Als letzthin der Zentralverband der Handlungsgehilfen Einladungszettel vor der Tür nach Arbeitsschluß verteilte, verbot Herr Zerge, der Geschäftsführer, ganz aufgeregt „seinen Leuten", einen Zettel anzunehmen, nachdem sein provozierendes Verhalten an der Ruhe der Zettelverteiler wirkungslos abgeprallt war. Ebenso waren auch „Geschickte" bei der Versammlung selbst, die natürlich nicht auf ihre Rechnung kamen, weil die Zustände unter dem Beifall und der Zustimmung aller Angestellten so geschildert wurden, wie sie wirklich waren.

Wie Herr Zerge den Inhalt der Besprechung zu erfahren suchte, das bewies er andern Tags durch Befragung „seiner" Angestellten, wobei er nicht unterließ, die Arbeitsbedingungen des Geschäftsführers des Zentralverbandes den jungen Leuten ins „rechte Licht" zu stellen. „Sehen Sie," so sagte Herr Zerge, „dieser Agitator steht früh um 9 Uhr auf, geht dann zum Frühschoppen und hat seine 20 Mark verdient!" Womit Herr Zerge beweist, daß ihm eine gewisse Kenntnis über die Gewerkschaften bitter nottut. Ob Herr Maier, der Chef der Firma, der in Berlin wohnt, so genaue Kenntnis von der Ausbeutung seiner Angestellten hat, möchten wir füglich bezweifeln.

Die Buchhandlungsgehilfen werden solange unter den miserablen Arbeitsbedingungen zu leiden haben, solange sie nicht den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation gefunden haben.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Leipzig)
Sektion der Buchhandlungsgehilfen.

•

Achtung, Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen! Schon vier Wochen stehen in Dresden 80 Anlegerinnen im Kampf um Einführung des Tarifs. Als die Prinzipale Verhandlungen ablehnten, reichten 100 Anlegerinnen die Kündigung ein, was von verschiedenen Prinzipalen mit sofortiger Entlassung der Vertrauenspersonen unter Auszahlung des Lohnes beantwortet wurde. In vier Druckereien wurden Sonderverträge abgeschlossen. Das Personal einer Druckerei trat am 11. Dezember, alle andern am 18. Dezember außer Arbeit. Die Bemühungen der Prinzipalsorganisation und der Gehilfenorganisation, Verhandlungen anzubahnen, waren bisher erfolglos, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, weil instanzenmäßig noch nicht entschieden ist, ob die Gehilfen auf Grund ihres Tarifs verpflichtet sind, mit geübten Streikbrechern als Hilfsarbeiter zu arbeiten. Ungeübte brauchen die Gehilfen nicht anzulernen, auch nicht die Arbeiten des Hilfspersonals zu verrichten, aber die Obermeister und Lehrlinge sind zum Anlernen Ungeübter verpflichtet und die Gehilfen müssen mit den so Angelernten arbeiten, deshalb konnte der Betrieb in einigen Druckereien notdürftig aufrechterhalten werden. Verlangte Ueberstunden sind auf Anordnung des Buchdruckerverbandes nicht weiter gemacht worden, und in der nächsten Woche werden die letzten der maßgebenden Instanzen darüber entscheiden, ob die Gehilfen mit geübten Streikbrechern arbeiten müssen.

Zuzug nach Dresden ist streng zu meiden.

Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
Filiale Leipzig.

Deutsches Reich.

Zentrumspfaffen als Gewerkschaftsgründer.

Ein Schulbeispiel dafür, wie „christliche" Gewerkschaften „gemacht" werden und in welchem Maße sie abhängig sind vom Zentrum, wird aus Erbach bei Homburg (Pfalz) mitgeteilt. Der dortige katholische Pfarrer Schleburg — derselbe, der dem katholischen Knappenverein die Vereinsfahne und Vereinskasse einbehielt, und der am 12. Januar wegen Beleidigung des evangelischen Volksschullehrers Glaser vom Schöffengericht Homburg zu 12 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde — glaubte 1906 im Interesse seiner Partei den „christlichen" Gewerkverein der Bergarbeiter einzuführen. Als Seelsorger und als Präses des katholischen Knappenvereins, des katholischen Männer- und Jünglingsvereins, der katholischen Frauen- und Jungfrauenvereine hatte er „seine Herde" in der Gewalt, führte ein, was ihm gefiel und zerstörte, was ihm nicht paßte. Und da er damals den christlichen Gewerkverein einzuführen gedachte, beauftragte er den Bergmann S., den christlichen Gewerkschaftssekretär Hüskes — derselbe Hüskes, der in öffentlichen Versammlungen dem Papst in wirtschaftlichen und besonders gewerkschaftlichen Fragen die Unfehlbarkeit absprach, ihn als Autorität nicht anerkannte, dem die Worte in Zürich gegen die Bischöfe nicht scharf genug waren, der 1907 erklärte: Mir graut es vor einem Zentrumssieg! — als Redner zu bestellen, um im katholischen Männer- und Jünglingsverein einen Vortrag zu halten über M.-Gladbacher Weltanschauung. An dem Sonntag, wo Hüskes diesen Vortrag halten sollte, hatte Herr Schleburg bei Beginn des Hochamtes noch keine Nachricht, und als er in die Kirche kam, winkte er dem S., in die Sakristei zu kommen. Hier fragte er S., wie es denn wäre, ob Hüskes komme oder nicht; er habe noch keinen Bescheid. S. beruhigte seinen Pfarrer und zeigte ihm den Brief, daß Hüskes komme. „Dann ist es gut," erklärte Herr Schleburg, „dann gehen Sie nach Homburg zum Bahnhof, denn dann kommt er mit dem 11-Uhr-Zug; dann holen Sie ihn ab, damit er sich nicht verläuft." Der gut katholische Bergmann ging und mußte an jenem Sonntag auf die „heilige Messe" verzichten. Hüskes kam dann, wurde von Hochwürden freundlichst begrüßt und durfte unter seinem Vorsitz vor katholischen Männern und Jünglingen — — Sozialdemokraten auffressen. Herr Pfarrer Schleburg verhalf dem Gewerkverein dann zu 190 Mitgliedern. Aber dann kam die Reichs- und Landtagswahl von 1907, wobei der evangelische Gewerkschaftssekretär Gutsche ganz aus der Zentrumsrolle heraustanzte. Gutsche wurde für den Wahlkreis Homburg-Kusel als christlich-national-sozial-liberal-antisemitischer Kandidat aufgestellt und trat dazu noch im Nachbarkreis Neunkirchen für Herrn v. Schubert, Schwiegersohn des berüchtigten Stumm, ein, was Herrn Schleburg durchaus nicht gefiel. Kurz vor der Wahl kam Herr Schleburg in die Wohnung des S., der unterdessen Vertrauensmann des Gewerkvereins geworden war, und forderte die Stimmzettel für Gutsche heraus, die er mit nach Hause nahm und so verhindern wollte, daß die katholischen Bergleute den evangelischen Gewerkschaftssekretär wählten! Katholische Bergarbeiter sollten nur einen Zentrumskandidaten wählen, keinen christlich-nationalen Gegenkandidaten. Immerhin erhielt Gutsche eine Anzahl Stimmen, was Herrn Schleburg empörte, und er zu S. sagte:

> Sehen Sie jetzt, was der Gutsche uns angerichtet hat! **Die Gewerkschaft** (dortige Benennung für den christlichen Gewerkverein) **wird jetzt aufgelöst. Das lassen wir uns nicht gefallen, daß die Gewerkschaft gegen das Zentrum schafft. Wie wir sie hochgeschafft haben, so schaffen wir sie auch wieder nieder.**

Es kam dann noch die Landtagswahl, bei welcher Herr Gutsche durch Aufruf die christlichen Arbeiter aufforderte, den nationalliberalen Oberamtsrichter Berdel aus Waldmohr zu wählen, und nun schaffte Herr Schleburg den christlichen Gewerkverein schnell nieder. **In wenig Wochen war die 190 Mitglieder starke Zahlstelle verschwunden,** kaum ein halbes Dutzend, die an dem gewerkschaftlichen Gedanken festhielten, retteten sich in den — Bergarbeiterverband. Diesem gelang es nun in jüngster Zeit, in Erbach öffentliche Versammlungen abzuhalten und flugs änderte „Hochwürden" seinen Standpunkt. Von der Kanzel herunter predigte er gegen die Verbandsversammlungen und ein Schulmädchen, das Handzettel für die Versammlungen ausgetragen hatte, will er vom Empfang der Kommunion ausschließen. Dahingegen sollen die Bergleute wieder in den christlichen Gewerkverein hineingehen, der jetzt wieder 60 bis 70 von „Hochwürden" hineingetriebene Mitglieder zählen soll.

Bernhard Walter, Generalsekretär im christlichen Gewerkverein, sagte 1896, **die Mitglieder des christlichen Gewerkvereins seien Pfaffenknechte, die Statuten seien von den Pfaffen gemacht.** An diesem Schulbeispiel ist ersichtlich, daß er recht hat, daß die Pfaffen die Mitglieder hinein, heraus und wieder hinein treiben, wie eine Herde.

•

Lohnbewegung der Formstecher.

Die Formstecher Deutschlands haben an die Unternehmer Forderungen gestellt. Einige Firmen haben auch schon zugestimmt. Da die Unternehmer jedoch meist organisiert sind, haben sie die Kommission der Formstecher an die Unternehmerorganisation verwiesen. Ein an diese gleichzeitig eingereichtes Schreiben wurde dahin beantwortet, daß der Arbeitgeberverband sich bereit erklärt, mit einer von beiden Teilen eingesetzten Kommission über diese Forderungen zu verhandeln. Gefordert werden: 9stündige Arbeitszeit, 19.50 Mk. Lohn für Ausgelernte, 10 Prozent Lohnzulage für die übrigen Gehilfen, 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden; außerdem soll auf 5 Gehilfen nur ein Lehrling gehalten werden.

•

In der Mittweidaer Tonwarenfabrik, Gewerkschaft Tonsouel, in Riesa haben die Arbeiter wegen Lohnkürzungen die Arbeit eingestellt. In Betracht kommen etwa 65 Arbeiter, die dem Fabrikarbeiterverband angehören. Verhandlungen des Arbeiterausschusses und des Gauleiters waren erfolglos. Seit dem 1. Januar d. J. hat das Werk einen neuen Direktor. Dieser verfügte kurzerhand, daß vom 15. an die gekürzten Löhne gelten.

Zuzug ist fernzuhalten.

•

Tarifabschluß im Schneiderberuf. Bei der Firma Brauer-Löbau, Konfektionshaus, wurde durch den Gauleiter des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Gau Mitteldeutschland, am Sonnabend, den 15. Januar, ein Tarif abgeschlossen, der für die dort beschäftigten Arbeiter (15 an der Zahl) eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 19,9 Proz. bedeutet. Der abgeschlossene Tarif erfaßt die Lagerarbeiten, Maßkonfektion und Maßarbeiten und ist als ein sehr erfreulicher Erfolg zu bezeichnen.

Ausland.

Ein zäher Kampf ungarischer Bühnenproletarier.

Aus Budapest schreibt man uns: Die königliche Oper von Budapest in ein Landesinstitut, und es werden dafür jährlich mehrere hunderttausend Kronen aus den Staatseinnahmen verwendet. Es wird also eine stattliche Summe für die sogenannte Kunstpflege ausgegeben. Jedoch profitiert die Kunst nur sehr wenig davon. In der Oper werden Machwerke talentloser Dilettanten, die die Gunst der Herrschenden zu erlangen verstehen, mit großem Kostenaufwand aufgeführt, währenddem die Aufführung von Kunstwerken zurückgestellt wird. So wurde erst jüngst mehr als eine Million verpulvert, um ein verkrachtes Stück eines Freundes des Kultusministers aufzuführen. Es wird also mit dem Gelde nicht gespart. Was man aber so für unnütze Zwecke vergeudet, will man bei der Besoldung des Chorpersonals zum Teil wieder einbringen. Dieses wird nämlich so schlecht entlohnt, daß es sich sozusagen permanent im Lohnkampfe befindet. Vor einem Jahre stellten die Choristen die Arbeit ein. Es wurde ihnen damals eine schleunige Gehaltsregulierung in Aussicht gestellt. Aber es vergingen Monate und es bedurfte wieder eines energischen Auftretens des Personals, bis ihm eine Teuerungszulage gewährt wurde. Die Choristen gaben sich damit nicht zufrieden. Sie wiesen die Zulage zurück; sie forderten eine Gehaltsregulierung und stellten gleichzeitig ihr Erscheinen bei den Proben ein. Dieser Kleinkrieg dauerte zwei Wochen. Mehrere Aufforderungen an das Personal, den Kampf zu lassen, blieben erfolglos. Da ließ die Direktion, auf Anordnung der Regierung, das Personal wegen Kontraktbruchs vor die Tür setzen. Aber auch diese Maßregel blieb erfolglos. Es fand sich kein einziger unter den Choristen, der um Aufnahme nachgesucht hätte. Es blieb also der Direktion nichts übrig, als vom hohen Roß zu steigen und mit dem Personal ein Kompromiß zu schließen. Danach wird die Maßregelung außer Kraft gesetzt und die Direktion verpflichtet sich, bei der neuen Regierung sofort nach deren Ernennung eine Gehaltsregulierung durchzusetzen. Es wurde also der Kampf verschoben, der — sollte er wieder ausbrechen — gewiß mit dem Siege des Chorpersonals enden wird.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Hermann Müller in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Extra-Verkauf von vielen 1000 Resten!

Reste Hemdentuche mit kleinen Fehlern Wert 38 ₰ jetzt Meter 25 ₰ — Wert 26 ₰ jetzt Meter 16 ₰

Reste Renforcés feinfädige Qualität, Wert 60 ₰ jetzt Meter 42 ₰ — Wert 45 ₰ jetzt Meter 30 ₰

Reste Bett-Damaste u. Stangenleinen Wert bis 80 ₰ jetzt Meter 45 ₰

Reste für Handtücher in grau und weiss Meter von 10 ₰ an

Die in der Saison angesammelten **Kleiderstoff-Reste** für Konfirmations-Kleider bis ☞ 40 Prozent unter Preis.

Herrenstoff-Reste zu unerreicht billigen Preisen.

Reste Chemise-Kattune für Oberhemden und Blusen . . . . . Wert 60 ₰ jetzt Meter 30 ₰

Reste Schürzen-Cretons mit kleinen Fehlern . . . . . Wert 35 ₰ jetzt Meter 18 ₰

Reste Velour-Barchente Wert 60 ₰ jetzt Meter 38 ₰

Reste Woll-Musselines neueste Muster . . . . . Wert bis 1.30 jetzt Meter 50 ₰

Reste Gardinen :: Reste Blusenstoffe :: Reste Seidenstoffe :: bedeutend ermässigt.

S. Hodes, Neumarkt 3 Parterre und 1. Etage.

Stukkateure.

Mittwoch, den 19. Januar, abends 5 Uhr

Generalversammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 3. Neuwahl der Gesamtverwaltung. 4. Verschiedenes.

Es darf in dieser Versammlung kein Kollege, besonders kein Bezirkskassierer fehlen, da ein wichtiger Punkt zur Verhandlung kommt. [834] **Der Vorstand.**

Eintritt frei! **Drei Lilien** Eintritt frei!

Morgen Mittw. ab. 8½ Uhr Damen-Vortrag mit Lichtbildern

☞ **Die Geheimnisse über das Werden des Menschen.**

Fragen-Beantwortung. * **Verein Gesundheitspflege L.-Ost.**

Arbeiter-Samariter-Verein Leipzig

(Mitglied des Arbeiter-Samariter-Bundes).

Donnerstag, 20. Januar, abends 9 Uhr, im Restaurant **zum Mägdebrunnen,** am Roßplatz, Nähe Sternwartenstraße: **Zusammenkunft.** — Teilnehmer zu einem **Kursus für erste Hilfeleistung** sind eingeladen. [840] **Der Vorstand.**

Hôtel Kratzsch, Zeitzer Str. 19.

Heute und folgende Tage [423

Grosser Bockbierrummel

Hochf. Kulmbacher Reichelbock. ff. Bockwürstchen.

Hochachtungsvoll **H. Steingrüber.**

Löwenschänke

Goldhahngässchen 1. [670

Täglich:

Anstich des berühmten

Pöhlmann-Bock

Fidele Kapelle.

Halt! Wohin? Halt!

Nach Stadt Braunschweig, Gerberstr. 57.

Empfehle meine Lokalitäten zur fleißigen Benutzung. Guten Mittagstisch. Gute Biere. Schöne Betten. Solide Preise. *

Hochachtungsvoll **Moritz Dietz,** langjähriger Eckenwirt in Greiz, jetzt Leipzig, Stadt Braunschweig. [822

Restaurant z. Erholung

L.-Lindenau, Lützner und Goetzstrassen-Ecke.

Empfehle meine **freundlichen Lokalitäten,** schönes großes Vereinszimmer mit Instrument, 120 Personen fassend, **ff. Lager-Bier** von C. W. Naumann. **Kräftigen Mittagstisch.**

*1704] Hochachtungsvoll **Wilhelm Eimert.**

Alter Gasthof, Mockau

Morgen, Mittwoch abends 8 Uhr: **Leipziger Humor-Sänger**

☞ Hierauf: **Gesellschafts-Ball.** ☜ [815

Bauschlosser

Sonnabend, den **22.** Januar 1910

Grosses Wintervergnügen

im Etablissement Sanssouci

unter Mitwirkung der **Dramatischen Abteilung** des Sozialdemokratischen Vereins für den 12. Wahlkreis und der **Leipziger Musikervereinigung.**

Nach den Aufführungen: ☞ **Grosser Festball.** ☜

Anfang 8 Uhr. Ende ? Programme im Vorverkauf 20 Pfg. An der Kasse 30 Pfg.

Einen genussreichen Abend versprechend, ladet ergebenst ein

833]* **Das Komitee.**

Gemeinsame Ortskrankenkasse für Rötha und Umgegend.

Gemäß § 30 des Kassenstatuts geben wir hiermit bekannt, daß die **Zahlungstermine** für das Geschäftsjahr 1910 wie folgt festgesetzt worden sind: [841

Für die im Monat	Januar	fälligen Beiträge	gilt der	20.	Januar
„ „ „ „	Februar	„	„	„ „	20. Februar
„ „ „ „	März	„	„	„ „	2. April
„ „ „ „	April	„	„	„ „	30. April
„ „ „ „	Mai	„	„	„ „	28. Mai
„ „ „ „	Juni	„	„	„ „	2. Juli
„ „ „ „	Juli	„	„	„ „	30. Juli
„ „ „ „	August	„	„	„ „	27. August
„ „ „ „	September	„	„	„ „	1. Oktober
„ „ „ „	Oktober	„	„	„ „	29. Oktober
„ „ „ „	November	„	„	„ „	26. November
„ „ „ „	Dezember	„	„	„ „	31. Dezember

Gleichzeitig machen wir hiermit bekannt, daß der 1. Nachtrag der Statutenänderung die aufsichtsbehördliche Genehmigung erhalten hat. Die betreffenden Druckexemplare können an Kassenstelle in Empfang genommen werden. **Franz Grödel,** Vorsitzender.

Neueröffnung!

Café u. Restaurant Krone

Katharinenstrasse 14, I.

Nachdem ich viele Jahre das Restaurant zur Grünen Aue, Schleussig, bewirtschaftet habe, eröffne ich heute das obige der Neuzeit entsprechend angenehm ausgestattete Lokal.

Erstklassige Billards.

Vorzüglich gepflegte Biere. — Reichelbräu Kulmbach. — Lager und Pilsner von F. A. Ulrich.

Guten bürgerlichen Mittagstisch und Abendstamm in reicher Auswahl.

Gute Bedienung und zivile Preise.

Alle lieben Freunde und Bekannte ladet ergebenst ein

855] **Julius Krone.**

Elegante moderne Neuheiten

in Damengürteln, Kettentaschen, Portemonnaies, Zigarrenetuis, Brieftaschen, Schreibmappen, Albums u. div. Lederwaren empf.

Karl Blaich, Windmühlenstr. 32, Tauchaer Str. 16

Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel.

Medizinal-Weine

Rotweine [*5401

Flasche von 60 Pfg. an

Weissweine

Flasche von 75 Pfg. an

bei **Gust. Hoffmann** *

Ang., Zweinaundorfer Str. 6.

Religion und Sozialismus

von Dr. Pannekoek

Preis 30 Pfg.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

Bürgerliches Gesetzbuch.

30 Pfg.

Volksbuchhd. Leipzig u. Filialen.

Bade- und Schwimm-Anstalten.

Königin Carola-Bad. Fango-Behandlung, Dampf-, Wannen-, elektr. Licht-, Kohlensäure- u. Kur-Bäder. Schwimm-Bassin. Jeden Dienstag: **Volkstag.** Eintritt 20 ₰.

Diana-Bad Lange Str. 8 — Dampf-, Wannen-, Kur-Bäder. Schwimm-Halle. Schwimm-Unterricht.

Dienstags Schwimmbad 20 ₰, Freitags nachm. f. Kinder 15 ₰.

Sie schädigen sich selbst

wenn Sie vor Einkauf v. **Herren- und Knabenkleidern** nicht erst nach

Blauners Monats-Garderobe

Reichsstraße 41, nur 1. Etage, im Hause „Seestern", gehen, um sich die eleganten, guten und billigen Herbst- u. Winterpaletots, Jackett- u. Rockanzüge (auch für stark beleibte), Joppen, Knabengarderb., Fracks und Gesellschaftsanzüge anzusehen. Alles auch leihweise. Winter von Freitag abend 4 Uhr bis Sonnabend abend 5 Uhr geschlossen. [*

Rechtsstaat u. Klassenjustiz

von **Dr. Karl Liebknecht.**

Preis 20 Pfg.

Volksbuchhandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21.

Unserm Vereinsgenossen

Wilhelm Matthiä und Frau

die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

819] **Ortsverein Probstheida.**

Unserm langjährigen Vorstandsmitglied

Wilhelm Matthiä und Frau

zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche.

820] **Der Vorstand des Ortsvereins Probstheida.**

Unserm Parteigenossen

Wilhelm Matthiä und Frau

die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

821] **Die Parteigenossen von Probstheida.**

Für die herzliche Teilnahme sowie für die Blumenspenden seitens allen Freunden und Bekannten beim Hinscheiden meines lieben Sohnes

Kurt Artur Bär

sagen wir allen aufrichtigen und herzlichen Dank.

Holzhausen, den 17. Januar 1910.

810] **Die trauernde Familie Artur Bär.**

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Frau Anna Burkhardt

sagen wir allen Verwandten, Bekannten, Herrn Pastor Kunze sowie ihrem Herrn Chef und dem Personal der Firma Reklam unsern herzlichsten Dank. [809

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für all die vielen Beweise von Liebe und Teilnahme beim Heimgange unseres unvergeßlichen Sohnes **Martin** sagen wir hierdurch herzlichen Dank. [853

Familie Richard Füchsel.

Am Sonntag, den 16. Januar, verschied schnell und unerwartet unser Vereinsgenosse [836

Friedrich Högel.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Der Ortsverein Leipzig-Gohlis.

Gestern verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Tochter, unsre gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante [849

Anna Herrmann geb. Günther

im Alter von 41 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

L.-Connewitz, Meusdorfer Str. 25, den 18. 1. 1910

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdig. Donnerstag nachm. 3 U. v. d. Connew. Friedhofsh. aus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Politische Uebersicht.

Die Ministerkrise in Dänemark.

Ein schwerer Kampf steht der dänischen Sozialdemokratie bevor. Am letzten Sonntag hielt der Hauptvorstand eine Sitzung ab, in der die innere politische Situation beraten wurde. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an alle Wahlvereine zu erlassen, in dem diese aufgefordert werden, sofort die Vorarbeiten für die kommenden Neuwahlen zu erledigen. Wie notwendig dieser Beschluß war, geht daraus hervor, daß im Laufe der letzten Woche ein förmliches Kesseltreiben der liberalen und konservativen Parteien gegen die radikale Regierung veranstaltet wurde. Soweit haben sich die Dinge in den letzten paar Tagen zugespitzt, daß man sagen kann: Die Ministerkrise ist da!

Und schneller als man gedacht hatte, ist sie gekommen. Aber nicht etwa wegen der großen schwebenden Fragen. Ein ganz nebensächlicher Anlaß gab den Grund zum Ansturm gegen das Ministerium. Der Kultusminister erließ zwischen Weihnachten und Neujahr eine Verordnung, durch die den Mitgliedern der Volkskirche ein größerer Einfluß auf die inneren Angelegenheiten der Kirche, besonders bei der Wahl der Geistlichen, eingeräumt wurde. Diese Verordnung ist ausdrücklich als ein Provisorium bezeichnet worden, bis das Folkething ein dahingehendes Gesetz beschlossen habe, gab aber den Anlaß zu einer Interpellation der beiden früheren Minister J. C. Christensen und Berntsen, in der sie die Verfassungswidrigkeit der ministeriellen Handlung darlegen. Nun steht fest, und unser Kopenhagener Parteiorgan weist das klipp und klar nach, daß der jetzige Kultusminister dasselbe getan habe, nur in mehr demokratischem Sinne, was vor ihm konservative und später auch liberale Kultusminister, darunter J. C. Christensen selbst, sich erlaubten, ohne daß man im Folkething daran Anstoß nahm.

Aber es ist ja klar, nicht die angebliche Verfassungswidrigkeit des Ministerialerlasses ist der Grund zu dem Vorgehen der beiden „liberalen" Führer, sondern lediglich der Haß gegen das radikale Ministerium. Und dann hofft man auch gerade bei dieser Frage die Konservativen für den Sturm auf das Ministerium gewinnen zu können. Bekanntlich halfen die letzteren dem radikalen Ministerium in den Sattel durch das von ihnen im November ausgegangene Mißtrauensvotum gegen den damaligen liberalen Ministerpräsidenten Grafen Holstein. Eine Frage, die das kirchliche Gebiet berührt, und die von den Radikalen nie in konservativem Sinne gelöst wird, peitscht die Orthodoxen und Missionsbrüder auf. Die ganze frömmelnde Sippe schart sich um die Interpellanten, um das Volk von den inneren kirchlichen Dingen fernzuhalten. Diese Berechnung Christensens konnte nicht fehlschlagen, und so sehen wir heute die Konservativen, die vor ein paar Wochen die Liberalen gestürzt und ihre Führer vor das Reichsgericht schleppten, wieder Arm in Arm mit ihnen vereint und bereit, zum Sturm auf das radikale Ministerium loszuziehen.

Am Mittwoch wird die Interpellation im Folkething zur Verhandlung kommen. Fest steht, daß das Gesamtministerium mit dem Kultusminister solidarisch ist, und kommt es zur Abstimmung, die sicherlich gegen das Ministerium ausfällt, so folgt als Antwort der Regierung die Auflösung des Folkethings. Und das will ja eben Christensen mit seinem Anhang, und auch die Konservativen sind interessiert an einer Neuwahl, die noch im Winter stattfindet. Dafür sprechen verschiedene Gründe.

Eine Wahl im Winter ist für die bürgerlichen Parteien immer günstiger als für die Arbeiter. Und dann würde diesmal nach den im letzten Jahre aufgestellten Wählerlisten gewählt werden. Dies allein bedeutet für die dänische Sozialdemokratie einen großen Nachteil. Denn man vergegenwärtige sich, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit eine Menge Arbeiter verzogen sind, die zum größten Teil ihres Wahlrechts verlustig gingen. Aber es gingen auch die Neuwahlen unter der veralteten, die Arbeiter benachteiligenden Wahlkreiseinteilung vor sich. Und was das vorteilhafteste für die bürgerlichen Parteien ist: sie treten vor die Wähler, ohne Farbe bekannt zu haben, wie sie zu der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise und besonders zu einer Verfassungsänderung stehen. Die Herabsetzung des Wahlrechtsalters von 30 auf mindestens 25 Jahre ist ein vom Volke längst gefühltes Bedürfnis, die Abschaffung der Ersten Kammer mit ihrer volksfeindlichen Vertretung aus den privilegierten Ständen ist geradezu eine Notwendigkeit, wenn die inneren Verhältnisse Dänemarks wieder auf eine gesundere Basis gebracht werden sollen.

Aber der Hauptgrund, warum die Liberalen nach Neuwahlen drängen, ist doch das Damoklesschwert, das im Reichsgericht über dem Haupte des liberalen Führers Christensen schwebt. Alles deutet darauf hin, daß das Urteil des Reichsgerichts das Ende der liberalen Herrlichkeit bedeutet. Finden die Wahlen vor dem Urteilsspruch statt (und unter den geschilderten Umständen müssen sie zugunsten der bürgerlichen Parteien ausfallen), dann kann man dem Gerichtsurteil vorgreifen, Schiebungen machen und Christensen und den Liberalismus vor der moralischen Vernichtung retten.

Das sind die Gründe, warum man es so eilig hat mit dem Sturze der radikalen Regierung. Daß man nebenbei auch noch die Regierung verhindern will, bei der Beratung des Etats die Streichung von 6 Millionen Kronen an dem Militäretat zu begründen, eine Ankündigung, die im Volke eine große Genugtuung auslöste, hat weniger zu bedeuten, wenn man auch froh ist, nicht etwa aus diesem Grunde in den Wahlkampf ziehen zu müssen.

Aber auch das Ministerium ist auf der Hut. Alle unter der früheren Regierung vorgekommenen Korruptionsfälle bringt sie schonungslos an die Oeffentlichkeit, um dem Volk das liberale System womöglich noch verhaßter zu machen, als es schon war.

Das kann aber nicht verhindern, daß die Liberalen die Situation vorzüglich ausgeklügelt haben. Unsre Genossen, die ein großes Interesse daran haben, daß die Neuwahlen erst im Frühjahr stattfinden, werden es in diesen Tagen an aufklärender Arbeit nicht fehlen lassen. Und fällt trotzdem im Laufe der Woche das entscheidende Wort, dann wird man sie gerüstet finden und sie werden auch unter den gegebenen ungünstigen Verhältnissen ihren Mann stehen.

Deutsches Reich.

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 17. Januar. Nationalliberale und Zentrum interpellierten heute den stets abwesenden Reichskanzler, wie es mit der angekündigten Pensionsversicherung der Privatbeamten steht. Herr Sittart aus Aachen, der kürzlich in einer Versammlung den Zentrumsherzog Arenberg derart anwedelte, daß alle Lakaien vor Neid bersten müssen, begründete die Interpellation in Gemeinschaft mit dem parlamentarischen jungen Mann der sächsischen Industriellen, Herrn Dr. Stresemann. Herr Delbrück versuchte die Verzögerung dieser gesetzgeberischen Aktion mit einem Hinweis auf das große Material, das bewältigt werden müsse, zu entschuldigen. Das war auch alles, was der Staatssekretär antwortete. Genosse Heine charakterisierte diesen seit Jahren währenden Zustand schwebender Erörterungen als eine schädliche Verschleppung. Heine forderte die Angliederung an die Alters- und Invalidenversicherung; auf die aus falschem Stolze resultierende Torheit jener Privatbeamten, die etwas besseres sein wollen als die Arbeiter, zu denen sie doch sozial gehören, dürfe keine Rücksicht genommen werden. Die Regierung habe die Pflicht, auf dem Gebiete der Privatbeamtenversicherung endlich positive Arbeit zu leisten. Aus den Darlegungen der weiteren Redner verdient nur der Satz des Polen Brejski erwähnt zu werden, daß man die Privatbeamten nicht mit der Arbeiterschaft in einen Topf werfen solle. Ein polnischer Demagogenkniff!

Die sozialdemokratische Interpellation wegen der Härten im Gesetz betreffend die Unterstützung der geschädigten Tabakarbeiter, begründete Genosse Geyer mit großer Sachkenntnis und unterstützt durch ein reichhaltiges Material. Nicht weniger als 40 000 Tabakarbeiter sind durch die neue Tabaksteuer brotlos gemacht worden; selbst der Schatzsekretär mußte zugeben, daß bis Ende 1909 54 000 Unterstützungsgesuche eingelaufen sind, von denen 46 000 anerkannt werden mußten. Geyer rügte energisch die Gepflogenheit mancher Behörden, die arbeitslosen Tabakarbeiter zur Landarbeit drängen zu wollen, der sie in der Regel körperlich gar nicht gewachsen sind. Aus einer langen, von Geyer zum Vortrag gebrachten Leporelloliste bureaukratischer Sünden war zu ersehen, daß besonders anfänglich die Unterstützungsgesuche wenig günstig und äußerst langsam erledigt worden sind. Welch ein Unglück für die Tabakindustrie die neuen Steuern sind, betonte Geyer ausdrücklich, und sagte dabei der bürgerlichen Presse, die auch jetzt noch gegen die Arbeiter hetze, ebenso unangenehme Wahrheiten, wie den Parteien, die diese Steuern beschlossen haben.

Herr Schatzsekretär Wermuth versicherte, daß durch die neu erlassenen Ausführungsbestimmungen eine weitherzigere Auslegung eingetreten sei. Aus seinen Darlegungen war auch zu entnehmen, daß er sich persönlich bemüht, den arbeitslosen Tabakarbeitern möglichst gerecht zu werden. Aber auch er glaubte, den Arbeitern raten zu müssen, daß sie sich um andre Arbeit bemühen. Ihm ist scheinbar ganz unbekannt, daß in allen Berufen noch große Massen gelernter Arbeiter arbeitslos sind. Wie können unter solchen Umständen die Tabakarbeiter anderswo ein Unterkommen finden? Das fragte Genosse Molkenbuhr diesem Herrn auch recht eindringlich. Die Kritik, die die Genossen Geyer und Molkenbuhr am 14. Dezember v. J. und auch heute wieder geübt haben, wird sicher die schwersten Mängel beseitigen, wofür ja bereits Tatsachen vorliegen. Die Kritik also war ebenso notwendig wie sie sich nützlich erwiesen hat.

Die preußische Wahlreform.

Wie dem Berliner Tageblatt versichert wird, ist die preußische Wahlrechtsvorlage bereits fix und fertig. Als der Verfasser des neuen Wahlgesetzes wird der Geheime Oberregierungsrat Falkenhayn bezeichnet, dem seinerzeit die politische Erziehung des Kronprinzen anvertraut war und der allgemein als stockreaktionär angesehen wird. Herr v. Falkenhayn soll auch gesprächsweise bereits zugegeben haben, daß der Freisinn an der neuen Vorlage wenig Freude haben wird. Aus seinen Aeußerungen sei zu entnehmen, daß die indirekte Wahl beseitigt und innerhalb der einzelnen Klassen ein nach Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht geschaffen wird. Dagegen ist man entschlossen, an der öffentlichen Abstimmung unbedingt festzuhalten. Die Regierung rechnet darauf, daß die Nationalliberalen einem solchen Wahlrecht ihre Zustimmung geben würden. Es besteht die Absicht, die neue Vorlage dem Landtag Ende Februar zugehen zu lassen.

Herr v. Podewils und das Zentrum.

Die bayerischen Ultramontanen sind wütend, weil der Ministerpräsident von Podewils unbeschadet aller prinzipiellen Gegnerschaft als „objektiver Mann" anerkannt hat, daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung das treibende Element ist. Als Podewils deshalb von dem Passauer Domherrn Dr. Pichler am Freitag in der Abgeordnetenkammer angerempelt wurde, legte, wie wir bereits meldeten, der Minister zur Beruhigung der aufgeregten Schwarzen seine prinzipielle Stellung zu der Sozialdemokratie dar, erklärte dabei aber auch ausdrücklich, was er über den Einfluß der sozialdemokratischen Partei gesagt habe, stehe entwicklungsgeschichtlich fest. Die Zentrumspresse eröffnet deswegen ein wahres Kesseltreiben gegen den Ministerpräsidenten. Sie sagt, Podewils habe durch seine „befremdenden Ausführungen" Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie geleitet, er hemme „die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Staatsgewalt und christlichen Arbeiter in den Staatsbetrieben" (Bayerischer Kurier). Die ultramontane Augsburger Postzeitung schreibt:

> Schon die Rücksicht auf die Staatsarbeiter hätte den Ministerpräsidenten davon abhalten sollen, mit dieser unglückseligen Bekomplimentierung der Sozialdemokratie den heroischen Kampf, den die königstreuen Staatsarbeiter und Staatsbediensteten gegen den Terrorismus der Sozialdemokraten in den staatlichen Werkstätten führen, empfindlich zu stören.

Die Zentrumspresse wird vielleicht noch ärgerlicher werden, wenn sie erst einmal merkt, daß Herr v. Podewils, wenn auch mit etwas andern Worten, nur wiederholt, was der Zentrumsabgeordnete Professor Reeb in der Sitzung der bayrischen Abgeordnetenkammer vom 30. Oktober 1899 über die Sozialdemokratie gesagt hat. Wir stellen die beiden Aeußerungen hier einander gegenüber:

Professor Reeb (Zentrum):	Ministerpräsid. v. Podewils:
Ich meinerseits betrachte schon längst die Sozialdemokratie nach dem, was sie leistet. . . . . Geleistet hat sie schließlich doch auch schon etwas, sie war hinter den andern Parteien her und hat sie gedrängt, die Sozialreform energischer in Angriff zu nehmen und das Menschenmögliche durchzuführen. . . . Ich leugne nicht, daß die Sozialdemokratie auch auf das Zentrum in der Weise eingewirkt hat, daß dieses energischer und entschieden die Regierung zur Durchführung der Reform drängt.	Wenn sie (die Sozialdemokratie) auch der Fertigstellung sozialer Gesetze bisher ihre Mitwirkung fast immer versagt, so verkenne ich doch nicht, daß sie auf diesem ihr eigenen Gebiete manche dankenswerte Anregung gegeben, daß sie das soziale Gewissen der Oeffentlichkeit geschärft, daß sie die Energie der zu sozialer Fürsorgearbeit Berufenen gesteigert hat!

Im übrigen zeigen die zornigen Ergüsse der ultramontanen Presse mit hinreichender Deutlichkeit, wo das Zentrum der Schuh drückt. — Es macht unter den Arbeitern erbärmlich schlechte Geschäfte, was im Hinblick auf die Folgen der Reichsfinanzreform und auf die bayrische Steuerreform sehr begreiflich ist. Man hat sich nun gedacht, durch eine umfassende Hetze gegen die Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit von der volksverräterischen christlichen Wirtschaftspolitik ablenken zu können. Bei diesem Beginnen ist der schwarzen Garde die Aeußerung des Ministerpräsidenten natürlich nicht sehr förderlich.

Ebenso wütend wie die bayrischen Pfaffen sind ihre treuen Verbündeten, die preußischen Junker. Die Deutsche Tages-Zeitung nimmt sich nicht nur den bayrischen, sondern auch gleich den badischen Minister, Freiherrn v. Bodmann vor, der ebenfalls im Geruch nicht genügender Sozialistenfürchtigkeit steht. Wörtlich schreibt das Brotwucherblatt:

> Den beiden Herren Ministern würden wir dringend die regelmäßige Lektüre der Leipziger Volkszeitung empfehlen, die beispielsweise in ihrer Sonntagsnummer wieder von dem perfiden Wortbruche eines preußischen Königs spricht und wörtlich schreibt:
>
> Die Arbeiterklasse **pfeift auf Königsworte** so gut wie auf andere Versprechungen. Sie vertraut auf sich und ihre Stärke und hat in den preußischen Königen nie etwas anderes erblickt als **Hörige der Junker.**
>
> **Sollen solche Leute wirklich im Parlamente vertreten sein?**

Wir sind dem Agrarierblatt für seine Bemühungen, der Leipziger Volkszeitung neue Leser zu werben, selbstredend äußerst dankbar. Aber, wenn alle Leute, die auf ein Königswort pfeifen, zum Parlament hinausgejagt werden sollten, so müßten die Freunde der Deutschen Tages-Zeitung zuerst zum Tempel hinausgejagt werden. Wie stand's mit der Geschichte der preußischen Bauernbefreiung? Oder, um ein näher liegendes Beispiel heranzuziehen: wie war's denn bei der Kanalvorlage? Wilhelm erklärte feierlich: gebaut wird er doch! Und die Junker? Was taten sie, teure Tages-Zeitung? Je nun: sie pfiffen drauf!

„Der größte Lump im ganzen Land . . ."

Um die Bestätigung des in Gebweiler (Elsaß) zum Beigeordneten gewählten Genossen Sies zu verhindern, bringt das dortige Zentrumsblatt, das Gebweiler Volksblatt, einen Alarmartikel unter dem Titel: „Der rote Adjunkt", worin dem Genossen Sies Unfähigkeit zur Bekleidung des Amtes vorgeworfen wird und die „kaiserlichen Beamten" bei der Regierung denunziert werden, die sowohl bei der Gemeinderatswahl von 1908 wie auch jetzt wieder für einen Sozialdemokraten gestimmt hätten. Die denunzierten „kaiserlichen Beamten" sind ein staatlicher Lehrer und ein Postbeamter.

Dieser Fall zeigt, wie ehrlich die Entrüstung der Zentrumsleute über die Kattowitzer Maßregelungen war.

Berlin, 18. Januar. Ein **Weißbuch** über die Bergwerksinteressen in Marokko ist dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift enthält 73 Aktenstücke, die in der Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann mit Marokko ausgetauscht worden sind. In einem Schlußwort sagt die Regierung, daß sie unter Beachtung der Algeciras-Akte vollkommen korrekt gehandelt habe.

Dernburg, der Sieger? Die Diamanten-Interessenten in Lüderitzbucht haben sich auf telegraphischem Wege beschwerdeführend an den Reichstag gewendet. Die Angaben des Herrn Dernburg über die einzelnen Diamantgesellschaften werden als völlig unzutreffend bezeichnet. Staatssekretär Dernburg hat bereits in der Budgetkommission angekündigt, daß er sich die eigentliche Abrechnung mit den Lüderitzbuchtern für das Plenum des Reichstags vorbehalten werde.

Wenn zwei Schelme sich streiten, erfährt man die Wahrheit.

Zu den gestern gemeldeten preußischen Wahlrechtsversammlungen wird über weitere Versammlungen noch berichtet. Es fanden Wahlrechtsversammlungen noch statt in Cassel, wo 2000 Teilnehmer das von der Polizei besetzte Gewerkschaftshaus aufsuchten, weiter in Graudenz, Bromberg, Thorn und Schwedt a. d. Oder. In Werne waren 300 Personen in einem kleinen Saale zusammengepfercht; 200 mußten wieder umkehren. In Langendreer waren über 500 Personen erschienen, in Witten über 400, in Wattenscheid 1000 Personen und in Herne 1300 Personen. Ueberall begeisterte Stimmung einstimmige Annahme der Resolution, Aufnahme von Mitgliedern in die Partei. In Groß-Stettin fanden 6, in der Provinz

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Pommern weitere 15 Wahlrechtsversammlungen statt. Trotz strömenden Regenwetters war der Besuch und Verlauf überall glänzend. In Stettin war eine große Zahl Soldaten konsigniert und mit scharfen Patronen ausgerüstet. Die Ausgehezeit des Militärs war beschränkt. In Nordschleswig fanden am 16. Januar in Flensburg, Harrisleefeld, Apenrade, Sonderburg und Hadersleben stark besuchte Wahlrechtsversammlungen statt. In Flensburg hatte sich die Polizei auf eine Demonstration vorbereitet und die Schutzleute in den Hauptstraßen verstärkt. Da aber Straßendemonstrationen nicht stattfanden, war die Sonntagsruhe der dienstfreien Beamten umsonst geopfert.

Im niederrheinischen Bezirk hat am 10. Januar eine Kreisleiterkonferenz beschlossen, die Wahlrechts-Demonstrationsversammlungen am 23. Januar stattfinden zu lassen.

Herr von Bethmann-Hollweg ist im Reichstag ein überaus seltener Gast, fast noch seltener als sein Vorgänger Fürst Bülow. Allgemein hatte man erwartet, daß der Reichskanzler die Interpellation betreffs Kattowitz im Reichstag persönlich beantworten werde. Das ist bekanntlich nicht geschehen, vielmehr wurde die Beantwortung dem Staatssekretär Delbrück überlassen. Anders im preußischen Landtag. Dort hatte das Zentrum die gleiche Interpellation eingebracht und wie bestimmt versichert wird, gedenkt Herr von Bethmann-Hollweg diese Interpellation persönlich zu beantworten.

Schon bei der Vorstellung im Landtag erklärte der Reichskanzler, er sei gesonnen sein Verhältnis zum preußischen Landtag besonders herzlich zu gestalten. Wie auch nicht?

Die Rangliste. Der preußische Finanzminister, Freiherr v. Rheinbaben ist anläßlich des Ordensfestes zum Major befördert worden, der Staatssekretär des Innern ist dagegen immer noch Hauptmann und von Herrn Dernburg wird erzählt, daß er es überhaupt nur bis zum Unteroffizier gebracht habe. Unzweifelhaft fällt hier dem militärischen Genie der Herren eine entscheidende Rolle zu.

Der Polizeikampf gegen die Jugendlichen. Bekanntlich ist die Breslauer freie Jugendorganisation polizeilich aufgelöst worden. Ein Gerichtsurteil, das die Auflösung bestätigte, ist indes noch nicht rechtskräftig. In Wirklichkeit bestand die „Jugendorganisation" bei ihrer „Auflösung" nicht mehr, sondern hatte gemäß dem letzten Parteitagsbeschlusse einer veränderten Organisationsform Platz gemacht. Gegen die Jugendbewegung überhaupt richtet sich nun der polizeiliche Eifer. Zahlreiche Jugendliche, die „verdächtig" waren, wurden polizeilich vorgeladen. Man suchte sie dort sogar zu Aussagen zu veranlassen durch die Ankündigung, man werde sich eventuell an den Unternehmer wenden. Was bei der lieben Mühe herauskommen wird, läßt sich nicht sagen.

Wie gemeldet wird, haben gestern in Berlin bei den Leitern der Jugendbewegung durch Beamte der Berliner politischen Polizei Haussuchungen stattgefunden. Das hängt mit der Anzeige zusammen, die die Führer der Jugendorganisation gegen sich selbst erstattet haben. Sie wollen so vor einem ordentlichen Gericht den Beweis führen, daß die Jugendorganisation kein politischer Verein sei. Beschlagnahmt wurden Einladungen, Zirkulare, Flugblätter und Broschüren.

Arbeiter auf dem Bittgang. Aus dem Ruhrgebiet ist eine christlich-soziale Arbeiterdeputation nach Berlin entsandt worden, um hier einigen Ministern die Wünsche der christlich-sozialen Arbeiter zu unterbreiten. In der bürgerlichen Presse wird dazu bemerkt, daß auch verschiedene Abgeordnete sich bereit erklärt haben, die christlich-sozialen Arbeiter zu empfangen.

Die Delegation hat alle Aussicht bei den hohen und höchsten Herren a la Arenberg zum Familienkaffee zugezogen zu werden. Mehr pflegt man bittenden Arbeitern ja nicht zu gewähren, höchstens noch leere Versprechungen.

Rückgang des Einkommens in Preußen. Die Berliner amtliche Korrespondenz veröffentlicht, allerdings recht wenig präzis, die Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung in Preußen für 1909. Es geht daraus hervor, daß das Durchschnittseinkommen der physischen Zensiten im Berichtsjahre 2167 Mark gegen 2177 Mark im Vorjahre und 2342 Mark im Jahre 1892 betrug, also im Rückgang begriffen ist; dieses Sinken des Durchschnittssatzes sei in der Hauptsache durch die umfangreiche Neubildung steuerpflichtiger Einkommen der untersten Einkommensstufen veranlaßt worden. Die Neubildung steuerpflichtiger Einkommen wird wohl zumeist auf die bis auf den letzten Pfennig Einkommen gehende schärfere Erfassung gerade der kleinsten Einkommen zurückzuführen sein, die erreicht wird durch den eingeführten Zwang, die Lohnlisten der Arbeiter den Steuerbehörden vorzulegen.

Kleine politische Nachrichten. Die Voruntersuchung gegen den antisemitischen Abgeordneten **Bruhn**, den Herausgeber der Wahrheit, nähert sich jetzt ihrem Ende, es sind bis jetzt 30 Fälle festgestellt worden, die Bruhn belasten. — Die Pforte erklärte sich mit der Festlegung der Grenze zwischen **Tripolis und Tunis** einverstanden.

Oesterreich-Ungarn.

Straßenumzug und Demonstrationsversammlung für das allgemeine Wahlrecht.

Aus Budapest wird uns vom 16. d. M. geschrieben: Nach langer Pause hielt das Budapester Proletariat heute Nachmittag wieder einen Wahlrechtsdemonstrationsumzug durch die Straßen der Hauptstadt und eine darauffolgende große Demonstrationsversammlung ab. Wenn auch die Zahl der Teilnehmer an dieser Veranstaltung hinter der Teilnehmerzahl an den großen Wahlrechtsdemonstrationen der Vorjahre unvergleichlich zurückbleibt, so ist doch der Straßenumzug, noch mehr aber die Demonstrationsversammlung über die Erwartungen gelungen. In der letzten Zeit schien es nämlich so, als hätte die einst so tapfer streitende ungarische Arbeiterschaft jedes Interesse für den Wahlrechtskampf verloren. Die Parteileitung ließ in den letzten Wochen einigemal Wahlrechtsversammlungen einberufen, bei denen mitunter kaum ein bis zwei Dutzend Personen erschienen sind. Diese Erschlaffung der Bewegung war um so mehr zu bedauern, weil sich die politischen Zustände derartig gestaltet haben, daß eine tatkräftige Arbeiterschaft zu einem bedeutenden Faktor werden könnte. Dieser Umstand wirkte denn auch auf jene Genossen, die weder durch die behördlichen Verfolgungen, noch durch die Zerwürfnisse im inneren Parteileben von der Sozialdemokratie abzubringen waren, und sie spannten alle Kräfte an, um die Arbeiterschaft wieder für den Wahlrechtskampf zu gewinnen. Ihre Bemühungen waren denn auch von Erfolg begleitet: sie haben etwa 15 000 Arbeiter auf die Beine gebracht. Etwa 8000 von diesen haben an dem Demonstrationszug teilgenommen, die übrigen haben sich in der Versammlung eingefunden. Es gab also eine imposante Demonstration, wie sie Budapest schon seit geraumer Zeit nicht gesehen hat. Am heutigen Tage wurden auch in 20 Provinzstädten des Landes Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht abgehalten.

Serbien.

Der neue Königssproß.

Belgrad, 18. Januar. Georg machte vorgestern auf dem Hofball wieder einen Skandal, was den Ministerrat bewog, seine Ausweisung aus dem Lande vom König zu verlangen. Der König stimmte dem Ministerrat nicht zu und begründet seine Weigerung damit, daß Gefahr bestehe, Prinz Georg könnte im Auslande Serbien noch mehr bloßstellen. Dagegen erklärt sich der König bereit, den Hofstaat Georgs aufzulösen, seine Apanage herabzusetzen und ihn zum Truppendienst zu kommandieren. Die Regierung geht jedoch vorläufig auf diesen Vorschlag nicht ein. Bemerkenswert ist, daß auch die beiden hiesigen Regierungsorgane den Zwischenfall beim Neujahrsball in ihren Leitartikeln besprechen, in heftigen Worten gegen Georg und seine Handlungsweise Stellung nehmen und die Regierung auffordern, entsprechende Maßregeln zum Schutze der Beamtenschaft gegen Uebergriffe der Mitglieder des königlichen Hauses zu treffen.

Großbritannien.

Wahlen.

London, 18. Januar. Das Ergebnis um 1 Uhr früh ist folgendes: Gewählt wurden 92 Unionisten, 77 Liberale, 16 Arbeiterparteiler, 13 Nationalisten; die Unionisten gewannen 37, die Liberalen 7 und die Arbeiterpartei 1 Sitz. In Finsbury Centrale der Unionist Archar-Shee mit 3559 über den Führer der Arbeiterpartei Steadman, der 3187 Stimmen erhielt. Finanzsekretär im Schatzamt Hobhouse wurde in Bristol East wiedergewählt. In Portsmouth wurden die Unionisten Lord Charles Beresford (der bekannte Kriegshetzer) und Falle mit 16 777 resp. 15 502 Stimmen gewählt; das Mitglied der Arbeiterpartei Sanders bekam 3529 Stimmen.

Der Präsident der Lokalverwaltung, der Exgenosse Burns, wurde in Battersea wiedergewählt mit einer Mehrheit von 645 Stimmen. Finanzsekretär der Admiralität Mac Namara wurde in Camberwell und der Chefsekretär für Irland Birrel in Bristol gewählt. In der City von London erhielten die Unionisten Balfour und Banbury 17 907 resp. 17 302 Stimmen, der Liberale Bell 4623. Balfour und Banbury sind mithin gewählt. Gateshead (Durham) wurde der Arbeiterpartei von den Liberalen genommen. Snowden, einer der Führer der Arbeiterpartei, ist wiedergewählt worden.

Die Sonnabendwahlen.

In London und den Provinzen haben sich vom frühen Morgen an die Wähler in ungewöhnlich großer Zahl beteiligt. In allen Wahlkreisen herrschte eine fieberhafte Tätigkeit. Das Treiben schwoll gegen Abend wie eine starke Flut an. Ruhe und Ordnung wurden überall gewahrt. Der erbittertste Wahlkampf wütete gestern im Londoner Wahlkreis Battersea, der langjährigen Feste des John Burns. John Burns tummelte sich vom frühen Morgen an persönlich als Ruser im Streite unter den Volksscharen. Eine große Anzahl Konstabler hielt abends in den Straßen von Battersea die Ordnung aufrecht.

Italien.

Schluß der italienischen Parlamentssession.

Die italienischen Blätter teilen mit, daß die Schließung der Parlamentssession noch während der Kammerferien erfolgen werde. Durch diese Maßregel würden alle in den verschiedenen Stadien der Beratung der Kammer vorliegenden Gesetzentwürfe zurückgezogen werden. Sonnino würde gewissermaßen reinen Tisch machen. Er hätte weiter den Vorteil, sein Regierungsprogramm, für das er bis jetzt nur eine Anzahlung geleistet hat, in der Form der Thronrede bekannt zu geben. Es steht nur dahin, ob dieser ausschließlich dekorative Vorteil die wesentlichen Nachteile ausgleichen kann, die die Schließung der Session mit sich brächte. Macht sie doch die Erneuerung des Präsidiums und aller Bureaus der Kammer nötig. Die Neuwahl, die in geheimer Abstimmung erfolgt, kann sehr wohl einem so unsicher gestellten Kabinett, wie dem heutigen, gefährlich werden. In der Tat spricht man schon von einer Versammlung von Giolittianern, bei der die Frage ventiliert worden wäre, das Kabinett Sonnino bei den etwaigen Bureauwahlen zu stürzen und an seine Stelle einen Staatslenker von Giolittis Gnaden zu setzen. Wie es heißt, hätte aber Giolitti den Standpunkt vertreten, daß es noch nicht Zeit sei, Sonnino zu Fall zu bringen. Die Rücksicht auf diese Sachlage bringt es mit sich, daß im jüngsten Ministerrat ziemlich scharfer Einspruch gegen die von Sonnino beabsichtigte Schließung der Session erhoben wurde.

Indien.

Die Bajonette gegen England.

Kalkutta, 18. Januar. Aufsehen erregt hier die Meldung von der Verhaftung von zehn Angehörigen des Eingeborenenregiments, die an der Aufstandsbewegung beteiligt sein sollen. Das Regiment wird wahrscheinlich unverzüglich verlegt werden; trotzdem wird geglaubt, daß sich nur sehr wenig Soldaten der Bewegung angeschlossen haben.

Wenn die Engländer hier keine Gespenster sehen, so würde diese Nachricht eine sehr ernste Bedeutung haben. Die 70 000 einheimischer Truppen sind die wichtigste Stütze der englischen Regierung. Trotz der Winzigkeit ihrer Zahl reichten sie bis jetzt aus, weil die 300 Millionen Hindus sich gegen die Regierung nicht regten und weil die Stimmung im Heere seit Jahrzehnten vortrefflich sein sollte. Jetzt ist es mit der Ruhe der Bevölkerung aus, eine desto größere Bedeutung gewinnt die Haltung des Heeres. Und in diesem Augenblick beginnen sich auch die Bajonette zu rühren. Das Heer kann der vom Volke eindringenden revolutionären Stimmung und Gährung niemals widerstehen, darum klingt die Nachricht aus Kalkutta sehr wahrscheinlich.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat folgenden Antrag zum Berggesetze eingebracht:

Die Kammer wolle beschließen: Artikel III, § 7 des Gesetzes zur Abänderung und Ergänzung des Allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 u. ff. erhält als neuen (11.) Absatz folgende Bestimmungen:

1. Bei allen Unternehmungen, welche nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unter den Begriff „Bergbau" fallen, sind aus der Mitte der Arbeiter „Sicherheitsmänner" zur ständigen Ueberwachung der Sicherheit der Betriebe und deren Belegschaften heranzuziehen.

2. Die Sicherheitsmänner gelten als selbständige Funktionäre.

3. Die Bergreviere werden in Kontrollbezirke eingeteilt. Für jeden Bezirk wird aus der Mitte der beschäftigten Arbeiter ein Sicherheitsmann gewählt. Die Kontrollbezirke dürfen nicht mehr als 2000 Mann Belegschaft umfassen.

4. Die Wahl der Sicherheitsmänner erfolgt auf die Dauer von zwei Jahren. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Die Wahl, welche in einem öffentlichen Lokal stattzufinden hat, ist direkt und geheim, nach dem System der Kuvertwahl.

Der Leiter der Wahlhandlung wird vom Bergamt bestimmt; er darf jedoch nicht als Aufsichtsperson auf den Werken des Wahlbezirkes tätig sein. Als Beisitzer bei der Wahlhandlung haben je zwei Vertreter der Werke und der Arbeiter zu fungieren.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier, ohne äußere Kennzeichen und 16 × 9 Zentimeter groß sein.

Der Wahltermin ist vier Wochen vor der Wahl von dem Bergamt bekannt zu gegeben und die Bekanntmachung durch Anschlag auf den Werken den Wahlberechtigten zugänglich zu machen.

Wahlberechtigt ist jeder im Kontrollbezirk beschäftigte volljährige Arbeiter.

Wählbar ist jeder Bergarbeiter, der 30 Jahre alt, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und fünf Jahre unter Tage, darunter mindestens drei Jahre als Hauer oder Zimmerling, und davon ein Jahr im Kontrollbezirk tätig war.

5. Der Sicherheitsmann hat die innerhalb seines Kontrollbezirkes gelegenen Gruben und Tagesbetriebe sowie deren Nebenanlagen auf ihre Sicherheit hinsichtlich der Gesundheit und des Lebens der darin beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren und an den Untersuchungen der eingetretenen Unfälle teilzunehmen.

Dem Sicherheitsmann ist zu gestatten, auch ohne Begleitung eines Werksbeamten die Kontrolle der Gruben und deren Nebenanlagen auszuüben. Kommen Unfälle in Frage, so hat die Werksverwaltung dem Sicherheitsmann rechtzeitig von dem Zeitpunkt der Unfalluntersuchung Kenntnis zu geben. In Fällen dringender Gefahr für Leben und Gesundheit der Belegschaft hat der Sicherheitsmann das Recht, seitens der Werksverwaltung sofort entsprechende Abhilfe zu fordern.

Das Ergebnis seiner Befahrung hat der Sicherheitsmann unmittelbar nach Beendigung derselben in ein von der Werksverwaltung zu beschaffendes, nach Vorschrift des Bergamtes einzurichtendes Fahrbuch einzutragen und dem Bergamt sofort eine Abschrift zuzustellen. Die Eintragungen in das Fahrbuch sind mit Tinte zu bewirken.

Bei der Eintragung darf der Sicherheitsmann nicht beaufsichtigt werden. Der Betriebsführer hat das Fahrbuch nach jeder Eintragung einzusehen. Er ist befugt, Bemerkungen zu den Eintragungen zu machen. Beschwerden und Mitteilungen des Sicherheitsmannes, soweit sie Mißstände betreffen, müssen berücksichtigt werden.

Das Fahrbuch ist in einem den Belegschaftsmitgliedern jederzeit zugänglichen Raum zur Einsicht der Belegschaftsmitglieder und der Bergbehörde auszulegen.

Der Sicherheitsmann erhält seine Entlohnung aus der Staatskasse.

6. Die Absetzung des Sicherheitsmannes vor Ablauf seiner Wahlperiode kann nur bei nachweisbaren groben Pflichtverletzungen ausschließlich seitens des Bergamtes erfolgen.

*

Die erste Deputation der Ersten Kammer hat beschlossen, dem Beschlusse der Zweiten Kammer, die Regierung zu ersuchen, die Aufhebung des 6. Januar als Epiphaniasfeiertag und die Verlegung dieses Festes auf den nachfolgenden Sonntag zu veranlassen, soweit der 6. Januar nicht selbst auf einen Sonntag fällt, beizutreten. Die Regierung hat jedoch durch ihren Kommissar, Oberregierungsrat Dr. Lantzsch, in der Deputation erklären lassen, sie halte nach wie vor daran fest, daß an eine Aufhebung des Epiphaniensestes nicht heranzutreten sei. Die Regierung sei in ihrer Haltung dadurch bestärkt, daß sich gegenwärtig schon Bestrebungen geltend machten, die auf die Aufhebung des zweiten Bußtages abzielten und voraussichtlich bald die Aufhebung weiterer Festtage, wie des Himmelfahrtsfestes und des Reformationsfestes erstreben würden. Der Regierungskommissar bezog sich noch ausdrücklich auf die Erklärungen, die von den Ministern Grafen Hohenthal und Vitzthum v. Eckstädt in den Kammern abgegeben worden sind. Die Deputation erklärt aber in ihrem Berichte, daß sie aus ihrem heutigen Antrag keine Konsequenzen für den Bußtag und das Reformationsfest befürchte. Hinsichtlich dieser Feste lägen die Verhältnisse ganz anders und die gesamte Deputation würde sich mit aller Entschiedenheit etwaigen Versuchen, die auf eine Aufhebung dieser Festtage gerichtet werden sollten, entgegenstellen, und müsse deshalb in dieser Beziehung Konsequenzen aus der jetzigen Beschlußfassung ablehnen.

*

In der Zweiten Kammer wurde heute ein Antrag Ilge und Genossen eingebracht, die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf auf Aufhebung der indirekten Landessteuern vorzulegen.

Scharfmacherische Wohlfahrtspolitik.

Die Gründer der Firma August Hoffmann in Neugersdorf haben für ihre Fabrik eine Stiftung eingesetzt, aus der invalide Arbeiter und hilfsbedürftige Personen, die lange Jahre in der Fabrik beschäftigt waren, regelmäßige Unterstützungen erhalten. Die invaliden Arbeiter erhalten so viel Pfennige pro Tag, als sie Jahre in der Fabrik tätig waren. Unter den invaliden Arbeitern befindet sich auch der 74 Jahre alte frühere Stärker Krause, der 33 Jahre seine Kräfte den Unternehmern widmete. Er erhielt bis zum 1. Oktober vorigen Jahres regelmäßig den Betrag von 24 Mk. pro Vierteljahr. Am Schlusse des alten Jahres stellte er sich abermals ein, um die auch für ihn ausgesetzte und bis dahin regelmäßig erhaltene Rente in Empfang zu nehmen. Gegen die frühere Gewohnheit wurde er diesmal ins Privatkontor bestellt, wo ihm von dem einen der Besitzer der Fabrik, Herrn Theodor Hoffmann, in barschem Tone eröffnet wurde, daß er für ihn keine Rente mehr habe. Er solle zu seinem Sohn gehen, der solle für ihn sorgen. Der alte Mann war sichtlich betroffen von dieser Nachricht, hatte er doch schon der Fabrik gedient, als die jetzigen Besitzer zum Teil noch in den Kinderschuhen steckten. Der Grund der Handlungsweise des Mitbesitzers aber liegt klar zutage. Der alte Arbeiter hat einen Sohn, der als — **sozialdemokratischer Vertreter im Gemeinderat sitzt.** Die Firma steht seit langer Zeit mit dem Gemeinderat in hartem Kampfe wegen einer Wegangelegenheit, bei der der Gemeinderat nicht so tanzen will, als die schwerreichen Fabrikbesitzer es wollen. Der sozialdemokratische Gemeindevertreter vertritt die Meinung der Mehrheit des Gemeinderats. Und weil er das tut, sind die Wohlfahrtseinrichtungen, die für die Arbeiter in der Fabrik errichtet worden sind, für seinen Vater nicht da.

Zur Charakterisierung dieser sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen ist wohl nichts mehr anzuführen. Bemerkenswert ist aber noch, daß der eine Inhaber der Firma, Herr Kommerzienrat Oswald Hoffmann, Mitglied der Landessynode für das Königreich Sachsen, Mitglied des Oberspreetaler Vereins für innere Mission und Kirchenvorstandsmitglied in Neugersdorf ist.

Amtliche Bekanntmachungen — „ohne Gewähr für die Richtigkeit". Die Amtshauptmannschaft Oschatz hat im Amtsblatte unter Androhung von Strafe einen falschen Jahrgang zur Anmeldung für die Rekrutierungsstammrolle, nämlich den Jahrgang 1889, aufgefordert. Auf die Feststellung dieser Tatsache durch das Oschatzer Tageblatt schreibt die Amtshauptmannschaft diesem Blatte, daß die betreffende Bekanntmachung mit der Jahreszahl 1889 statt 1890 nur in einem geringen Teil der Gesamtauflage des Amtsblattes erschienen sei, in den übrigen Druckstücken dieser Ausgabe des Amtsblattes, wie auch im Mügelner Amtsblatt aber richtig zum Abdruck gekommen sei, und daß das Oschatzer Amtsblatt die Bekanntmachung nochmals zum kostenfreien Abdruck aufgenommen habe, so daß keine Belastung der Steuerzahler entstanden sei.

Dazu bemerkt sarkastisch das Oschatzer Tageblatt: „Wie man sieht, wird durch die Zuschrift der Amtshauptmannschaft der Fehler, auf den wir hingewiesen haben, nur bestätigt, daß dieser Fehler angeblich nur in einem kleinen Teile der Auflage erschienen sein soll, tut gar nichts zur Sache, denn das Publikum vermag nicht zu kontrollieren, in dem wievielten Teile des Amtsblattes sich amtliche ‚Böcke' herumtummeln. Die Zuschrift

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Amtshauptmannschaft zeigt, wie wenig man sich manchmal auf die Richtigkeit solcher Bekanntmachungen verlassen kann. Uebrigens ist in der zweiten, ‚richtiggestellten' Bekanntmachung in der Ausgabe des Amtsblattes die Anmeldefrist zum wiederholten Male vom 10. Januar bis zum 1. Februar angegeben, während in der entsprechenden Bekanntmachung des Stadtrats der 15. Januar als Anfangstermin erscheint. Wie reimt sich das zusammen? Vielleicht weiß die Amtshauptmannschaft anzugeben, im wievielten Bruchteile der Auflage diese Abweichung von der Regel enthalten ist. Ueber die Frage, wer für den Fehler verantwortlich ist, gleitet die Zuschrift der Amtshauptmannschaft geräuschlos hinweg; aus der Mitteilung, daß das Amtsblatt die Bekanntmachung zum zweitenmal kostenfrei aufgenommen hat, wäre aber nach den üblichen Geschäftsgebräuchen zu schließen, daß der Fehler beim Amtsblatt gemacht worden wäre."

Das Oschatzer Amtsblatt hat nun den genialen Gedanken gehabt, das Oschatzer Tageblatt für die durch die irreführende amtliche Bekanntmachung entstehende Verwirrung verantwortlich zu machen, weil es die amtliche Bekanntmachung — nachgedruckt hat. Das Tageblatt bemerkt dazu: „Künftig wird man, wenn man sich auf amtliche Veröffentlichungen im Amtsblatt beruft, hinzufügen müssen: ‚Ohne Gewähr für die Richtigkeit'."

* * *

Bautzen. Bei der Vergebung der Kieslieferung zur Beschüttung des Reitplatzes in der neuen Kavalleriekaserne wurden für das 26800 Quadratmeter umfassende Objekt von sechs Unternehmern sieben Angebote abgegeben. Merkwürdig ist, so lesen wir in der Zittauer Morgenzeitung, daß das niedrigste und höchste Gebot von einem Submittenten abgegeben wurde; er fordert in der einen Offerte 31122 Mk., in der zweiten 54530 Mk. Das scheint ganz unglaublich!

Plauen. Neun Vereine haben eine Gesellschaft gegründet mit dem Namen: Verein zur Gründung eines Provinzialmuseums. Die Erörterung der Platzfrage, die Gewinnung von Mitgliedern und Einbringung von Kapital wurden einem Ausschuß übertragen, dem je ein Mitglied der neun Vereine angehört.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Herr aus Schlema begab sich Donnerstag früh in Begleitung seines Hundes nach Stein. Zwischen Wildbach und Stein blieb plötzlich der Hund stehen, fing an zu heulen und zu scharren. Der Herr begab sich an die Stelle, fand alsbald einen Hut, und als der Hund weiter scharrte, kam ein halb erstarrter menschlicher Körper zum Vorschein. Es währte nicht lange, so erholte sich allmählich der Mensch. Der Bedauernswerte gab an, daß er sich auf Wanderschaft befinde und infolge des vielen Schnees müde geworden, sich hingelegt und eingeschlafen sei. — Bei dem heftigen Sturm am Sonnabend nachmittag wurden in der Löffelfabrik der Firma Herczka u. Co. in Zwickau, abseits der Reichenbacher Straße, zwei Schornsteine umgeworfen. Der eine bestand aus Mauerwerk und stürzte auf das zur Fabrik gehörige Tischlergebäude, dessen Dach er zerstörte. Der andre, aus starkem Eisenblech bestehend, schlug gegen ein angrenzendes Gebäude und beschädigte dieses leichter. In der außer Betrieb gesetzten Klötzerschen Ziegelei, nahe der Parkstraße, riß der Sturm die Dachungen weg. — In Greifendorf erschoß der 17jährige Dienstknecht Schmidt aus Arnsdorf das 16jährige Dienstmädchen Eckert auf Naundorf. Beide standen bei dem Gutsbesitzer Barthel in Diensten. Der Mörder ist geflüchtet. — Der 24jährige Musiker Lohdal aus Sargstädt, Mitglied des Theaterorchesters, hat sich am Sonntag nachmittag im neuen Stadttheater in Chemnitz kurz vor Beginn des Märchenspiels Schneewittchen erschossen. Der Grund der Tat soll in Ueberschuldung zu suchen sein. — Verhaftet wurde vor wenigen Tagen in Leitelshain der 28jährige Buchbinder Gutte aus Görlitz, welcher mehrfach steckbrieflich verfolgt wird. Der Verhaftete, welcher ein gefährlicher Bursche zu sein scheint, hatte Legitimationspapiere auf sechs verschiedene Namen bei sich. — In Meißen stürzte der 25jährige Arbeiter Albert Lehmann aus seiner im dritten Stock gelegenen Wohnung aus dem Fenster. Der Unglückliche war sofort tot. — Ein Postrabattbuch entrissen wurde am Sonnabend nachmittag gegen ¼4 Uhr am Posteingang in der Marienstraße in Dresden einem zwölfjährigen Mädchen von einem größeren Knaben. Der Umschlag des Buches wurde Am See gefunden. — Ein in der Hohenzollernstraße in Dresden wohnhaft gewesener Glasmacher machte am Sonntag in seiner Wohnung seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Der 33 Jahre alte Mann war verheiratet und des Lebens überdrüssig geworden. — Am Sonnabend wurde in Niederhäslich bei Deuben in einem Teiche in der Nähe der Poisentalstraße der Leichnam eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Wie die ärztliche Untersuchung ergab, hat das Kind nach der Geburt wahrscheinlich gelebt. Der Leichnam war in braunes Packpapier eingewickelt und mit Bindfaden umschnürt. — In Eibenstock gerieten zwei Knaben, die mit einem Schlitten die Bergstraße herabfuhren, zwischen die Beine eines Pferdes. Während der eine der beiden Knaben mit dem bloßen Schrecken davonkam, wurde der andre von dem Pferde so heftig an den Hinterkopf geschlagen, daß er zum Arzt, der die Wunde vernähte, getragen werden mußte.

Aus den Nachbargebieten.

Bestrafter Soldatenschinder.

Weil er einem Soldaten ein paar Ohrfeigen gegeben hatte, war der Feldwebel Bree von der 6. Kompagnie Regiment Nr. 20 in Wittenberg vom Kriegsgericht zu sieben Tagen Mittelarrest verurteilt. Gegen das ohnehin milde Urteil hatte B. noch Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht verwarf jedoch die Berufung und ging noch über die erste Strafe hinaus und verurteilte B. zu drei Wochen Mittelarrest. Das Ohrfeigenaustellen hatte sich auf dem Truppenübungsplatz in Jüterbog abgespielt.

Die verabreichten „zarten Backenstreiche" müssen also schon ziemlich derb gewesen sein, wenn selbst die höhere Instanz den Soldaten„erzieher" nicht nur nicht heraushaut, sondern ihm noch zwei Wochen Zulage zudiktiert.

Halle a. S. Der Redakteur des Volksblatt, Genosse Niebuhr, wurde von der Strafkammer wegen angeblicher Beleidigung des Pastors Fritz in Hohenleipisch zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung wurde in einem Artikel erblickt, der betitelt war: Was versteht man unter christlicher Nächstenliebe? Die angeführten Tatsachen wurden größtenteils als erwiesen betrachtet, die Auslegung jedoch betrachtete das Gericht als so beleidigend, daß es zu der angegebenen exorbitanten Geldstrafe kam. Gegen das Urteil wurde Revision beantragt. Das Reichsgericht verwies die Sache, nachdem es das Urteil aufgehoben hatte, an das hiesige Landgericht zurück. Dieses hatte in einem Punkte der Anklage den Tatbestand der §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches alternativ (d. h. umschichtig aus zwei Fällen) festgestellt, was nach dem Reichsgericht unzulässig ist.

Koburg. Ein eigentümlicher Fall von plötzlicher Erblindung hat sich im meiningischen Orte Oberlind zugetragen. Der in den 50er Jahren stehende Schnittwarenhändler Adam Wittmann ging mit seiner Frau zu einem Vereinsvergnügen. Er selbst begab sich in die Gaststube und spielte mit einigen Freunden Karten. Plötzlich wurde dem Mann schwarz vor Augen, und nach einigen Minuten war er vollständig erblindet. Der Fall ist um so eigentümlicher, als Wittmann niemals augenkrank gewesen war.

Theißen. Ein schweres Bauunglück ereignete sich auf der Grube Gottlob 2 bei Brödit. Dort waren 15 Arbeiter des Zimmermeisters Kresse in Zeitz beschäftigt, einen eisernen Schornstein aufzurichten. Sie hatten schon zwei Rohre vernietet und das dritte Rohr aufgesetzt, aber noch nicht festgeschraubt, als plötzlich ein heftiger Orkan einsetzte. Jedenfalls haben die Leute auf dem Gerüst die Geistesgegenwart verloren und die Taue, an denen sie das Rohr hielten, losgelassen. Das Rohr kippte um und riß das Baugerüst, trotzdem es gut verstrebt war, mit sich in die Tiefe. Während die weiter unten auf dem Gerüst stehenden Arbeiter unverletzt abspringen konnten, stürzten sechs mit dem Gerüst ab. Der 20jährige Krämer aus Nasberg wurde so schwer verletzt, daß er gestern früh im Zeitzer Krankenhaus verstarb. Die fünf übrigen wurden leichter verletzt.

Kronach. Ein schweres Verbrechen wird aus Schmölz berichtet. Dort wurde die 21jährige ledige Dienstmagd Elsa Bauer im Anwesen der Geschwister Popp erhängt aufgefunden. Wie die Obduktion der Leiche ergeben hat, ist das Mädchen, das sich in gesegneten Umständen befand, anscheinend erschlagen und alsdann aufgehängt worden. Als der Tat verdächtig wurde ihr 22jähriger Dienstherr Georg Popp in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Weimar. Der Antrag der Dresdner Luftschiffer-Gesellschaft, die Stadt Weimar möge ihr unentgeltlich einen 50 000 bis 60 000 Quadratmeter großen Platz zur Anlage eines Luftschiffhafens zur Verfügung stellen, wurde in der Gemeinderatssitzung einstimmig abgelehnt.

Magdeburg. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Magdeburg des Bundes technisch-industrieller Beamter, Ingenieur Willi Cruse, hat schon wiederholt unter der Anklage gestanden, das Reichsvereinsgesetz dadurch übertreten zu haben, daß er öffentliche Versammlungen der technisch-industriellen Beamten weder bei der Polizei anmeldete, noch sie durch Inserate vorschriftsmäßig bekannt machte. Die Polizei nahm in allen Fällen an, daß es sich um anmeldepflichtige Versammlungen gehandelt habe, weil „politische Angelegenheiten zur Erörterung gekommen seien". Am Sonnabend stand Cruse wiederum wegen des gleichen Vergehens vor dem Magdeburger Schöffengericht. Diesmal handelte es sich um eine Versammlung, in der der Referent das Thema: Die nationale Bedeutung der Berufsorganisation und die Koalitionsrechtskämpfe der technischen Angestellten behandelt hatte. Cruse hatte in diesem Falle ein polizeiliches Strafmandat über 6 Mk. erhalten, gegen das er Einspruch erhob. Das Gericht erkannte auf Freisprechung und belastete die Staatskasse mit sämtlichen Kosten, auch die der Verteidigung.

Vom Parteihaushalt.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge ein:

Arnstadt 94.80. Groß-Berlin a konto seiner acht Wahlkreise 5000.—. Diverse Beiträge 998.60 Mk. Bern 50.—. Cüstrin, Wahlkreis Königsberg (Neumark), 3. Quart. 09 43.38. Calw, 7. württemb. Wahlkr., 3. Quart. 09 63.97. Dresden-Land, 6. sächs. Wahlkr. a konto seiner Beiträge für 1909/10 1500.—. Danzig, Prov. Westpreußen, Beiträge für 3. Quartal 09. Wahlkreise: Elbing-Marienburg 40.—; Danzig-Land 8.—; Danzig-Stadt 178.12; Neustadt-Karthaus 8.80; Berent-Stargard 4.24; Stuhm-Marienwerder 17.80; Rosenberg-Löbau 3.45; Graudenz-Strasburg 40.64; Thorn-Kulm 2.40; Schwetz 4.05; Schlochau-Flatow 8.—; Deutsch Krone 11.60; Summa 328.—. Frankfurt an der Oder-Lebus, Wahlkreisbeitrag für 3. Quart. 09 116.84. Falkenberg (Oberschlesien) 5.—. Flensburg, 1 und 2. schlesw.-holst. Wahlkr., 2. Quart. 09 288.12. Görlitzer Agitationsbezirk: Wahlkr. Görlitz-Lauban 300.—. Hamburg, 1. Wahlkreis 6000.—. Hamburg, 3. Wahlkreis 5000.—. Husum, 4. schleswig-holsteinscher Wahlkreis, 3. Quartal 1909 41.04. Köln am Rhein, Reg. B. 20.—. Lübeck, sozialdemokratischer Verein, 3. Quartal 1909 700.—. Leipzig, 12. sächsischer Reichstagswahlkreis a konto seiner Beiträge für 1909/10 500.—. Leipzig-Land, 13 sächsischer Kreis a konto seiner Beiträge für 1909/10 6000.—. Mrohen, C. H. 30.—. Magdeburg, soz. Ver. a konto seiner Beiträge 800.—. Nürnberg, Gau Nordbayern, 3. Quart. 1909. Wahlkreise: Kitzingen 9.00; Würzburg 112.74; Dinkelsbühl 19.80; Regensburg 50.49; Bayreuth 128.25; Neustadt a. W.-N. 12.96; Schweinfurt 69.00; Neuenburg 1.68; Neustadt a. S. 14.04; Bamberg 43.08; Aschaffenburg 45.00; Eichstätt 11.61; Erlangen-Fürth 471.96; Amberg 6.75; Forchheim-Kulmbach 38.39; Hof 135.06; Ansbach-Schwabach 110.70; Lohr 8.55; Rothenburg 9.00; Neumarkt 4.86; Kronach-Lichtenfels 58.47; Nürnberg 1250.46; Summa 2615.88. Olvenstedt, Wahlkr. Neuhaldensleben-Wolmirstedt, 3. Quart. 09 208.33. Plauen i. V., J. E. 2.—. Stuttgart, G. U. 10.—. Spandau, Willi 6.—. Spandau, M. O. 5.—. Vegesack, 18. hannov. Wahlkreis. 2. Halbjahr 09 373.80.

Berlin, 12. Januar 1910.

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Aus der Partei.

Hessische Landeskonferenz. In Offenbach im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag eine außerordentliche Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokratie, die sich durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitags und der hessischen Wahlreform nötig machte. Anwesend waren aus 100 Orten 114 Delegierte. Zum 1. Punkt: Das neue Organisationsstatut, referierte Busold-Friedberg. Dieser begründete den vom Landeskomitee vorgelegten Statutenentwurf. Nach dem Entwurf sollen die Mindestbeiträge für männliche Mitglieder auf 30 Pfg. und für weibliche auf 15 Pfg. pro Monat festgesetzt werden. An den Parteivorstand müssen 20 Prozent der Beiträge abgeführt werden und das Landeskomitee soll 5 Pfg. von einer 30-Pfg.-Marke bekommen. Dem Entwurf wurde ohne wesentliche Aenderungen zugestimmt. Nach ihm haben sich in jedem Orte, in dem mindestens 10 Parteigenossen wohnen, Ortsvereine zu bilden. Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern können auf die Landeskonferenz einen Vertreter entsenden und für je weitere 100 Mitglieder einen Delegierten. Das neue Statut tritt am 1. April 1910 in Kraft. Die Konferenz nahm hierauf ein instruktives Referat vom Abg. Dr. Fulda-Darmstadt über: Die hessische Landtagswahlreform entgegen. Die vom Redner unterbreitete, gegen die hessische Pluralwahlrechtsreform gerichtete Resolution fand einstimmige Annahme.

Durch die Wahl des Genossen P. Knudsen zum Bürgermeister von Kopenhagen hat die sozialdemokratische Partei Dänemarks ihren langjährigen Vorsitzenden verloren. Knudsen war 27 Jahre lang 1. Vorsitzender und Geschäftsführer der dänischen Partei, er übernahm im Jahre 1882 diesen Posten, als die Sozialdemokratie noch knapp einige Hundert Mitglieder zählte. Unter seiner Leitung wuchs die Partei zur stärksten im Lande. Noch im Jahre 1895 war sie die kleinste Partei mit 2 Mandaten und 2 Parteiblättern. Heute sind es 100000 Wähler und im Lande erscheinen 32 Parteiblätter mit über 100000 Abonnenten. — An Stelle des Genossen Knudsen wählte der dänische Hauptvorstand den Genossen Stauning zum Vorsitzenden der Partei. Stauning gehört noch zur jüngeren Garde, er ist erst 37 Jahre alt und war bisher unter Leitung Knudsens im Parteibureau beschäftigt. Zigarrenarbeiter von Beruf, wanderte er als junger Geselle nach Deutschland, wo er den Anschluß an die Sozialdemokratie fand.

Vorbereitungen für den internationalen Kongreß. Für den Ende August in Kopenhagen stattfindenden internationalen Kongreß sind, wie man uns aus Dänemark schreibt, die Vorbereitungen jetzt schon in vollem Gange. Der Kongreß tagt im großen Konzertpalais; sollten dessen Räumlichkeiten nicht ausreichen, so steht das in der Nähe gelegene Prinz Wilhelm-Palais mit zur Benutzung. Beide Lokalitäten liegen in unmittelbarer Nähe des Königsschlosses. Unter den Veranstaltungen wird das Bankett der Stadt Kopenhagen in dem herrlichen Rathaussaal am großartigsten sein. Die Stadt mit ihren zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern wird die Vertreter der roten Internationale einladen und bewirten. Auf alle Fälle wird sich der Kopenhagener internationale Kongreß auch äußerlich würdig seinen Vorgängern anreihen.

Versammlungen
im 13. Reichstagswahlkreis.

Der Ortsverein Leipzig-Ost

hielt am 11. Januar im Thüringer Hof in Volkmarsdorf seine Halbjahrsgeneralversammlung ab. Genosse v. Lojewski hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Politische Parteien und Interessenkämpfe. An vielen Beispielen wies der Referent nach, daß sämtliche bürgerliche Parteien es stets verstanden hätten, in den Parlamenten nur ihre eigenen Wirtschaftsinteressen zu vertreten und die berechtigten Wünsche des werktätigen Volkes zurückzudrängen. Deshalb sei es Pflicht der Arbeiterschaft, von dem gewährten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen und das Programm der sozialdemokratischen Partei verwirklichen zu helfen. Darauf gab der Vorsitzende den Bericht über das verflossene Halbjahr. Abgehalten wurden 1 Generalversammlung, 2 öffentliche Versammlungen und 2 Mitgliederversammlungen. In mehreren Vorstands- und Kommissionssitzungen wurden die übrigen Vereinsangelegenheiten geregelt. Um den Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben und die Geselligkeit zu pflegen, wurden veranstaltet: vier Vortragszyklen, ein Scholander-Konzert, ein Ausflug nach Halle, ein Ausflug nach Engelsdorf und ein Familienabend. Für Kinder fanden statt ein Märchen-Lichtbildervortrag und eine zweimalige Weihnachtsaufführung. Der Mitgliederstand ist um 34 zurückgegangen. Er betrug am 31. Dezember 3670 gegen 3704 am 1. Juli 1909. Davon entfielen auf:

	am 1. Juli 1909			am 1. Dezember 1909		
	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen
Anger . .	798	149	947	799	157	956
Volkmarsd.	809	117	926	795	119	914
Sellerhaus.	478	82	560	460	88	548
Reudnitz .	545	58	603	547	52	599
Neuschönef.	212	37	249	211	38	249
Neustadt .	361	58	419	352	52	404

Zu Ehren der im letzten halben Jahre verstorbenen 12 Genossen sowie der am Versammlungstage beerdigten Genossin Exner erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht hatte folgendes Ergebnis:

Einnahme.	Mk.
An Kassenbestand am 1. Juli 1909 . . .	694.27
„ Aufnahmen (303 Marken à 10) . . .	30.30
„ Beitragsmarken à 10 Pfg.	7899.90
„ „ à 5 Pfg.	624.55
„ Bibliothek	50.20
„ Wahlfondsmarken.	601.90
Summa	9841.12

Ausgabe.	Mk.
An den Hauptvorstand des 13. Kreises .	5814.80
Für die Gleichheit (3 Quartale)	558.15
„ Referate	14.—
„ Druckkosten und Inserate	402.20
„ die Bibliothek	124.23
„ Agitation	995.85
„ Scharfrichter (Zuschuß)	119.—
Entschädigung für die Beikassierer . . .	496.04
„ für den Gesamtvorstand .	337.—
Diverse Ausgaben	322.95
Summa	9244.22

Bilanz.	Mk.
Gesamteinnahme	9841.12
Gesamtausgabe	9244.22
Kassenbestand am 31. Dezember 1909 . .	596.90

Auf Antrag der Revisoren, die die Kasse geprüft und in Ordnung befunden hatten, wurde der Kassierer entlastet. Da die sechs Mitglieder der Zeitungskommission mit dem Vorstand in Differenzen geraten waren, weil letzterer beschlossen hatte, einen ständigen Vertreter zu deren Sitzungen zu entsenden, hatten die Kommissionsmitglieder ihre Aemter niedergelegt. Es machte sich deshalb eine Neuwahl notwendig. Gewählt wurden: Heinrich Schwarz-Anger, Kinne-Volkmarsdorf, Alfred Schneider-Reudnitz, Mohr-Sellerhausen, Becker-Neustadt, Beyer-Neuschönefeld. Einem Vorschlage des Vorstandes, in die Zeitungskommission ein Vorstandsmitglied zu wählen, wurde zugestimmt und Genosse Lorenz gewählt.

Ein Antrag des Vorstands, für die Bibliothek 300 Mark zu bewilligen, wurde, nachdem ein von Genossen Schirmer gestellter Antrag, die Summe auf 500 Mark zu erhöhen, abgelehnt worden war, angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Dr. Tiburtius, daß er die teilweise sehr wertvollen Bücher, die er entbehren könne, der Bibliothek zur Verfügung stellen wolle. Dies wurde allseitig mit Freuden begrüßt. Nachdem Genosse Schröder jun. die Anwesenden ersucht hatte, der Jugendorganisation mehr Aufmerksamkeit zu widmen und dieser Mitglieder zuzuführen, forderte Genossin Hennig auf, die Organisation der Hausangestellten zu unterstützen.

Der Ortsverein Stötzz

hielt am 8. Januar seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden hatte der Verein am 30. Juni 1909 204 männliche und 56 weibliche Mitglieder, am 31. Dezember 1909 dagegen 230 männliche und 78 weibliche Mitglieder. In der Versammlung wurden noch acht Neuaufnahmen gemacht, so daß der Verein jetzt 311 Mitglieder zählt. Es fanden 5 Mitglieder- und 1 Generalversammlung, außerdem 3 öffentliche Versammlungen statt. Zur Erledigung der Arbeiten waren 9 Vorstandssitzungen notwendig. Auch die Kassengeschäfte haben sich vermehrt. Die Einnahme betrug 651.05 Mark, die Ausgabe 628.83 Mark. Die Bibliothek umfaßt 404 Bände. Sie erfreut sich steigender Benutzung. Von 247 Lesern wurden 497 Bände entnommen. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Leser aus dem Kreise der Jugendlichen, die im Vorjahre 8, in diesem halben Jahre dagegen 60 Leser stellten. Infolgedessen ist ein Mangel an geeigneter Jugendliteratur eingetreten. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, Abhilfe zu schaffen. Auch das Agitationskomitee konnte über eine arbeitsreiche Periode berichten. Es machten sich sieben Sitzungen notwendig. Die Vorarbeiten zur Landtagswahl waren umfangreich. 67 Naturalisationsgesuche und 263 Bürgerrechtserwerbungsanträge mußten erledigt werden. Gegen drei Stimmen wurden folgende Anträge an die Generalversammlung des Kreisvereins beschlossen: „1. § 7 des Statuts ist dahin zu ergänzen, daß die Gleichheit in jeden Haushalt nur in einem Exemplar zu liefern ist. 2. Die Kosten der Gleichheit sind vom Hauptvorstande zu tragen." Bei den Ersatzwahlen der Generalversammlungsvertreter wurden gewählt die Genossen Thieme, Tanneberg, Krutzsch, Hayer und Gräfe.

Der Ortsverein Taucha

hielt am 8. d. M. seine halbjährige Generalversammlung ab. Im laufenden Halbjahr fanden 5 Mitgliederversammlungen statt, die durchschnittlich von 45 Mitgliedern besucht waren. Der Kassierer berichtete über Einnahmen und Ausgaben des laufen-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

den Halbjahrs. Am 1. Januar verblieb noch ein Kassenbestand von 142.30 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1909 223 männliche und 45 weibliche, am 1. Januar 1910 217 männliche und 38 weibliche. Aus der Bibliothek wurden 172 Bände an 79 Leser ausgeliehen. 18 neue Bücher wurden angeschafft. Der Bücherbestand betrug 4[illegible] Bände. Die Revisoren berichteten, alles in bester Ordnung gefunden zu haben. Der Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren entlastet. Das Agitationskomitee und das Bürgerrechtskomitee hatten vielfach mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Dem Bürgerrechtskomitee wurden 20 Mark überwiesen. Die Anträge des Vorstandes: a) der Bibliothek 50 Mark zu bewilligen, b) 25 Mark zur Anschaffung von Dekorationsstoffen auszuwerfen und c) einen Nachtrag zum Bibliothekskatalog drucken zu lassen, wurden nach längerer Debatte angenommen. Genosse Hantschmann meldete sich freiwillig als Beikassierer. Am 27. Februar soll im Schützenhause ein Familienabend veranstaltet werden. Die vierwöchigen Versammlungen, die bisher nur probeweise eingeführt waren, bleiben bestehen, da sich die Besucherzahl nicht wesentlich geändert hat.

Der Ortsverein Knautkleeberg, Knauthain, Hartmannsdorf und Umgebung

hielt am 9. Januar seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstands haben 6 Vorstandssitzungen, 9 Versammlungen, darunter 3 öffentliche und 6 Mitgliederversammlungen, ferner 2 Kinderausflüge und 1 Theaterabend stattgefunden. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1909 215 männliche und 61 weibliche, und am 31. Dezember 240 männliche und 66 weibliche Mitglieder. Einer Einnahme von 649.96 Mark stand eine Ausgabe von 582.91 Mark gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 67.05 Mark verbleibt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Die Bibliothek umfaßt gegenwärtig 368 Bände und wurde von 126 Mitgliedern benutzt. Die Sängerabteilung zählte 31 Mitglieder und übte durchschnittlich mit 24 Sängern. Als Beikassierer für Knautkleeberg wurde Genosse Brauer ernannt. Als Generalversammlungsvertreter des Kreisvereins wurden die Genossen Jordan, Luther, Zschocher, Otto, Kühn, Kretzschmar, Große, Wilhelm, Gottschalch, Mayenberg, Abelt, Wittner und Hermann gewählt. Durch einen Antrag wurden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Ortschaften Knautkleeberg, Knauthain und Hartmannsdorf verpflichtet, über einschneidende Fragen gemeinsam zu beraten. Ferner wurde beschlossen, daß die Beikassierer die Beitragsmarken selbst einzukleben haben und etwaige verlorene Marken durch neue zu ersetzen sind.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag, den 18. Januar: 17. Abonnements-Vorstellung (1. Serie, grün):

Die Bohême.

Szenen aus Henri Murgers „Vie de Bohême" (Künstlerleben) in 4 Bildern von G. Giacosa und L. Illica. Deutsch von Ludwig Hartmann. Musik von Giacomo Puccini.

Leiter d. Aufführung: Dr. Loewenfeld. — Musikal. Leitung: Kapellmeister Porst.

Rudolph, Poet – Hr. Jäger
Schaunard, Musiker – Hr. Lupperts
Marcel, Maler – Hr. Kase
Collin, Philosoph – Hr. Diabal
(Bohémiens)
Mimi – Frl. Marx
Musette – Frl. Fladnitzer
Bernard, der Hausherr – Hr. Runge
Alcindor – Hr. Marion
Parpignol, Spielzeughändler – Hr. Meader
Sergeant bei der Zollwache – Hr. Venger
Zollwächter – Hrn. Schwering, Beyer
Studenten, Grisetten, Näherinnen, Bürger, Verkäufer, Soldaten, Kellner, Gassenjungen, Kinder.

Paris, um 1830: 1. und 4. Bild: In der Mansarde. 2. Bild: Vor dem Café Momus im Quartier latin. 3. Bild: An der Barrière d'Enfer.

Vorher:

Die Maienkönigin.

Oper in 1 Akt, frei nach dem Französischen des Favart von Max Kalbeck. Musik von Gluck in der Bearbeitung von J. N. Fuchs.

Leiter d. Aufführung: Dr. Loewenfeld. — Musikal. Leitung: Kapellmeister Porst.

Marquis von Monsoupir, gen. Damon – Hr. Schroth
Richard, ein reicher Pächter – Hr. Diabal
Philint, Hirte – Frl. Urbaczek
Helene, Lisette (Hirtinnen) – Frl. Marx, Frl. Fladnitzer
Schäfer und Schäferinnen.

Pausen nach der Oper und dem 2. Bild von Bohême.

Einlaß ½7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. **Opern-Preise.**

Spielplan: Mittwoch: Der fliegende Holländer. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag, den 18. Januar, abends ½8 Uhr:

Hohe Politik.

Schwank in 3 Akten von Richard Skowronnek. Regie: Hr. Zadeck.

Ottomar, Herzog von Lazenburg-Wettenstein – Hr. Kothe
v. Pfundtmann, Minister – Hr. Hellmuth-Bräm
Adalgisa, Prinzessin Rheinfelden-Lachs-Lachs-Klosterstein – Frl. Braungardt
Jonas, Kommissionär – Hr. Zadeck
Dr. Wilsung – Hr. Colmar
Maria, seine Frau – Frl. Lolly
Rosa, Dienstmädchen – Frl. Dalldorf
Merck, Leibkammerdiener – Hr. Brügmann
Schöpfle, Bote im Hofmarschallamt – Hr. Demme
Ein Lakai – Hr. Dirks

(Residenzstadt des Herzogtums Lazenburg.)

Zwischen dem 1. und 2. Akt liegt ein Zeitraum von ungefähr 8 Tagen. Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7 Uhr. Anfang ½8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**

Spielplan: Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Heidschi-Deidschi (Ermäßigte Preise). — Abends ½8 Uhr: Tanzhusaren.

Theatervorstellungen.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstraße 19.

Dienstag, den 18. Januar, abends 7½ Uhr:

Des Pfarrers Tochter von Streladorf.

Komödie in 3 Akten von Max Dreyer. In Szene gesetzt von Direktor Anton Hartmann.

Steffen Reimers, Pastor – E. Bornstedt
Käte, seine Tochter – Hedwig Reinau
Jürgen, Reg.-Baumeister (seine Söhne) – Herm. Wolfram
Thomas, stud. jur. (seine Söhne) – B. Wildenhain
Peter Paul Klockmann, Reeder und Senator – A. Scheurmann
Bettina, seine Tochter – Elly Förster
Erwin Dahse, Dr. phil., Privatdozent an der Universität, f. Stiefsohn aus erster Ehe, Kätes Verlobter – Ernst Alves
Professor Dr. Frick, Wirklich. Geheimrat, Exzellenz – Alfred Wötzel
Friedchen, des Küsters Töchterlein – Lisa Braunhoff
Prüter, Statthalter des Pastors – Fritz Schäfer
Rieke, Fieken (Dienstmädchen im Pfarrhaus) – Hel. Riechert, Toni König

Spielt in Streladorf, einem Kirchdorf vor den Toren der alten Hanse- und Universitätsstadt.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 9½ Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe).

Spielplan: Mittwoch nachmittags 3½ Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise). — Abends 7½ Uhr: Nora.

Neues Operetten-Theater.

Zentral-Theater.

Dienstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr:

Ein Herbstmanöver.

Operette in 3 Akten von Karl v. Bakonî. Musik von Emmerich Kálmán. Regie: August Kretschmer. Dirigent: Julius Papperle.

Feldmarschalleutnant v. Lohonay – Aug. Kretschmer
Treszka, seine Tochter – Steffi Czillag
Baronin Risa von Marbach – Olga Sondra a. G. a. E.
Rittmeister v. Emmerich, b. d. Husaren – Karl Spann
Oberleutnant v. Lörenthy, bei den Husaren – Walter Grave
Leutnant Elekes, bei den Husaren – Eugen Hietel
Wallerstein, Ref.-Kadett-Offiz.-Stellvertreter – Rudi Gfaller
Marosi, Freiwilliger bei den Husaren – Therese Wiet
Mirkó, Wachtmeister – Fritz Schumann
Turi, Zugführer – Hans Holthaus
Fekete, Husar – Willi Harden
Novák, Infanterist – Oskar Ernst
Starke, Gutsverwalter – Ferd. Hößlein
Lajos, Großknecht – Jos. Trautmann
Frau von Bergen – Elisabet Wagner
Komtesse Olga – Walda Böhler
Oberst Wulff – Bruno Wiesner
Oberleutnant Sturmfried – Fritz Wolf
Leutnant Felleck – Rudolf Hermes
Leutnant Juricsics – Franz Geßlinger
Kadett-Offiziers-Stellvertreter Fritsche – Oswald Schulze
Leutnant Köppler – Willy Kurland
Erster, Zweiter, Dritter, Vierter Infanterist – Adolf Spitzer, Emil Boltzer, Josef v. Ecker, Fritz Bauer

Herren, Damen, Bauernvolk, Militär.

1. Akt: Vor dem Schlosse der Baronin Risa v. Marbach, 2. und 3. Akt: Im Schlosse der Baronin. — Zeit: Gegenwart.

Pause nach dem 1. Akt.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Gewöhnliche Preise. (Inkl. Garderobe.)

Spielplan: Mittwoch: Geschlossen.

Zwecks Empfehlung **2.65 M** alles zusammen 20-goldg.
30 Bückl. 1 ff. Aal
35 Delikatessher. 60 Sprott.
20 Rollmops 40-
Dos. Geleeher., ff. Brath., Dos.
Rollher. i. Gelee, 10 M. Fetther., 1 Kochbuch. Alles frisch.
E. Napp Nf., Swinemünde **261.**
Dr. Clemm Chefarzt schreibt: Rollmops köstl. Delikatessher. noch besser, send. Sie wied...

Die russischen Kämpfe um Freiheit und Recht. 25 Pfg., schön gebunden 1 Mk. Volksbuchh. Leipzig und Filialen

Neugebauer
akad. geb. (nicht approb.) Praktik. (fr. an Dr. W. Schwabes Polikl.), behand. n. homöopth. u. Lichtheilverf.
Geschlechts-, Haut-, * Blasen-, Nieren-, Magen-, Darm-, Drüsenleid., Influenza, Rheumat. Ischias, Gicht, Wasserbrüche. — **Neu!** Spezial-Lichtbehandl. von Frauenleiden, besond. Weißfluß. Langjähr. Erfahrg., vorz. Erfolge.
Klostergasse 2/4, Fahrstuhl im Hause.
Sprechzeit: 9-2, 5-8, Sonnt 10-1.
Elektr. Lichtbäder, 8-12, 2-9, Sonnt. 9-1. Damen wochentags 10-12, 3-6.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 17. Januar 1910.

a) Auftrieb:

602 **Rinder** u. zwar 207 Ochsen, 26 Kalben, 229 Kühe, 140 Bullen;
384 **Kälber**;
685 **Stück Schafvieh**;
2242 **Schweine**;
3913 **Tiere.**

b) Marktpreise für 50 kg in Mark:

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend-Gewicht	Schlacht-Gewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	—	82
	2. junge, fleischige, nicht ausgemästete, — ältere ausgemästete	—	76
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	66
	4. gering genährte jeden Alters	—	55
Kalben und Kühe	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes	—	70
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	—	74
	3. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	64
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	54
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	43
Bullen	1. vollfleischige höchsten Schlachtwerts	—	69
	2. mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	—	64
	3. gering genährte	—	59
Kälber	1. feinste Mast- (Vollmilch-Mast) und beste Saugkälber	55	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	50	—
	3. geringe Saugkälber	38	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	41	—
	2. ältere Masthammel	38	—
	3. mäßiggenährt. Hammel u. Schafe (Merzschafe)	30	—
Schweine	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren	—	73
	2. fleischige	—	69
	3. gering entwickelte	—	65
	4. Sauen und Eber	—	64

c) Verkauf: **d) Geschäftsgang:**

557 **Rinder** und zwar 179 Ochsen, 25 Kalben, 217 Kühe, 136 Bullen . . . . . langsam
383 **Kälber** . . . . . mittelmäßig
503 **Schafe** . . . . . „
2233 **Schweine** . . . . . „

Januar 1910. Battenberg. Januar 1910
Hans Hauser, Humorist. | **Acosta, Jongleur.**
Horace **Goldin**
und **Jeanne Fransioli,** König aller Illusionisten
Truppe Welson an hängenden Seilen. | **Dort & Leonard** Excentrics.
Battenberg-Theater
Heute: Abends 8¼ Uhr: Uraufführung: Landgraf werde hart. Schauspiel in 1 Akt. Hierauf: Die goldne Eva. Lustspiel in 3 Akten.
Morgen: Nachm. ½4 Uhr: Prinzessin Edeltraut. Weihnachtsmärchen. Abends 8¼ Uhr: Helmg'funden. Wiener Weihnachts-Komödie.
Vorverkauf numerierter Billetts bei Franz Stein, Markt 16, und Paul Pfügner, neben Battenberg.

Krystall-Palast-Theater
Täglich grosse Künstler-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Dutzendkarten Mk. 5.50.

Verein für Mutterschutz Auskunftsstelle: Grimmaischer Steinweg 6, II.
Sprechstunden: **Montag, Mittwoch, Freitag** (v. 10—12 Uhr) erteilt ehelichen und unehelichen Müttern Rat und gibt in geeigneten Fällen Unterstützung. [23321

Restaurant Kyffhäuser
Katharinenstr. 20. Tel. 9683.
Täglich bis 12 Uhr: **Konzert** des Mandolinen-Ensemble „**Espana**".
Tag und Nacht geöffnet. Küche bis früh 5 Uhr.
*] **M. Bracke.**

Frische grüne Heringe empfiehlt [832
O. C. Mathes Wwe. Lindenau, Merseburger Str. 69.

Pa. Rindfleisch frisch, Pfund **60** Pfg.
empf. **Stött., Eichstädtstr. 33,** Produktengeschäft. [850

Im Reiche der Freiheit. Briefe über den Sozialismus. Von Robert Blatchford. 50 Pfg Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Gegenseitige Hilfe in der Tier- u. Menschenwelt. Von Fürst P. Kropotkin. 2 Mk Volksbuchh. Leipzig und Filialen.

Kleiner Anzeiger.

Vermietungen.

Weston.
Lind., Wielandstr. 5, p. l., **Logis** z. vm., 2Stub., Kam., Kü., Kü., Bd.

Kleinzschocher, Wigandstr. 52
2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör für 360 Mark, ab 1. April zu vermieten.

Lauchstädter Str. 48, IV., Schlafstelle f. anständ. Herrn od. Mädch.

Kl. Wohnung z. miet. gesucht p. 1./4. Off. u. A. K. 100 Fil. Lützner Str. 41.

Norden.
Gohlis, Gothaer Str. 2, **kl. Part.-Wohnung** z. 1./4. z. vermiet., 210 Mk.

Verkäufe und Käufe.

Eck-Produktengeschäft
20 Jahre in einer Hand, ist weg. Todesfall f. 1000 Mk., f. Waren u. Inventar, z. verk. Jährl. Miete m. anschl. Wohnung 550 Mk. Zu erfr. Anger, Mölkauer Str. 1, Laden.

1 Mandel fr. Knickeier 65 Pfg.
843] **Hainstrasse 19, II.**

1 Posten **Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe,** Kleiderstoffe, Spachtelkant., Bettdecken u. a. m. soll billig weg. **Platzmangel** verkauft werd. **Lützner Str. 22, I. r.**

Gelegenheitskauf!
in Filz- und Lederschuhen, Pantoffeln, Hausschuhen, Kordschuhen mit Filzsohle, à Paar 35 u. 45 ₰. **Markt 3,** Kochs Hof, Partiewarenhalle, Bernhard Berger. Teleph. 12669.

Holzschuhe u. Holzpant. empf. Karl Troisch Nachf. **Ernst Reif,** Sell., Wurzner Str. 60, en gros, en detail.

Monats-Garderoben
sind v. bess. Leut., Millionären u. Studenten sehr wenig getr. nach Maß gearbeitete Sachen (auch für Starkbeleibte) *
Mass-Anzüge 12, 16, 22, 28
Mass-Paletots 8, 10, 12, 18
Neue Garderobe sehr billig
Frack- u. Gesellschaftsanzüge sehr billig, auch leihweise. Dam.-Gard. zu sehr bill. Preis.
Friedmann Tel. 13284
Nur Hainstr. 24, 1 Tr.
Sonnab. b. 5 Uhr abds. geschl.

Ballkleider, Abendmänt., Kostüme, Kleider, Jack., Blus., Pelzstolas, Schuhe, neu, u. wenig getrg., verk. bill. **Schröters Damen-Mon.-Gard.,** Alexanderst. 17, II. Masken von 3 M an zu verleihen.

Herrschaftl. getr. u. einf. Kleider, Blusen, Röcke verk. billig Frau Heidel, Albertstr. 11, II. Das. werd. auch Damenmasken verl. u. verk.*

Bettfedern-Reinig. u. Verkauf billigst. **G. Funke,** Reud., Riebeckstr. 7a. [*

Pelzstolas, um zu räumen, zu Spottpreis. Täubchenweg 77b, II.*

Ein Gebett Federbetten neu, 14 Mk., billig. **Elisabeth Heidorn,** Dorotheenstraße 2. [*

Neues rotgestr. Federbett m. Kiss. f. 9 Mk. Berliner Str. 2, Tr. C, II. l.

Neue u. gebr. Möbel verkauft Lützner Str. 22, I. r.

Plüschsofa und andere Möbel bill. Kleinzsch., Klarastr. 6, pt. l.*

Sofa, Tisch, Schrank bill. z. vrk. Plagw., Jahnstraße 42, H. I. l.

Küch.-Schrk. Merseb. Str. 70, II. r.

5 Holzstühle bill. zu verk. Kanzlerstr. 13, II. l.

Dauerh. Bettstellen mit guten Sprungf.-Matratzen (beste Arbeit) **25 Mk.** G. Böhelm Tap., vis-à-vis Pantheon Dresdner Str. 23, Seitengeb. I.

Neue im Preise wesentlich herabgesetzte [25422*
Musikwerke u. Sprechmaschinen zu verk. Klostergasse 3, I. Etage.

Nähmaschine bill. z. vrk. Plagw., Jahnstr. 51, I. l.

Strickmasch. 40 M. Lernunterricht gratis. Reitzenhain. Str. 40, pt. l.

Gebr. Rad, 20 M. Körnerst. 1, I.*

Gr. Post. d. neuest. Must.-Kdrwag., Sitz-Liegewag. sind heute angek.* zu spttb. Pr. Löhrstr. 13, I. r., kein Ld.

Messmuster in Kinder- u. Sportwag. bill. Petersstr. 18, II.

Guterh. Kinder- u. ein Sportwag. preisw. Lind., Kaiserstr. 17, pt. l.

Hand- u. Geschäftswag. bill. A., Wörthst. 17.*

Dunkelbl. Kinderwagen m. G.-R. bill zu verk. Li., Holteistr. 10, II. l.

Leere Fensterrohglas-Kisten billig zu verkauf. Glashandlung Gotth. Hirsch, Windmühlenst. 42, H.

Brennholz, à Korb 50 ₰, von 4-6 Uhr. Schleußig, Seumestr. 10.*

2 Zuchtrammler (Hasenkan.), 7 M. Leutzsch, Lindenauer Str. 8, III. r.

Restaur. od. Destill. z. kauf. od. pacht. ges. Off. unt. P. M. 200, postl. Düben.

Barbier-Geschäft zu kaufen gesucht. Offerten C. 88, Fil. Kleinzsch., bei Peter erbeten.

80 Ltr. Milchkundschaft z. kaufen ges. **Westviertel.** Off. u. A. 82, Möbius, Plagwitz, Zschoch. Str. 23.

Briefmarkensammlung zu kaufen ges. **Walter Hoffmann,** König-Johann-Str. 9, pt. *

Nähm. z. k. ges. Petersteinweg 10, I.

Rohprodukten, Eisen, Metalle, alt. Gummi, Papierabfälle kauft zu höchsten Tagespr. F. Remus, Schleussig, Blümnerst. 8.

Arbeitsmarkt.

Stellen-Angebote
Offene Stellen finden erfolgreiche Aufnahme in der **Leipziger Volkszeitung.**

Alleinstehende Frau zur Führung des Haushaltes ges. Off. Filiale d. Blatt. Go., Lindenthaler Str. 12.

Taxameterkutscher gesucht. Gohlis, Köthner Straße 20.

Lehrstellen für **Maurer und Zimmerer** vermittelt [842*
die Innung der Baumeister Leipzig, Hohe Strasse 5a, I.

Sohn achtb. Eltern, w. Lust hat, das **Fleischerhandwerk** gründl. zu erl., find. gute Lehrst. Paul Schwarze, Fischrmstr., Naunhof.*

Zuarbeiterinnen sofort gesucht. [851
Rüschenfabrik Riebeckstr. 8.

Reinmachefrau sofort gesucht. Stött., Wasserturmstr. 10, Laden.

Unterricht.

Damen-Frisier-Schule! Gründl. Ausbildung zur Friseuse Damen-Salon Querstrasse 33, pt.*

Separat-Kurse
v. ält. Dam. u. Herr. bevorz. Für 15 M lern. Sie im Einzelkurs. die 4 gebr. Rundt. in ca. 1½ h. d. St. bei Curt Welz, Tanzl. Abr. im Winterfahrplan u. Sonntagsannonce.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die **Expedition** der Leipziger Volkszeitung zu richten.

Vermischte Anzeigen.

Verloren am Sonntagvormitt. eine bunt. Perlen-Handtasche m. Inhalt v. Wintergartenstr. bis Geißlerstr Abz. g. Bel. Sell., Geißlerstr. 8, p. r.

45 50, 52-68 M, eleg. Anzug, Paletot, nach Maß liefert Schneidermeister **Mothes, Hospitalstr. 21.** *

Ihre Anzüge w. wie „neu" gereinigt u. gebügelt, Anzug **2.50** Mk. Abholung u. Zusendung frei. Postkarte genügt an Wäscherei „Undine" Döllitz-Leipzig.

Frack- u. Gehrockanz.-Leihinstitut **Dachs** Walther Dachs, Schneidermstr 3148*] **Peterskirchhof 5.**

Frack- und Gehrockanzüge verleiht Schneidermeister **Müller** Emilienstr. 52, Ecke Windmstr

Frack- u. Gehrock-Anzüge verleiht * **A. Dachs.** Hainstr. 6, I.

Saub. Damen-Masken verleiht bill Schleuß., Könneritzstr. 19, part. l

Maskenanz. f. Herr. u. Dam. verl. v. 1.50 Mk. an Berliner Strasse 6

Masken verleiht Zillerstr. 8, III

Aufpolstern u. Tapez. v. Zimm Neusch., Konradstr. 20, **Schmidt.***

Strümpfe w. saub. u. bill. angestr Masch.-Strumpfstrick. Elisabeth Müller, Li., Merseb. St. 89

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. Januar.

Geschichtskalender. 18. Januar 1701: Der Staatsmann und Schriftsteller Johann Jakob Moser in Stuttgart geboren († 1785). 1873: Der englische Schriftsteller und Staatsmann Edward George Earle Lytton-Bulwer in Torquay gestorben (* 1803). 1906: Prinz Ludwig von Bayern erklärt sich für das allgemeine Wahlrecht. 1908: Der Augenarzt Hermann Snellen in Utrecht gestorben (* 1834).

•

Sonnenaufgang: 8,4, Sonnenuntergang: 4,17.
Mondaufgang: 11,22 vorm., Monduntergang: —,—

•

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Januar:

Lebhafte nordwestliche Winde, veränderliche meist starke Bewölkung, milde, Regen, im Gebirge mit Schnee vermischt.

•

Ein neuer Drachentöter.

Die Königstreue im Volk ist noch nicht ganz erstorben; noch immer finden sich Leute aus allen Gesellschaftskreisen, die zu beweisen suchen, daß die Königstreue kein leerer Wahn ist. Alle Royalisten aber dürfte ein alter, wenn auch nicht in Ehren ergrauter Zuchthäusler übertroffen haben, der aus dem Zuchthaus heraus ein Gnadengesuch an den preußischen König richtete. Dieses Gesuch, aus dem eine „rührende Anhänglichkeit" an den „angestammten Landesherrn" und sein Haus spricht, hat folgenden Inhalt:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser, König und Herr. Der unterzeichnete Königliche Zuchthausgefangene Peter M. wagt es, sich allerunterthänigst den Stufen der Thrones Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät mit folgender ehrfurchtsvollen Bitte zu nahen. Vor drei Jahren wurde ich von der Strafkammer zu X. wegen schweren Diebstahls im Rückfall mit sechs Jahre Zuchthaus bestraft, und zwar unschuldig, denn was ich mir bei dem angeblichen Diebstahl zugeeignet hatte, wurde mir bei meiner Verhaftung wieder abgenommen, so daß ich nicht den geringsten Vorteil davon hatte. Das alles habe ich meinen Richtern in der Verhandlung erzählt, was dieselben aber nicht abhielt, einen Unschuldigen ins Zuchthaus zu schicken. Ich bin überzeugt, daß Euer Majestät diesen an mir offenbar begangenen Justizmord aufs entschiedenste verurteilen. Ich erinnere mich, daß Eure Kaiserliche und Königliche Majestät einmal den herrlichen Ausspruch getan haben: „Völker Europas, wahret eure heiligsten Güter." Euer Majestät hat damit in hochherziger Weise gewissermaßen die Menschenrechte unter Allerhöchst deren Schutz genommen, so daß auch ein armer Gefangener, der hinter Kerkermauern unschuldig schmachten muß, es wagen darf, diesen Allerhöchsten Schutz für sich anzurufen. Was gibt es höheres und heiligeres unter den menschlichen Gütern als die „persönliche Freiheit"! Sie ist mir von den Richtern zu Unrecht geraubt worden. Mögen Euer Majestät, in dessen Namen Recht gesprochen wird, dieses von den Richtern an mir begangene Unrecht wieder gut machen, und mir huldvollst und gnädigst die Freiheit wieder schenken. **Sobald ich wieder im Besitze meiner Freiheit bin, werde ich meine königstreue Gesinnung, die ich stets im Herzen getragen habe, öffentlich betätigen. Insbesondere wird es meine Aufgabe sein, alsdann nach Kräften der Umsturzbewegung entgegenzutreten, und mit zu helfen, daß dem verbrecherischen Treiben der vaterlandslosen Gesellen, die sich Sozialdemokraten nennen, ein Ziel gesetzt wird.** Ein Trost in diesen traurigen Tagen meiner einsamen Haft bietet mir die Lektüre der vaterländischen Geschichte, die mir an freien Tagen durch die Anstaltsbibliothek zur Verfügung gestellt wird. Besonders rührt mich das **traurige Schicksal** der hochseligen Königin Luise, der durch den **frechen Emporkömmling** Napoleon **(auch so eine Art Sozialdemokrat)** so schweres Unrecht zugefügt wurde. Auch sie hat, ebenso wie ich, im Bewußtsein ihrer Unschuld ihr Unglück mit Ruhe und Würde getragen. Möge Euer Majestät Entschließung in meiner Sache ausfallen wie sie wolle, meine **königstreue Gesinnung** wird dadurch nicht berührt; ich werde sein, was ich immer war: ein „rocher de bronce" in der Strömung **eines von dem sozialistischen Gedanken angekränkelten Zeitalters. Ich ersterbe in tiefer Demut. Euer Majestät Allerunterthänigster Peter M., Kgl. Zuchthausgefangener.**

Der Junge ist wahrhaftig gut. Und wenn wir uns einen Vorschlag erlauben dürfen, so wäre es der, daß der sogenannte Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie alle Hebel in Bewegung setzt, diese wertvolle Kraft aus dem Zuchthaus zu befreien und sich nutzbar zu machen. Schließlich hat der Reichsverband noch eine Anzahl andrer gefallener Größen auf Lager, die das Zuchthaus geziert haben und sich jetzt erfolgreich gegen die Sozialdemokratie verwenden lassen. Um dem „verbrecherischen Treiben der vaterlandslosen Gesellen ein Ziel zu setzen", ist eine solche Elitetruppe königstreuer Zuchthäusler für den Reichsverband eine wertvolle Bundesgenossenschaft.

Politischer Kindersang.

Ein Polizeigeist atmender Artikel des Leipziger Tageblattes ist es, der diese Ueberschrift trägt und der sich ausdrücklich mit der Auflösung der sozialdemokratischen Jugendorganisation in Berlin einverstanden erklärt. Ja, mehr noch! Das „nationalliberale" Polizeiblatt wundert sich, **„daß diese Konsequenz aus dem Reichsvereinsgesetze erst so spät gezogen worden ist".** Und mit künstlich erregtem Zorn redet das „liberale" Blatt von dem „Fang unreifer Menschenkinder", von der „schweren Versündigung an unsrer Nation durch die parteiliche Politisierung der Jugend", von der „Niederträchtigkeit, bei 16jährigen Kindern Haß gegen den Staat, gegen die gesellschaftliche Organisation zu züchten". Der Wutausbruch des Blattes steigert sich aber noch bei der Erwähnung des Falles, daß in einer Leipziger Schule von den Schülern eine Landtagswahl vorgenommen wurde, bei der ein — Sozialdemokrat gewählt wurde. Bei dieser Gelegenheit wird von der „Skrupellosigkeit der sozialdemokratischen Propaganda" gesprochen, von dem „Mißbrauch der Jugendlichen", von der „Vergewaltigung der Kinderseelen" usw.

Die bösen, bösen Schüler, die diese anhaltenden Schmerzensrufe des Tageblattredakteurs verschulden. Wie können sie auch so — „unreif" sein, einen Sozialdemokraten zu wählen. Und der Lehrer erst mit seinem „unschicklichen Schulexperiment". Ja, wenn der Lehrer noch so vernünftig gewesen wäre, die „zukünftigen Staatsbürger mit nationalem Geist zu erfüllen", dann hätte das freiwillige Polizeiorgan ganz und gar nichts dagegen einzuwenden gehabt. Hätte der Lehrer durch genügenden Druck nach dem Beispiel der Junker und Behörden ein für die „nationalen Parteien" erfreuliches Resultat herbeigeführt, er hätte Gnade gefunden vor den Augen des Tageblatts, aber so muß der Lehrer schon ein wenig denunziert werden.

„Aus der Besorgnis um die Freiheit der kommenden Geschlechter heraus muß das Verbot der sozialdemokratischen Jugendorganisation als ein Gebot der Moral und des politischen Anstandes beurteilt werden." So schreibt das Blatt am Ende seines Leidartikels und bekundet damit eine Skrupellosigkeit, wie sie sonst nur den haßerfülltesten reaktionärsten Hetzern eigen ist. Als einziges Heilmittel gegen das Eindringen des sozialistischen Giftes die brutale Polizeifaust. Niedergeknüppelt, niedergeschlagen soll nach der Meinung des Tageblattes jede freiere Regung werden; außerdem, jedermann ist einverstanden damit, daß die Gedankenwelt der Jugend in nationalistischem, patriotisierendem Sinne beeinflußt wird. Was für Resultate durch eine solch chauvinistische Jugenderziehung geliefert werden, davon sind Beispiele tausendfältig anzuführen.

Aber ob die Jugend in ethischem Sinne gewinnt oder nicht, darauf kommt es dem Scharfmacherblatt gar nicht an, sondern lediglich der borniertesse Haß gegen die freie Jugendorganisation und gegen die Sozialdemokratie führte die Feder. Ein unwiderleglicher Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Fürsorge um die Jugend auf dem besten Wege ist. Immer, wenn ein Stück von der alten morschen Herrlichkeit der Reaktionäre abbröckelte, haben sie laut aufgeheult. So auch in diesem Falle.

Hauptverhandlungen des Königlichen Schwurgerichts in der ersten Sitzungsperiode 1910. **Donnerstag, den 20. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen die Zollassistentensehefrau Johanne Marie Elise Jentzsch geb. Haltenort aus Dresden wegen Anstiftung und Aufforderung zum Meineid. Mittags 12 Uhr: gegen die Arbeiterin Emilie Lina Giesel geb. Sturm aus Niederröblingen wegen Unterschlagung und gewinnsüchtiger Urkundenfälschung. — **Freitag, den 21. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen 1. den Klempner Richard Hermann Binnemann aus Hohenerxleben und 2. den Tischler Otto Albert Willy Starke aus Oschersleben wegen Falschmünzerei. Mittags 12 Uhr: gegen die Fabrikarbeiterin Hulda Martha Bergmann aus Schwarzenberg wegen Kindestötung und Beiseiteschaffung eines Leichnams. — **Sonnabend, den 22. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Arbeiter Paul Berthold Körber aus Schwerstedt wegen schweren Raubes. Mittags 12 Uhr: gegen den Arbeiter Stanislaw Siron aus Niecieczа wegen versuchter Notzucht und gefährlicher Körperverletzung. — **Montag, den 24. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Schneidermeister Karl August Paul Fiebig aus Rimkau wegen Meineids. Mittags 12 Uhr: gegen den Geschirrführer Hugo Max Riedel aus Leipzig wegen Sittlichkeitsverbrechens. — **Dienstag, den 25. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Kaufmann Wilhelm Reinhold Sonnenschein aus Ostrau wegen Meineids. — **Mittwoch, den 26. und Donnerstag, den 27. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen 1. den Dienstknecht Hermann Max Nzeppa gen. Kästner aus Leipzig wegen versuchten Mordes und 2. den Dienstknecht Karl Wilhelm Schmidt aus Altchemnitz wegen Beihilfe zum Mordversuch. — **Freitag, den 28. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen 1. die Schmiedsehefrau Auguste Pauline Thoma, geb. Mühlner aus Dowbnorow wegen Verbrechens gegen das keimende Leben und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang; 2. die Zimmermannsehefrau Emma Elisabeth Birkigt geb. Tanner aus Wasungen wegen Verbrechens gegen das keimende Leben. — **Sonnabend, den 29. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen die Hebamme Auguste Wilhelmine Mathilde Koch geb. Pirsch aus Hamburg wegen Verbrechens gegen das keimende Leben und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Mittags 12 Uhr: gegen den Kontorburschen Ernst Reinhold Steiner aus Calau wegen schwerer Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrugsversuchs. — **Montag, den 31. Januar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen 1. den Agenten Ludwig Friedrich Heinrich Schütz in Böhlitz-Ehrenberg wegen gewinnsüchtiger Privaturkundenfälschung, 2. den Geschirrführer Karl Martin Gustav Beundorf in Leipzig-Connewitz wegen gewinnsüchtiger Privaturkundenfälschung und 3. die Agentensehefrau Friederike Wilhelmine Anna Schütz geb. Seidenschnur in Böhlitz-Ehrenberg wegen Beihilfe zur gewinnsüchtigen Privaturkundenfälschung und Zeugenmeineid. — **Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen 1. den Schankwirt Walter Alfred Kämpf aus Frankfurt a. O. wegen Konkursverbrechens und 2. den Agenten Friedrich Franz Ehrhardt aus Oppin wegen Anstiftung zum Konkursverbrechen und gewinnsüchtiger Urkundenfälschung. — **Donnerstag, den 3. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen die Kohlenarbeitersehefrau Anna Marie Halfter, verw. gew. Hille geb. Döberlein aus Volkmarsdorf wegen Verbrechens gegen das keimende Leben. Mittags 12 Uhr: gegen 1. die Masseuse Marie verehel. Falke geb. Kuhpfahl aus Gommern wegen Verbrechens gegen das keimende Leben und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und 2. den Lehrer Paul Karl Heber aus Meißen wegen Beihilfe zum Verbrechen gegen das keimende Leben. — **Freitag, den 4. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den angeblichen Handelsmann Iwanow Martwe Schulwacz aus Kiew wegen schweren Raubes. — **Sonnabend, den 5. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Handelsmann Moses Joschkowitz aus Lodz in Rußland wegen Meineids. Mittags 12 Uhr: gegen 1. den Arbeiter Eduard August Albrecht aus Zwenkau wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls, versuchten Totschlags und versuchter Tötung bei Unternehmung einer strafbaren Handlung, 2. den Maurer Friedrich Otto Hönig aus Klein-Schkorlopp wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls und Anstiftung zum versuchten Totschlag. — **Montag, den 7. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Bauunternehmer Ernst Albert Hermann Heidelmann aus Niederroßla wegen Meineids. — **Dienstag, den 8. Februar:** Vormittags ¾10 Uhr: gegen den Gemeindevorstand Theodor Bernhard Entsberger aus Pegau wegen Amtsunterschlagung, Urkundenfälschung und Begünstigung im Amte.

Schleusenbau in der Breiten Straße. Die in den letzten Jahren bei stärkeren Niederschlägen wiederholt aufgetretenen Stauungen in den Schleusen sowie die hierdurch veranlaßten Kellerüberschwemmungen und Straßenüberflutungen in der Zweinaundorfer und Breiten Straße haben gezeigt, daß die Schleusenverhältnisse in Leipzig-Reudnitz und Leipzig-Anger-Crottendorf östlich der Breiten und Riebeckstraße einer Regelung bedürfen. Die vorhandene Schleuse in der Breiten Straße ist schon bei normalen Niederschlagsmengen überlastet, und dieser ungünstige Zustand wird um so stärker fühlbar, wenn einmal außergewöhnliche Niederschläge, die das den Schleusenberechnungen zugrunde gelegte Maß übersteigen, eintreten. Der Einbau einer zweiten Sammelschleuse in der Breiten Straße ist daher dringendes Bedürfnis geworden. Der Rat empfiehlt den Stadtverordneten, für eine 28 Meter lange Schleuse und den Umbau einer 53 Meter langen Wölbschleuse 20 900 Mk. zu bewilligen.

Eine Blüte der kleinhändlerischen Zugabenpraxis. Wie das amtliche Organ der Handelskammer zu Halberstadt in seiner Dezembernummer mitteilt, gibt in Parey neuerdings ein Materialwarenhändler, um eine neue Sorte Buttererſatz einzuführen, jedem Käufer dieser Ware Porzellangeschirr, wie Teller, Tassen, Schüsseln usw. unentgeltlich zu. Darauf hat nun ein andrer Geschäftsinhaber, der außer Eisen- und Stahlwaren auch Porzellanwaren führt, jedem Käufer von Porzellangeschirr auch ein Pfund Butter oder Buttererſatz dieser Marke umsonst verabfolgt.

Und dann schreien diese — Mittelständler über die Konsumvereine, die den Detailhandel ruinieren.

Die Vertragsänderung beim Morgenappell. Eine wichtige Entscheidung fällte das Berliner Gewerbegericht. Es klagten eine Anzahl Hausdiener gegen das Warenhaus Wolf Wertheim auf Zahlung des ihnen vorenthaltenen Wochenlohns, da nach ihrer Ansicht die Firma die vereinbarte Kündigungsfrist nicht innegehalten habe. Die Beklagte gibt auch zu, daß die Kläger früher eine längere Kündigungsfrist hatten, diese sei jedoch auf Grund folgender Tatsachen geändert worden: Am 1. Dezember hielt der Inspektor J. an das versammelte gewerbliche Personal (etwa 300 Personen), beim Morgenappell eine Ansprache des Inhalts: Wer am 15. Oktober resp. 1. November eingetreten ist, hat von nun an eine siebentägige, wer nach dem 1. November eingetreten ist, eine eintägige Kündigungsfrist, und bei denjenigen, die bereits eine abweichende Kündigungsfrist hatten, bleiben diese Vereinbarungen in Geltung. Als im Anschluß daran der Inspektor erklärte, wer damit nicht einverstanden sei, solle sich melden, erhob niemand Widerspruch. Die Beklagte sieht diese Ansprache beim Morgenappell als eine rechtsverbindliche Dienstvertragsänderung an, da die Kläger zu den Angestellten gehörten, die nach dem 15. Oktober eintraten. Die Kläger hingegen erklären, sie hätten die Worte des Inspektors dahin aufgefaßt, daß sie ihre alte Kündigungsfrist beibehielten.

Das Gewerbegericht verurteilte die beklagte Firma zur Auszahlung des geforderten Restlohns, indem es begründend ausführte: Wenn verschiedene Arbeiterkategorien zusammengerufen und ihnen verschiedene, untereinander so abweichende Bedingungen unterbreitet werden, so muß damit gerechnet werden, daß viele Beteiligte den Sinn der Worte nicht richtig verstehen und von der neugeschaffenen Situation eine falsche Auffassung haben. Die Beklagte mußte wissen, daß sie juristisch gänzlich ungewandte Personen vor sich hatte. Das Gericht ist darum der Ansicht, daß mit der Ansprache beim Morgenappell keine gültige Kündigungsvereinbarung vorliegt.

Risiko der Arbeit. Auf der Dösener Straße in L.-Dölitz wurde gestern vormittag ein Telegraphenarbeiter beim Aufrichten einer Telegraphenstange von einer umfallenden sogen. Strebe so am linken Knie getroffen, daß sich der Verletzte in das Krankenhaus begeben mußte.

Vermißt werden seit dem 15. Januar die Knaben Ernst und Artur Gärtner aus der elterlichen Wohnung in L.-Gohlis, Lindentaler Straße 17. Die Knaben sind 11 und 7 Jahre alt. Der ältere trägt ein dunkelgraues Jackett, graue Kniehose und schwarze Pelzmütze, der jüngere einen blauwollenen Schwitzer, blaugrauen Mantel, dunkle Kniehose und dunkelblaue Sportmütze.

Selbstmord durch Erhängen beging gestern nachmittag in einem Garten an der Karl-Krase-Straße die 61jährige Ehefrau eines Markthelfers. Es ist nicht bekannt, weshalb die Frau ihrem Leben freiwillig ein Ziel gesetzt hat.

Selbstmordgedanken. In der Harkortstraße lief gestern abend in der 11. Stunde ein Eisendreher aus der Seeburgstraße mit seinen beiden Kindern im Alter von 6 und 3 Jahren unter Aeußerung von Selbstmordgedanken am Pleißenufer hin und her. Da der Mann, wie sich herausstellte, stark angetrunken war, wurde er dem Polizeiamt zugeführt. Ebenso wurden die Kinder einstweilen in behördliche Obhut genommen.

Ein Handtäschchenräuber folgte gestern abend in der 7. Stunde einer Frau in das Haus Auenstraße 24, wo er ihr auf der ersten Treppe das Handtäschchen mit Inhalt im Werte von 70 Mk. gewaltsam entriß und sich sodann zur Flucht wandte. Der Räuber warf aber, da die Frau laut um Hilfe rief, seine Beute wieder weg und entkam. Beschrieben wird er: etwa 20 Jahre alt, übermittelgroß, mit Anflug von dunklem Schnurrbart, bekleidet mit braunem Jackettanzug und braunem eingedrücktem Hut.

Nachträglich wurde noch bekannt, daß am Sonnabend nachmittag auf der verlängerten Marschnerstraße ein etwa 15jähriger Bursche einer Frau das Handtäschchen zu entreißen versucht hat, was ihm aber nicht gelungen ist. Der Bursche konnte nicht festgenommen werden.

Großfeuer wurde heute früh in der 8. Stunde aus der Nordstraße gemeldet. Das Feuer war in einem Lagerschuppen der Speditionsfirma Uhlmann u. Co. ausgebrochen. Die Feuerwehr ist gegen zwei Stunden am Brandorte tätig gewesen. Der von dem Brande verursachte Schaden soll erheblich sein.

Ein Stubenbrand war gestern in einem Hause der Gerberstraße ausgebrochen. Der Brand ist bald unterdrückt worden.

In einem Hause der Eisenbahnstraße war gestern abend ein Essenbrand entstanden. Die ausgerückte Feuerwehr ist nicht in Tätigkeit gekommen.

Ein ungetreuer Verwalter. Mit einer Summe von über 1000 Mark ist der Kassierer des Zentralverbands der Stukkateure, der 35 Jahre alte Stukkateur Georg Hugo Bauch aus Hartmannsdorf von hier flüchtig geworden.

Diebstähle. Ein Einmieterdieb bezog eine Wohnung in der Körnerstraße. Der Spitzbube hat sich bald darauf unter Mitnahme eines Winterüberziehers, einer braunen Hose und 90 Mark baren Geldes wieder entfernt.

In der Mariannenstraße wurde aus einer Parterrewohnung eine goldne Damenuhr, eine schwarze Pelzboa und ein Opernglas gestohlen.

Aus einem verschlossenen Raum in der Schützenstraße wurde ein Damenfahrrad, Marke Adler, gestohlen.

In einem Warenhaus am Königsplatz wurde einer Dame ein Portemonnaie mit 100 Mark aus der Tasche gestohlen. Die immer um diese Zeit stattfindenden großen Inventurausverkäufe locken erfahrungsgemäß auch viele Taschendiebe an, die in dem Menschengedränge ein leichtes Arbeiten haben. Es kann daher nicht genug zur Vorsicht gemahnt werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Theaternachrichten.

Neues Theater. Mittwoch: Der fliegende Holländer (Gastspiel des Kammersängers Anton von Roon). Donnerstag: Hohe Politik. Freitag: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonntag: Die Zauberflöte. Montag: Das Glöckchen des Eremiten. — **Altes Theater.** Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Heideli-Deideli (ermäßigte Preise), abends ½8 Uhr: Tanzhusaren. Donnerstag: Bruder Straubinger. Freitag: Die geschiedene Frau. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr: Heideli-Deideli (ermäßigte Preise), abends ½8 Uhr: Tanzhusaren. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Heideli-Deideli (ermäßigte Preise), abends ½8 Uhr: Hohe Politik. Montag: Die geschiedene Frau.

Als nächste Neueinstudierung im Schauspiel geht am Dienstag, 25. Januar, (im Alten Theater) Ibsens Wildente in Szene. Die erste Aufführung von Richard Strauß' musikalischer Tragödie Elektra am Freitag nächster Woche im Neuen Theater findet bei aufgehobenem Abonnement statt. Bestellungen auf Billetts nimmt die Kasse entgegen, der Vorverkauf für die Abonnenten erfolgt am Mittwoch von 10 bis 3 Uhr, der allgemeine Vorverkauf am Dienstag von 10 bis 3 Uhr an der Tageskasse.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts andres angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater ½8 Uhr.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Mittwoch, nachmittags ½4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends ½8 Uhr: Nora. Donnerstag: Der Befehl des Fürsten. Freitag: Vater. Sonnabend, nachmittags ½4 Uhr: Wie der Wald in die Stadt kam (halbe Preise), abends ½8 Uhr: Nathan der Weise (halbe Preise). Sonntag, vormittags 11 Uhr: Matinee für die Postunterbeamten (Wie der Wald in die Stadt kam), nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerkverein H.-D. (O diese Leutnants), abends ½8 Uhr: Der Befehl des Fürsten. — **Neues Operetten-Theater** (Theater am Thomasring). Mittwoch: Zentraltheater-Maskenball. Donnerstag: Die Försterchristl. Freitag, Sonnabend: Der Jockeyklub. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Mamsell Angot), abends ½8 Uhr: Ein Herbstmanöver.

Die Vorstellungen im Schauspielhaus beginnen, wenn nichts andres angegeben, ½8 Uhr, die im Neuen Operetten-Theater, 8 Uhr.

Battenberg-Theater. Mittwoch, nachmittags ½4 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends: Heimgefunden. Donnerstag: Die goldne Eva. Freitag: Die goldne Doppelehe. Sonnabend, nachmittags ½4 Uhr: Prinzessin Edeltraut, abends ¼9 Uhr: Die Neujahrsnacht; Die Logenbrüder.

Aus der Umgebung.

Der „gewissenhafte" Gemeindevorstand.

Auf der Anklagebank der zweiten Strafkammer des Landgerichts Leipzig hatte der 42 Jahre alte frühere Gemeindevorstand von Böhlitz-Ehrenberg, Theodor Bernhard Entsberger, Platz zu nehmen, der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Die Personalakten ergaben, daß der Angeklagte bereits im Jahre 1903 wegen Begünstigung zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist. Die vorgesetzte Behörde, die Amtshauptmannschaft Leipzig, hat nichts gegen die Amtierung eines derartig belasteten Mannes einzuwenden gehabt. Auch zwei staatsanwaltliche Einstellungsbeschlüsse aus den Jahren 1904 und 1908 wurden verlesen, aus denen hervorging, daß die Amtsführung des Angeklagten so unzweifelhaft gewissenlos war, daß es doppelt merkwürdig erscheinen könnte, wie die Behörden diesen Mann im Amte belassen konnten. Aber Entsberger war, wie in Erinnerung gerufen sei, ein strammer Ordnungsmann, der besonders scharf den Kampf gegen die „Umsturzparteien" führte. Auch vor Gericht suchte er mit seiner Ordnungsretterei Stimmung zu machen und behauptet, daß er seit 16 Jahren von der Sozialdemokratie verfolgt werde. Die Amtshauptmannschaft Leipzig hat dem mutigen Ordnungsretter denn auch das Zeugnis eines tüchtigen Beamten ausgestellt.

Was hat dieser tüchtige Beamte nun alles auf dem Kerbholz? Entsberger hat in zwei Fällen dem Postverwalter Kröger Gelder aus der Gemeindekasse vorgeschossen (3000 und 700 Mk.), damit das Kassendefizit, das Kröger zu verzeichnen hatte, nicht bemerkt werde. Dann ist ihm zur Last gelegt worden, daß er Hinterlegungsgelder für Schleusenbauten und Fußwegherstellungen erst dann als Einnahme eingetragen habe, nachdem bereits die Bücher abgeschlossen waren. Einmal hat Entsberger auch 200 Mk. für den Turnhallenbau aus der Gemeindekasse entnommen, aber den Betrag nach etwa zwei Stunden wieder hineingetan. Die Staatsanwaltschaft hat die gegen Entsberger anhängig gemachten Verfahren eingestellt, weil sie zum Teil zusammenhängen mit der Begünstigung, wegen der Strafe gegen ihn verhängt worden war, und weil sie zum andern Teil verjährt waren. Wegen Teilnahme am verbotenen Glücksspiel ist auch ein Verfahren eingeleitet gewesen, aber ebenfalls eingestellt worden, weil nicht angenommen wurde, daß Entsberger gewerbsmäßig gehandelt habe.

Der Eröffnungsbeschluß wirft nun dem Entsberger vor, daß er am 9. November 1908 dem Fleischermeister Otto Walther mitgeteilt habe, daß er die gegen ihn wegen Zuwiderhandlung gegen die Bestimmungen der Fleischbeschau erlassene Strafe von 10 Mk. auf 5 Mk. herabgesetzt, die fünf Mark aber für sich behalten und nicht in die Bücher eingetragen habe. Entsberger hat sich auch wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten, indem er den Schutzmann Günther durch Geschenke und Drohungen bestimmt haben soll, in dem bevorstehenden Strafverfahren zu seinen Gunsten auszusagen und ihn nicht hereinzulegen. Weiter wird Entsberger der passiven Bestechung beschuldigt. Er soll von dem Baumeister Weidhase 450 Mk. Provision für den Abschluß eines Hauskaufs und von dem Schänkwirt Mebel 30 Mk. für die Befürwortung seines Schankkonzessionsgesuchs angenommen haben. Zum Teil hat sich Entsberger wegen der genannten Verbrechen am 8. Februar vor dem Schwurgericht zu verantworten.

Entsberger behauptet, daß er geglaubt habe, als Ortsrichter dürfe er Grundstücksverkäufe vermitteln und Provisionen dafür annehmen. Als Gemeindevorstand habe er kein Geld angenommen. Schankwirt Mebel habe ihm für die Erwirkung der Schankkonzession etwas geben wollen, aber er habe gesagt: „Nein, ich nehme nichts"; aber da M. ihm immer wieder Geld anbot, habe er gesagt, dann solle er es seinen Kindern geben, worauf M. etwas auf die Gartenbank gelegt habe. Sein Sohn habe dann die 30 Mk. von der Bank geholt. Den Schutzmann Günther will er nicht bestochen, sondern ihm von der Gratifikation für die Vermittlung des Hauskaufs nur aus dem Grunde 200 Mk. abgegeben haben, weil der Schutzmann sich ebenfalls um das Grundstück bemüht habe. Er habe dem Schutzmann bei dieser Gelegenheit eine Rüge erteilt und ihm gesagt, daß er solche Geschäfte nicht machen dürfe; wenn er (Entsberger) solche Geschäfte betreibe, so sei das etwas anderes, er tue es in seiner Eigenschaft als Ortsrichter. Als Gemeindevorstand habe er kein Geld angenommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu komme, der Amtshauptmannschaft gegenüber sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er die 450 Mk. angenommen habe, da er doch glaube, als Ortsrichter ein Recht zu solchen Geschäften zu haben, weiß der Angeklagte keine Antwort zu geben.

Die Aussagen des früheren Schutzmannes Günther waren für den Angeklagten sehr belastend. Günther betonte, daß nach seiner Meinung er berechtigt gewesen sei, die ganze Provision von 450 Mk. für den Hausverkauf zu erhalten. Er glaubt sich also um 250 Mk. durch den Gemeindevorstand geschädigt. Der Gemeindevorstand habe ihn am 27. Juli v. J. an den Wald bestellt und habe ihn gefragt, was er denn eigentlich dem Staatsanwalt über die Verfehlungen E.s gesagt habe. Er habe aber E. nichts erzählt, da ihm Diskretion auferlegt war. Dann fragte ihn Entsberger, was er eigentlich über ihn Nachteiliges wisse. Entsberger habe ihm gesagt, nur in der Waltherschen Sache wegen der Herabsetzung der Strafe und Nichtabführung in die Gemeindekasse habe er bange. Dagegen würde aus der Bestechungssache wohl nichts werden. Es käme höchstens ein Disziplinarverfahren und dann würde er wieder ins Amt kommen. Aber der Schutzmann werde gekündigt. Wörtlich sagte der Angeklagte zum Zeugen: „Mein lieber Günther, Sie werden mich doch nicht unglücklich machen." Wenn er wieder ins Amt komme, wolle er sich wegen seiner Nervosität von der Gemeinde eine einmalige Entschädigung geben lassen und fortgehen. Von dieser Entschädigung solle der Schutzmann 2000 Mk. abbekommen. Er (der Zeuge) konnte nichts anderes annehmen, als daß er günstig für E. aussagen solle. E. habe auch ausdrücklich gesagt, er werde ihm dankbar sein. Aber er habe das Anerbieten abgelehnt und gesagt: „Damit können Sie mich nicht kaufen." Auf Befragen gibt der Zeuge zu, dem Bahnhofswirt gesagt zu haben, daß Böhlitz-Ehrenberg noch etwas erleben könne, wenn er entlassen werde. Dem Zeugen wird ein Bericht der Leipziger Volkszeitung über eine Einwohnerversammlung vorgehalten, aus dem hervorgeht, daß er in jener Versammlung sich nicht nur über die Provisionsangelegenheit, sondern auch über das Waldgespräch und andre Dinge ausgesprochen habe.

Entsberger erklärte, daß er dem Schutzmann ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt habe, was er aber „so gut" eigentlich nicht verdient habe. Er habe die Ueberzeugung, der Schutzmann wolle ihn stürzen.

Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion fort. Das Urteil ist erst abends zu erwarten.

Beschlüsse des Bezirksausschusses.

In der letzten geheimen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Leipzig wurden genehmigt: Die Gesuche von Aeschlimann in Quesitz um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschankes in Quesitz, von Scheller in Schönefeld um Erlaubnis zum Betriebe der Kantine bei den Bauten des Bauvereins zur Beschaffung preiswerter Wohnungen in Schönefeld, von Nürnberger in Schönefeld um Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein, von Schumann in Wahren um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks, Abhalten öffentlicher Tanzvergnügen und Veranstalten von Gesangsvorträgen und theatralischen Vorstellungen durch Vereine und Männergesellschaften nach Art der Leipziger Kristallpalastsänger, von Köthnig in Sommerfeld um Erlaubnis zum Branntweinkleinhandel und von Adler in Wiederitzsch um Ausdehnung der Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke auf ein Billardzimmer. Ein Gesuch von Freygang in Lindenthal um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks in der Kantine der Baugenossenschaft in Lindenthal wurde bedingungsweise genehmigt. Abgelehnt wurden die Gesuche von Manhenke in Zwenkau um Erlaubnis zum Betriebe einer Obstweinschänke, von Creutzmann in Burghausen um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks auf die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober jeden Jahres und von Fuchs in Paunsdorf um Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft einschl. des Branntweinschanks.

Taucha. Die erste gemeinschaftliche Rats- und Stadtverordnetensitzung fand am 14. Januar statt. Nach einer kurzen Begrüßung bewillkommnete der Bürgermeister Dreßner die drei neugewählten Stadtverordneten Sommer, Morry und Genossen Grünthal und verpflichtete sie unter Hinweis auf den Bürgereid durch Handschlag. Nachdem besprach der Bürgermeister die durch die neue Verfassung bedingten Veränderungen in der Stadtverwaltung und erläuterte den Wirkungskreis des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums. Beide Kollegien tagen gemeinsam, der Rat hat genau so Sitz und Stimme wie die Stadtverordneten. Die dem Stadtverordnetenkollegium allein zustehenden Verhandlungen (wie Rechnungsprüfungen, Syndikatsfragen u. a.) behandelt das Kollegium in Zukunft ohne das Ratskollegium, unter Vorsitz eines zu wählenden Stadtverordnetenvorstehers. Außer den zwei zu wählenden stellvertretenden Bürgermeistern macht sich die Benennung eines juristisch gebildeten Herrn nötig, der im Behinderungsfalle für den Bürgermeister einzutreten hat. Die geplante gegenseitige Vertretung in solchen selten vorkommenden Fällen zwischen dem Bürgermeister von Markranstädt und Taucha erscheint wegen lokaler Verhältnisse nicht angängig. Daher ist das Augenmerk auf einen hiesigen Juristen zu lenken. — Weiter besprach der Vorsitzende die größeren Aufgaben, die der Stadt im laufenden Jahre bevorstehen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch unter der neuen Verfassung rüstig vorwärtsgeschritten werden möge. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Als vierter unbesoldeter Stadtrat wurde Sommer gewählt. Die ständigen Ausschüsse bleiben in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestehen. Es wurden nur einige Zuwahlen vorgenommen. Genosse Grünthal wurde in den Rechnungsausschuß gewählt. Weiter wird beschlossen, die Wahl eines Stadtverordnetenvorstehers in einer sich anschließenden Sitzung vorzunehmen. Der Bürgermeister wurde beauftragt, sich mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Köhler in Taucha wegen der Uebernahme juristischer Amtshandlungen in Abwesenheit des Bürgermeisters zu verständigen. Unter Mitteilungen des Rats wurde zur Kenntnis gebracht: Der Stadtrat zu Taucha ist Mitglied der Kircheninspektion geworden. Die 17. ständige Lehrerstelle ist dem Hilfslehrer Herrn Bach übertragen worden. Die in Taucha kürzlich vorgenommene Nahrungsmittelkontrolle von 70 Warenproben hat keinen Anlaß zur Beanstandung gegeben. Mit dieser Kontrolle ist in Zukunft das Hygienische Institut in Leipzig zu betrauen. Ende Januar wird am Schwarzen Berge ein Scharfschießen stattfinden. Tag und Zeit der Straßensperrung wird noch bekannt gegeben. Weiter wird eine für Taucha aufgestellte Desinfektions-Ordnung vorgetragen und einstimmig genehmigt. — Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung, an die sich eine Stadtverordnetensitzung für die Wahl eines Stadtverordnetenvorstehers anschloß. Die Wahl fiel auf Herrn Portzig.

Leutzsch. Gemeindebericht. Das Gesuch des Herrn Mathiesen um Entlassung als Gemeindevertreter (1. Klasse), aus Gesundheitsrücksichten, wird genehmigt und an dessen Stelle Herr Architekt A. Müller neu eingewiesen. — Mit der Gründung einer Landespensionskasse für Gemeindebeamte, Witwen- und Waisenversorgung erklärte man sich im Prinzip einverstanden. — Eine unvermutete Kassenrevision ist am 16. Dezember 1909 vom Verbandsrevisor vorgenommen worden. Ferner ist eine Nahrungsmitteluntersuchung erfolgt. Wesentliche Beanstandungen waren nicht zu verzeichnen. — Eine Beschwerde des Gemeinnützigen Vereins über die mangelhafte Straßenbeleuchtung soll berücksichtigt werden. — Die Bausachen Hörügel (Bauverbot), Coppius und Stirwocky wurden genehmigt. — Der Aufteilungsplan über das Schwylstareal (Gemeindeland) wurde nochmals an den Bauausschuß zurückverwiesen. Der Durchführung resp. Abtragung der Schulstraße auf Schmidts Areal steht nichts entgegen. — Nach dem Bericht des Wohlfahrtsausschusses wurde das Verbot des Straßenhandels auf den Straßen mit Straßenbahnbetrieb, sowie des lauten Ausrufens der Waren genehmigt. — Genehmigt wurden ferner: die Anbringung eines Schlauches mit Welle auf der großen mechanischen Schiebeleiter, die Anschaffung eines Leichentransportwagens (Handwagens) und die Uebertragung der Schankkonzession Sperling, Hauptstraße 90. — Für die Weiterberatung der Bedingungen in der Einverleibungsfrage wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, nachdem die Resolution des Ortsvereins hierzu verlesen worden war. — Nach einer Verordnung des Ministeriums soll eine Revision der Wertzuwachssteuer für unbebaute Grundstücke usw. erfolgen. — Dem Beschluß des Kirchenvorstandes auf Einführung einer Kirchensteuer wurde beigetreten. Die Bedürfnisse sind auch hier von 10000 Mk. im Jahr 1909 auf 16000 Mk. für 1910 gestiegen.

Günthersitz bei Delitzsch. Eine unangenehme Hausnachbarin ist die Arbeiterfrau Marie Nikolarozik von hier, die von der Strafkammer in Halle wegen Beleidigung, Mißhandlung und Freiheitsberaubung angeklagt war. Als sie sich eines Tages mit einer Nachbarin gezankt hatte, wurde sie grob beleidigend, bewarf ihre Gegnerin, die ein Kind an der Hand hatte, mit Holzstücken und beschüttete sie mit heißem Wasser. Glücklicherweise traf das heiße Wasser nur das Kleid der Frau. Nach längerem Streit wurde die Frau aber noch von der Angeklagten in eine Stube eingesperrt. Als die Eingesperrte sich befreien wollte, rief ihr die Wütende die Worte zu: „Warte man bis mein Mann kommt, der soll Dich schlagen, damit Du in keinen Sarg paßt." Die Angeklagte wurde wegen dieser Roheit zu 15 Mark Geldstrafe und fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

Papitz. Achtung, Gemeinderatswähler! Die Liste zu der im März stattfindenden Gemeinderatswahl liegt vom 15. Januar ab 14 Tage lang beim Gemeindevorsteher Behling zu jedermanns Einsicht aus. Die bei den letzten Gemeinderatswahlen zutage getretene Unvollständigkeit der Wählerliste macht es notwendig, sich vorher zu überzeugen, ob alle stimmberechtigten Wähler in der Liste stehen. Darum versäume niemand, Einsicht zu nehmen.

Eilenburg. Patrioten-Schmerzen. Schweres Herzeleid ist den Eilenburger Patrioten widerfahren. Die Neuesten Nachrichten melden resigniert, daß bei dem reichen Ordensregen, der anläßlich des Krönungs- und Ordensfestes in Berlin niedergegangen ist, die Stadt Eilenburg und der übrige Kreis Delitzsch „nicht ein einzigesmal, wie immer fast", bedacht worden ist. Und das trotz allen Bemühens der braven Eilenburger, die zur Feier des Tages sämtliche städtische Gebäude im Flaggenschmuck präsentierten. Diese schnöde Zurücksetzung ist um so fühlbarer, weil von den 4220 Auszeichnungen, die verteilt worden sind, auch zwei in den benachbarten Kreis Bitterfeld fielen, wo nicht nur einem Rentner aus Brehna, sondern auch einem biederen Töpfermeister aus Bitterfeld etwas ins leere Knopfloch geflogen ist. Und warum diese kränkende Zurücksetzung? Haben die hiesigen Patrioten und Ueberpatrioten ihre Königstreue und vaterländische Gesinnung vielleicht nicht ebenso laut und bei jeder Gelegenheit in die Welt hinausposaunt, wie die Bitterfelder Ordnungsstützen, oder haben sie vielleicht nicht in ebenso energischen Tönen den Kampf gegen den „roten Umsturz" gepredigt? Wahrlich, man könnte es „unsern" Patrioten nicht verübeln, wenn sie ob dieser Mißachtung ihrer so oft bewiesenen Gesinnungstüchtigkeit endlich einmal die Flinte ins Korn werfen würden.

— Selbstmord. Der 28 Jahre alte Eisendreher Otto Becker von hier, wurde im Nonnenholze bei Leipzig, unmittelbar hinter einem Bahnwärterhäuschen, fast leblos aufgefunden. Er hatte versucht, sich durch Lysol zu vergiften. Man brachte ihn ins Krankenhaus, wo er trotz ärztlicher Hilfe starb.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Unzucht mit Personen unter 14 Jahren getrieben zu haben, war der Kantor und Lehrer Salzbrenner in Markranstädt beschuldigt. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt und endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Des Wuchers angeklagt war der 56jährige Agent Friedrich Ludwig Oehlschläger, der beschuldigt war, die Notlage des 23 Jahre alten Klavierspielers Karl Leiter aus Mügeln ausgenutzt zu haben, indem er ihm eine Erbschaft im Betrage von 6500 Mk. für 1900 Mk. abkaufte. Oe. gab L. 400 Mk. in bar und einen Schuldschein über 100 Mk. Ferner bezahlte er für ihn 700 Mk. Schulden und vermittelte ihm den Kauf von Restaurationsmobiliar zum Preise von 700 Mk., die Oe. ebenfalls bezahlte. Daß L. in Not war, will Oe. nicht gewußt haben; er behauptet dagegen, er habe von dem Pferdehändler W. erfahren, daß L. eine Gastwirtschaft erwerben wolle. Das Gericht sprach den Angeklagten frei.

Ein Vierteljahrhundert in Zuchthäusern und Gefängnissen verbracht hat die 56 Jahre alte Aufwartefrau Auguste Amalie Planitz aus Grimma. Sie wurde im November nachts in einem Gartenhause am Dösener Weg schlafend angetroffen. In ihrem Besitz fand sich ein Damenschirm, der zu Gegenständen gehörte, die kurz zuvor dem Kaufmann Pr. gestohlen worden waren. Auf die Pl. fiel natürlich nun der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben. Sie bestritt ihre Schuld jedoch energisch und betonte, daß sie noch nie geleugnet habe. Diesmal aber sei sie unschuldig. Das Gericht hielt denn auch nicht für zweifelsfrei erwiesen, daß die Angeklagte den Diebstahl ausgeführt habe und sprach sie frei.

Schöffengericht.

Unrichtige Steuerdeklaration. Der Rat der Stadt Leipzig hatte gegen den Fleischermeister Ulrich in Probstheida, der auch in L.-Reudnitz Grundbesitz hat, einen Strafbefehl über 30 Mk. erlassen, weil er unrichtige Angaben über seine Einkommensverhältnisse gemacht hatte. Die Deklaration hatte sein Schwiegersohn, ein Bankbeamter, ausgefüllt, aber dermaßen falsch, daß die Steuerbehörde die Fehler bemerken mußte. Eine Steuerhinterziehung wird U. nicht zur Last gelegt, wohl aber hat er sich strafbar gemacht, daß er die falsche Deklaration unterschrieben hat. Das Schöffengericht ließ es bei der vom Rat ausgeworfenen Strafe bewenden.

Briefkasten der Redaktion.

Bund der technisch-industriellen Beamten. Wenden Sie sich wegen der Aufnahme nach Berlin, NW. 52, Werftstraße 7, oder Plagwitz, Fröbelstraße 8.

H., Lindenau. Wenden Sie sich an das Stiftungsamt der Stadt Leipzig.

Auskunft in Rechtsfragen.

H. E. Zahlen werden Sie wohl müssen. Wenn Sie glaubten, daß Sie betrogen worden seien, hätten Sie gleich etwas unternehmen sollen. Wegen der zweiten Karte können Sie die Beleidigungsklage anstrengen.

J. P. 101. Eine Berufung ist aussichtslos.

W. E. 200. Nein.

N. 1000. Sie brauchen nur mündlich oder schriftlich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu machen. Kosten entstehen Ihnen dadurch nicht.

A. B. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

J. M. H. Nein.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Grüne Erbsen und Möhren mit Pökelfleisch.
Speiseanstalt II (Töpfergasse 1): Linsen mit Wiener Würstchen.
Speiseanstalt III (Münzgasse): Linsen mit Wiener Würstchen.
Speiseanstalt IV (Riegelstraße): Milchreis mit Zucker und Zimt.
Speiseanstalt V (Wurzner Str. 55): Nudeln mit Rindfleisch.
Speiseanstalt VI (Neuß. Hallische Str.): Klöße und Meerrettich mit Pökelfleisch.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1910. Nr. 13 — Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Ueber Rauchschäden.

Der Schaden, den der Rauch der Vegetation zufügt, ist größer, als man gewöhnlich anzunehmen pflegt. Am empfindlichsten ist in dieser Beziehung der Wald, doch haben auch niedere Pflanzen des Feldes und der Wiese unter dem Einflusse des Rauchs zu leiden.

Geradezu vernichtend auf das Pflanzenleben wirkt der Hüttenrauch. Ueberall da, wo sich Hüttenwerke in größerer Zahl befinden, im Erzgebirge bei Freiberg, im Harz, im Rheinland, sind die Waldungen schwer heimgesucht, und es bedarf erheblichen Aufwandes an Zeit, Geld und forsttechnischer Geschicklichkeit, um die Waldbestände vor völligem Verderben zu bewahren. Nach den Untersuchungen, die Reuß und von Schröder über die Rauchschäden im Gebiet des Harzes anstellten, gab es dort im Jahre 1883:

358 Hektar Rauchblößen,
380 Hektar stark beschädigte Bestände,
3700 Hektar schwach beschädigte Bestände.

Wie zeigen sich die Rauchschäden? Nadelhölzer, die unter Hüttenrauch zu leiden haben, bekommen rote Nadelspitzen. Die Färbung schreitet fort bis zur Mitte der Nadeln und darüber hinaus, schließlich fallen sie ab. Das nächste Stadium der Krankheit besteht darin, daß einzelne Aeste und die Krone dürr werden: der Baum ist dem Untergange geweiht. Der ganze Habitus eines Waldes, über den regelmäßig Hüttenrauch dahinstreicht, ist mißfarbig; er entbehrt des frischen, saftigen Grüns, dessen sich Gebirgswälder in Gegenden ohne industrielle Werke zu erfreuen haben. Bei den Laubhölzern zeigen sich an den Blättern nach der Einwirkung von Hüttenrauch rostbraune Flecken und Töto-wierungen. Die Zerstörung des Blattgrüns schreitet fort und hält nicht auf, bis das ganze Blatt eine herbstliche Farbe zeigt. Wird blühendes Getreide stark von Rauch getroffen, so werden die Aehren oft taub oder doch arm an Körnern. Da sich bei andern Krankheiten der Pflanzen ähnliche Erscheinungen zeigen — z. B. an den Bäumen bei Frostschäden —, so ist die Frage, ob in einem Falle Rauchschaden vorliegt oder nicht, nicht ohne weiteres mit Sicherheit zu beantworten, und es muß eine chemische Untersuchung der beschädigten Pflanzenteile vorgenommen werden.

Die Ausdehnung der Rauchschäden auf ein Gebiet ist abhängig von der Zahl und Stärke der Rauchquellen, von der Höhe der Schornsteine, vom Wetter und von der vorherrschenden Windrichtung. Die Spuren des Rauchschadens an der Vegetation machen sich weithin bemerkbar. Die obengenannten Forscher haben im Harz in einem Falle 8000 Meter von dem Hüttenwerke entfernt an Hölzern noch deutlich wahrnehmbare Beschädigungen gefunden, die dem Rauche zuzuschreiben waren, und die nachteiligen Wirkungen des Hüttenrauchs der hohen Halsbrücker Esse machen sich noch im Tharandter Walde unangenehm bemerkbar. Durch Talwände wird die Entfernung und die Wirkung des Rauchs außerordentlich beeinflußt.

Das in unmittelbarer Nähe eines größeren Hüttenwerks gelegene Terrain zeigt gewöhnlich gar keine Vegetation und bildet eine große, kreisförmige Blöße. Daran schließt sich eine Zone, die spärlichen Gras- und Heidewuchs, wohl auch einige verkrüppelte und kümmernde Laubhölzer aufweist. Ein Gürtel mit stark beschädigten Beständen und vielen abgestorbenen Hölzern legt sich um diese Zone, dann folgt ein solcher mit minder beschädigten Bäumen, endlich ein Ring, der bloß noch Spuren des Rauchschadens zeigt.

Nicht alle Pflanzen leiden in gleicher Weise unter dem Rauch, ihre Widerstandsfähigkeit ist sehr verschieden. Laubhölzer vertragen mehr als Nadelbäume, weil sie jährliche Lauberneuerung haben und sich deshalb leichter erholen können. Unter den Koniferen ist die Tanne gegen den Rauch am empfindlichsten, dann folgen Fichte, Kiefer, Lärche. In einem Schulgarten der Ostvorstadt, in unmittelbarer Nähe einer großen Eisengießerei, befindet sich eine Anpflanzung von verschiedenen Nadelhölzern, an denen man die verheerenden Wirkungen des Rauchs so recht beobachten kann. Von den Bäumchen, die ein Alter von 5 bis 10 Jahren haben und die als kräftige Exemplare vor etwa vier Jahren in den Garten verpflanzt wurden, zeigen unsre einheimische Tanne und Fichte die größte Empfindlichkeit. Sie sind denn auch bis auf wenige Exemplare dürr geworden, und die noch vorhandenen kränkeln und zeigen bedenkliche Beschädigungen. Rote Spitzen gewahrt man auch an den weichen Nadeln der Weymouthskiefer, doch scheint mir, als ob diese sich wieder erholen wollte. Gänzlich unverletzt bis jetzt geblieben sind die Douglastanne und die Sitkafichte. Ich werde darum bei künftigen Nachpflanzungen nur exotische Nadelhölzer auswählen; sie scheinen gegen Rauchschaden völlig gefeit zu sein.

Von den Laubhölzern ist die Eiche am widerstandsfähigsten, dann folgen Ahorn, Ulme, Pappel, Vogelbeere, Birke, Linde Buche; Obstbäume sind im allgemeinen empfindlicher als die genannten. Um den Waldboden in einer von Rauch gefährdeten Gegend nutzbar zu machen, pflanze man, wenn Nadelhölzer nicht gedeihen wollen, widerstandsfähige Laubhölzer.

Auf die Frage, wie es kommt, daß der Rauch eine so schädigende Wirkung auf das Pflanzenreich ausübt, antwortete man früher: Der Ruß und die Flugasche, die Bestandteile des Rauchs bilden, legen sich auf die Blätter, verstopfen ihre Poren und verhindern das Atmen der Pflanze, so daß sie ersticken muß. Diese Ansicht ist irrig. Versuche haben ergeben, daß Ruß einen größeren Schaden nicht anzurichten vermag. Es ist vielmehr die im Rauch enthaltene schweflige Säure, die ein wahres Gift für die Pflanzen ist; damit stimmt auch überein, daß Hüttenrauch besonders schädlich ist. Die Technik hat sich, da immer und immer wieder Klagen wegen der Rauchkalamität laut wurden, bemüht, dem Uebel zu steuern, aber die Erfolge sind bis jetzt gering. Indem der Rauch durch lange Kanäle und hohe Schornsteine geleitet wird, erfolgt wohl eine teilweise Kondensation der Dämpfe, aber der im Rauch enthaltene Rest von schwefliger Säure genügt, um nachteilig auf die Vegetation einzuwirken. Das einzige Mittel, eine vollständige Absorption schwefliger Säure herbeizuführen, bildet der Kalk, doch ist das Verfahren infolge der hohen Kosten nur dort möglich, wo sich Kalkwerke in nächster Nähe finden.

Von andern den Pflanzenwuchs schädigenden Gasen sind zu nennen: Salzsäure, Arsenik, Zinkdämpfe. Quecksilberdämpfe sind auch schädlich, doch kommen Vergiftungen weniger vor, weil Quecksilberdämpfe sich leicht kondensieren lassen und sich im Umkreise nicht allzu weit verbreiten.

Ist Steinkohlenrauch für die Vegetation gefährlich? Ja. Steinkohlen enthalten mehr oder weniger Schwefelkies, also bildet sich bei der Verbrennung schweflige Säure. Diese ist zwar sehr dünn, aber sie reicht hin, um schädlich auf die Vegetation wirken zu können. Namentlich dort, wo eine starke Rauchquelle sich befindet, lassen sich ohne große Mühe Spuren von Beschädigungen finden. Feuchte, neblige Luft und Niederschläge vergrößern die Rauchgefahr. Daß sogar der Rauch von Lokomotiven Schaden anrichten kann, beweist folgender Fall: In den achtziger Jahren entdeckte man an den Talhängen des Tharandter Waldes stark erkrankte Bäume, und man war sich lange im unklaren über die Ursache der Erscheinung. Da auf der verkehrsreichen Dresden—Freiberger Bahn täglich gegen 60 Lokomotiven fuhren, deren Kohlenqualm über die Talhänge hinstrich, so stieg die Vermutung auf, daß bei den kranken Bäumen eine Vergiftung durch schweflige Säure vorliege. Wirklich fand man bei der chemischen Untersuchung eine größere Menge von Schwefelsäure in den Nadeln vor.

Völlig unschädlich für die Pflanzen ist der Holzrauch. Die Kohlenmeiler, die früher im Erzgebirge sehr häufig waren, versandten wohl mächtige Rauchwolken, aber die umstehenden Bäume litten nicht darunter. Von zwei interessanten Fällen aus Leipzigs Umgegend berichtet Stöckhard im Tharandter Jahrbuch (21, 242): „Auf dem Rittergut Eythra befanden sich in der Nähe des Schornsteins einer Kesselfeuerung zwei alte Roßkastanienbäume, die den Rauch des als Brennmaterial dienenden Eichenholzes seit Jahrzehnten ohne irgendwelche Benachteiligung ertragen hatten. Nach Einführung der Steinkohlenfeuerung wurden sie fehlfarbig, und im zweiten Jahre gingen sie ein, nachdem das mehrmals von neuem ausgeschlagene Laub immer wieder vom Steinkohlenrauch zum Absterben gebracht war. — Auf dem Rittergut Kotzschbar war der dortige Ziegelofen seit 20 Jahren ohne Schaden für die umliegende Vegetation mit Holz gespeist worden. Als der Ofen zur Steinkohlenfeuerung geändert war, zeigten sich gleich beim ersten Brande in dem benachbarten Obst- und Gemüsegarten die ärgsten Verwüstungen." H. S.

Sozialistische Reisebriefe.*

I.

London, 14. Januar 1910.

Meine Berichterstattung aus England soll den Lesern der Volkszeitung das Verständnis der hiesigen Zustände, besonders insoweit sie die Arbeiterbewegung betreffen, erleichtern. Die Kenntnis dieser Zustände ist für die deutschen Genossen um so wichtiger, als die Entwicklung der angelsächsischen Arbeiterbewegung für den internationalen Sozialismus immer bedeutungsvoller wird. Nun sind aber die britischen Verhältnisse in so mancher Hinsicht von den deutschen und den festländischen überhaupt grundverschieden, daß sie nur aus einer möglichst allgemeinen Betrachtung der Geschichte des Landes und seines jetzigen politischen und sozialen Zustands heraus begriffen werden können. Um den Leser diesem Begriffe näher zu bringen, sollen diese Briefe jedoch nicht nach wissenschaftlicher Methode von allgemein-begrifflichen Betrachtungen ausgehen, sondern sie sollen unmittelbar in die Anschauung des einzelnen und besonderen, das ich gesehen und erlebt, anknüpfen. Die wissenschaftliche Systematik mag dabei zu kurz kommen, aber hoffentlich bietet diese Methode dafür den Vorteil, daß sie sowohl für den Leser wie auch für den Schreiber kurzweiliger ist.

Uebrigens — wie soll ich denn nach strenger ökonomisch-historischer Systematik über England in einem Augenblicke berichten, wo die Eindrücke der mich umgebenden Wirklichkeit, nämlich des eben zu Ende gehenden Wahlkampfes, auf mich einstürmen und meine Aufmerksamkeit stärker fesseln, als es der Inhalt des gelehrtesten Schmökers, der auf den Bücherbrettern des British Museum ruht, tun könnte! Dieser Wahlkampf bietet Gelegenheit, in das politische Leben Englands Einblicke zu tun, wie man sie sonst nirgends und nie wiederfindet, und ich habe sie darum nach Kräften ausgenützt.

Der erste Eindruck, den der Fremde in London vom Wahlkampfe auch dann erhält, wenn er von ihm nur das sieht, was sich dem Auge und dem Ohr des gleichgültigsten Passanten auf der Straße geradezu aufdrängt, ist der eines politischen Lebens, das reger und — im bürgerlichen Sinne des Worts — freier ist und tiefere und allgemeinere Leidenschaften zum Ausdruck bringt als irgendwo sonst bei ähnlichen Gelegenheiten auf dem Festlande. Wenn aber dieser Fremde ein Sozialdemokrat ist, so wird sich zu diesem Eindruck sofort der zweite gesellen, daß an diesem politischen Leben die Arbeiterbewegung und der Sozialismus so gut wie gar keinen Anteil haben. Der Gegensatz Konservativ — Liberal beherrscht das Kampffeld ganz, und die rote Farbe der Plakate, Fahnen und ähnlichen Parteisymbole, die gegen die von den Konservativen bevorzugte blaue Farbe absticht, ist die der liberalen Partei. Von Sozialismus keine Spur.

Wohlgemerkt: die letzte Bemerkung gilt nur für London, nicht für das gesamte Großbritannien. In den Provinzdistrikten, wo die Arbeiterpartei oder sonst eine sozialistische Organisation am Wahlkampfe teilnimmt, wird das Bild natürlich einen andern Charakter bekommen. Im Londoner Stadtgebiet aber gibt es nur einen Bezirk, wo die Sozialdemokratie einen Kandidaten aufgestellt hat. London nimmt in England für die Arbeiterbewegung überhaupt nicht denselben Platz ein wie etwa Berlin in Norddeutschland, Wien in Deutsch-Oesterreich, Budapest in Ungarn oder Kopenhagen in Dänemark. Es ist nicht die industrielle Hauptstadt eines überwiegend agrarischen Landes, sondern der kommerzielle Stapelplatz eines Industriestaates. Wie für die Industrie, so liegt auch für die Arbeiterbewegung Großbritanniens der Schwerpunkt in den mittelenglischen und nördlichen Bezirken, wo der Bergbau, die Metall- und die Textilindustrie ihre Hauptsitze haben. Natürlich lebt auch in der Siebenmillionenstadt eine an sich riesige Anzahl von industriellen Proletariern, aber der Gesamtzahl der Einwohner gegenüber tritt sie eher zurück. Die örtliche Mischung der Arbeiterbevölkerung mit allerlei kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen und die relative Schwierigkeit des Verkehrs — wenigstens für die Unbemittelten — innerhalb der ungeheuer ausgedehnten Stadt, die die Arbeiterbevölkerung jedes größeren Stadtbezirks von jener der andern Bezirke absondert, erschweren überdies das Aufkommen einer starken und einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung. London steht daher in dieser Hinsicht, wie wunderbar es auch klingen mag, mancher kleineren Stadt aus der Provinz nach. Ich staunte, als ich sah, daß die Versammlung in Queens Hall, womit die S. D. P. (die sozialdemokratische Partei) die sozialistische Wahlkampagne einleitete, die als imposante Parteidemonstration beabsichtigt und angekündigt war, und wo alle bekannten Parteiführer und die Gräfin von Warwick die Stellung der Sozialdemokratie zur Wahlfrage darlegten, vor einem kaum zu zwei Dritteln gefüllten Saal stattfand. Die zweitausend Mann, die da das sozialistische London vertraten, würden sicherlich für manchen mittelgroßen Industrieort aus der Provinz eine nicht außergewöhnlich zahlreiche Zuhörerschaft gebildet haben.

Daß aber trotzdem der Sozialismus in England bereits eine Macht ist, dessen wird man auch in London gewahr, wenn man bemerkt, welche große Rolle er in der Agitation der — bürgerlichen Parteien spielt.

Das wichtigste Agitationsmittel der Liberalen und der Konservativen sind die Plakate. Die Meetings (Versammlungen) aller Art, wie sie jeden Abend in London zu Hunderten abgehalten werden, sind natürlich ebenfalls sehr wichtig, aber sie reden weder so allgemein noch so eindringlich zu der Bevölkerung wie die Plakate. Auch die Rolle der Flugblätter tritt gegen diese sehr zurück. Mit den langen Flugblättern, die manchmal an politischen Argumenten und an Tatsachenmaterial den Inhalt von ein paar Zeitungsartikeln bringen, wie sie in Deutschland üblich sind, wäre in England nicht viel anzufangen; sie würden hier nur von einer kleinen Minderheit der Wählerschaft gelesen werden, nicht aber von der mit einer nur normalen Durchschnittsportion politischen Interesses begabten Masse — und diese zu gewinnen, darauf kommt es an. An sie treten die bürgerlichen Parteien vorzugsweise mit den Mitteln heran, die der Reklamepraxis der Handelsunternehmungen entnommen sind. Man versucht viel weniger durch Argumente zu überzeugen, als durch Bilder einfache Eindrücke und Gefühle zu suggerieren. Ein Gedanke, oder richtiger eine Vorstellung wird in so vielen verschiedenen bildlichen Gestalten so oft dem Passanten vor die Augen gebracht, daß er — kraft der einfachen psychologischen Wirkung der Wiederholung der Sinneseindrücke, die dem ganzen modernen Reklamewesen zugrunde liegt — unbewußt die Vorstellung in sich aufnimmt, die dadurch sozusagen automatisch ein Bestandteil seines Intellekts und ein seine Willensrichtung bestimmender Faktor wird. Die meisten Plakate sind daher Farbensteindrucke mit höchstens ein paar Zeilen Text, der viel weniger argumentiert als durch eine knappe Erläuterung den Inhalt des Bildes verstärkt.

Diese Plakate werden meist von den nationalen Parteiorganisationen und sonstigen politischen Verbänden — Freihandelsliga, Schutzzolliga, Flottenverein usw. usw. — herausgegeben und im ganzen Lande verbreitet, wodurch die Herstellungskosten des einzelnen Plakats natürlich viel niedriger werden, als wenn sie nur für einen Bezirk dienen sollten. Diese Kosten müssen dennoch bedeutend sein; denn die meisten dieser Plakate — es gibt freilich einige wenig ruhmreiche Ausnahmen — sind künstlerisch und technisch sehr gut ausgeführt. Vor allem aber werden sie in so großer Anzahl und so rasch nacheinander herausgegeben, daß man keine Zeit hat, die Bilder satt zu bekommen. Ich schätze, daß ich im Laufe der jüngsten zehn Tage mindestens 200 verschiedene dieser farbigen Bilderplakate in London gesehen habe. Angebracht werden sie überall, wo man den Platz dafür findet — und Gott weiß, wie viele Quadratkilometer Wand- und andre Flächen in London zum Plakatkleben benutzt werden! In größeren Mengen findet man sie an den Schaufenstern der Committee-rooms (Komiteezimmer) zusammen. Diese Committee-rooms sind leere Läden oder ähnliche Lokale, die von den politischen Bezirksorganisationen gemietet und als Zentralstellen der Wahlagitation benutzt werden. Abgesehen von der Verwendung der Schaufenster dienen sie hauptsächlich als Stapelplätze für das Wahlagitationsmaterial, als Kontor für die Wahlagenten und als Treffpunkte für die Agitatoren und Hausbesucher. Sie sind übrigens alle dem Publikum zugänglich, das dort so viel Propagandaliteratur der Partei, die das Lokal gemietet hat, erhalten kann, wie es nur will. Die Zahl dieser Committee-rooms ist ungeheuer, da nicht nur alle verfügbaren leeren Läden und Wirtschaften, sondern manchmal auch Schaufenster und Teile von benutzten Läden dazu verwendet werden. Man findet manchmal ihrer zehn oder zwanzig in einer einzigen Straße, ja es kommt vor, daß in einem einzigen Hause jedes der beiden unteren Stockwerke von verschiedenen Parteien als Committee-room benutzt wird.

Der Inhalt der liberalen Plakate ist hauptsächlich die Darstellung der Regierungsaktion gegen die Lordskammer als eines Angriffs des „Volkes" auf das alles aufsaugende und unterdrückende — Grundkapital. Das Motto „das Volk gegen die Lords" gibt daher in unzähligen Variationen Anlaß, wobei stets der von seiner Grundrente lebende Lord als der Unterdrücker der gesamten übrigen Bevölkerung dargestellt wird. Fast alle Bilder sind nur darauf gerichtet, die Arbeiter für die liberale Regierungspartei zu gewinnen, und versuchen, die Aktion des Ministeriums für das Budget als eine revolutionäre Tat zugunsten aller vom Kapital — hier allerdings stets nur als das Grundkapital dargestellt — Ausgebeuteten darzustellen. Die Liberalen gehen in ihrem Bestreben, die zum Klassenbewußtsein erwachende Arbeiterschaft für ihre „revolutionäre" Aktion einzufangen, manchmal so weit, daß sie, anstatt vom „Volke" von der „Arbeiterklasse" sprechend, unmittelbar an das proletarische Klassenbewußtsein appellieren, um die Arbeiter auf die Lords zu hetzen. Der Führer der jetzigen liberalen Wahlkampagne, der Kanzler David Lloyd George, wird dabei z. B. als ein David mit phrygischer Mütze dargestellt, der an der Spitze einer überwiegend proletarischen Masse steht und den Steinwurf „Budget" schwingt gegen den Goliath des feudalen Grundkapitals, das Vertreter verschiedener großkapitalistischen Schichten anführt.

Indessen liegt die demagogische Schminke so faustdick auf all diesen Plakaten, daß sie am Ende den Liberalen mehr schaden dürften als nutzen, denn indem sie in höchster Not das Bewußtsein der Arbeiterschaft als einer ausgebeuteten Klasse wachzurufen versuchen, geraten sie in die Gefahr, daß es ihnen wie Goethes Zauberlehrling ergeht, der die Geister, die er hervorgerufen, nicht mehr bannen kann.

Im übrigen scheint die konservative Demagogie viel mehr Erfolg haben zu sollen, als die liberale. Die Liberalen versuchen ein Gefühl künstlich aufzubauschen — die Mißstimmung gegen die reaktionäre Lordskammer — das bei einer zu kleinen Minorität der Bevölkerung in ausreichendem Maße vorhanden ist, als daß es eine große politische Massenbewegung hervorrufen könnte. Die Konservativen dagegen gehen von viel stärkeren sozialen Gefühlen aus, und zwar hauptsächlich von der Furcht der Bourgeoisie vor dem Sozialismus und von der Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer wirtschaftlichen Lage, die von dem jetzigen relativen ökonomischen Rückgang Großbritanniens und der daraus entstandenen Arbeitslosigkeit besonders ungünstig beeinflußt wird.

Die Konservativen übertrumpfen die liberale Demagogie dadurch, daß sie sie demagogisch ausbeuten — was sozusagen eine Demagogie in der zweiten Potenz ergibt. Eine Anzahl von konservativen Plakaten stellt die liberale Budgetaktion als zum Sozialismus führend dar. Der Sozialismus fungiert dabei als ein fürchterliches Gespenst, das etwa „das Ende der Welt" bedeutet und dementsprechend in verschiedenen apokalyptischen Gestalten dargestellt wird. Das einemal ist es eine vielarmige rote Hydra, die sich über eine Landkarte Großbritanniens hinwälzt und Fabriken, Kirchen, Häuser, Banken, Schulen, Kasernen usw., ja sogar ein die Flotte darstellendes Panzerschiff ergreift und

* Unter dieser Ueberschrift gedenken wir eine Reihe von Artikeln aus der Feder unsres belgischen Genossen Henrik de Man zu veröffentlichen, der eine längere Studienreise ins Ausland angetreten hat und über das, was er, namentlich von der Arbeiterbewegung in den von ihm besuchten Ländern, sieht, regelmäßig zu berichten beabsichtigt. Die Redaktion.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

zermalmt. Ein andermal ist es eine Art Drache, der einen John Bull (die klassische Darstellung des Engländers mit der gelben Lederhose, der roten Jacke und den hohen Reitstiefeln) angreift, aber von diesem mit einem Knüppel, der die Bezeichnung Tariff Reform (Schutzzollsystem) trägt, abgewehrt wird; der Text lautet: Töte ihn jetzt, John! Oder der Sozialismus ist als ein Abgrund dargestellt, in den John Bull zu stürzen droht, dem von Lloyd George mit dem Taschentuche des Budgets die Augen verbunden sind. Oder es ist eine Megäre, die als glückliche Braut am Arme des Bräutigams Liberalismus spazieren geht, über dem Motto: Es ist vollbracht! Und so fort in Dutzenden von verschiedenartigen Darstellungen.

Noch mehr als von diesen Bildern, die den Spießer gruselig machen sollen, erwarten die Konservativen offenbar von denen, die darauf berechnet sind, die Unzufriedenheit der Arbeiter für die Tarifreform auszunutzen. Die Tarifreform, das heißt die Einführung eines Systems hoher Schutzzölle mit Begünstigung der britischen Kolonien, ist die Parole der Konservativen in dem ganzen vergangenen Wahlkampfe gewesen, und es hat den Anschein, als ob sie viel zugkräftiger gewesen sei, als die liberale Parole des Kampfes gegen die Lords. Denn die Konservativen haben dabei in skrupellos-geschickter Weise das Elend des Proletariats in der kapitalistischen Produktionsweise hell beleuchtet, und als eine Folge zwar nicht dieser Produktionsweise, aber doch des liberalen Freihandelssystems hingestellt, die nur durch die Tarifreform aus der Welt geschafft werden kann. Fort mit dem Elend der Arbeiterschaft, mit der Arbeitslosigkeit! — Mehr Arbeit, bessere Löhne! — das sind die Sprüche, die man auf Dutzenden von konservativen Plakaten lesen kann. In einer Anzahl von Bildern, von denen viele kunstvoll ausgeführt und schon deshalb treffend sind, werden Elendsszenen aus dem Leben der englischen Arbeiter, und namentlich der Arbeitslosen abgebildet, mit Erläuterungen wie: Der Freihandel bedeutet die Freiheit für den Arbeiter, Hungers zu sterben, oder dergleichen. So selsten, nebenbei bemerkt, die Konservativen ebenso wie die Liberalen unfreiwillige Vorarbeit für die sozialistische Agitation unter der Arbeiterschaft, die, wenn sie nur einmal zu dem Bewußtsein ihrer Klassenlage erwacht sein wird, um so rascher den Kapitalismus, ganz gleich, ob freihändlerisch oder schutzzöllnerisch, als deren Ursache erkennen wird, als sie auch — wie in Deutschland — die Folgen des Schutzzollsystems am eigenen Leibe zu spüren Gelegenheit bekommen wird.

Die Demagogie der Konservativen erweist sich aber insofern als überaus gefährlich, als sie in der brutalsten Weise gegen das Ausland hetzt und sich leider nicht ganz ohne Erfolg bemüht, die fremden, und nicht zuletzt die deutschen Arbeiter als die Feinde der englischen hinzustellen. Diese Hetze gibt das Leitmotiv für die größte Anzahl der konservativen Plakate ab. Hier werden z. B. ein englischer, ein amerikanischer und ein deutscher Arbeiter, jeder von ihnen in seiner Werkstatt, nebeneinander in drei verschiedenen Bildern dargestellt. Der Deutsche und der Amerikaner sind bei der Herstellung von allerlei Gütern beschäftigt, die durch Aufschriften auf den Verpackungskisten als für die Ausfuhr nach England bezeichnet werden; sie sehen gesund und wohlgenährt aus und haben beide einen dicken Geldsack mit der Bezeichnung „Lohn" neben sich liegen. In der Mitte sitzt der englische Arbeiter in seiner Küche vor einem leeren Schrank, über der Aufschrift: Arbeitslos geworden durch die freie fremde Einfuhr. — Auf einem andern Plakat sieht man eine Straße mit zahlreichen Geschäftshäusern; die Schilder ihrer Inhaber tragen alle deutsche, jüdische, italienische und andre fremde Namen. Der Besitzer des Ladens im Vordergrund ist ein dicker Herr, den man schon an seinem Es-ist-erreicht-Schnurrbart und seiner goldenen Brille auch dann als einen Deutschen erkennen würde, wenn der Name „von Kraus" nicht in so großen Buchstaben auf dem Ladenschild zu lesen wäre. Im Hintergrunde eine geschlossene Fabrik mit einem Schilde „Zu verkaufen"; vor der Fabrik zieht ein Demonstrationszug englischer Arbeitsloser auf. Ein drittes Bild führt uns in die Wohnung eines britischen Arbeiters ein, die das häusliche Elend eines seit Monaten arbeitslosen Proletariers verrät; der Mann sagt zu der weinenden Frau und den verlumpten Kindern: Die Ausländer haben meine Arbeit bekommen! Ein viertes Plakat zeigt eine geschlossene Fabrik, vor deren Tor eine Gruppe von ausgehungerten englischen Arbeitslosen kauert. Ueber dem Tor eine Tafel: Geschlossen infolge des unlauteren ausländischen Wettbewerbs; das Geschäft wird nach der Reform des Einfuhrzollsystems wieder aufgetan werden, ist jedoch inzwischen nach Deutschland oder sonst wohin hinübergebracht. Undsoweiter, undsoweiter! Diese Hetzmittel sind so plump, daß man sie als beinahe unschädlich betrachten können würde, wenn man nicht wüßte, daß die erstaunliche Unkenntnis der ausländischen Verhältnisse, worin 99 Prozent der Engländer leben, einen leider nur allzu günstigen Resonanzboden für sie abgeben!

Ein noch viel wirksameres Agitationsmittel haben aber die Konservativen in den Läden gefunden, in denen sie alle möglichen und unmöglichen Artikel ausstellen, die im Auslande hergestellt und nach England ausgeführt werden. Große Schaufenster werden auf diese Art mit den verschiedensten Gegenständen ausgefüllt, die meist in der schlechtesten vorhandenen Qualität gewählt worden sind, und die alle die vorgeschriebene Aufschrift: Made in Germany, oder in Austria, in Russia, in Belgium, oder sonstwo tragen. Darüber Plakate etwa des Inhalts: Alle diese Waren würden, wenn sie in Großbritannien hergestellt würden, den britischen Arbeitern Arbeit und Löhne verschaffen, jetzt bereichern sie das Ausland auf unsre Kosten. Laßt uns darum die Grenzen der ausländischen Einfuhr versperren! Bei meinen Beobachtungen vor diesen Läden habe ich gefunden, daß sie auf die meisten Zuschauer ihren Eindruck nicht verfehlten.

Ein sehr bemerkenswertes Schauspiel bieten die public houses oder bars, das heißt die Schankwirtschaften, in denen — meist vor dem Ausschanktisch aufrechtstehenden — Konsumenten alkoholische Getränke verzapft werden. Diese Einrichtungen, die übrigens ganz verschieden sind von den deutschen „Restaurationen", werden fast ausschließlich von Arbeitern — und leider auch von vielen Frauen — besucht und bilden ebensoviele Brennpunkte politischer Diskussion und Agitation. Nun befinden sich fast alle Londoner Bars in den Händen der großen Brauer und Schnapsbrenner, und diese gehören zu den mächtigsten und rührigsten Feinden der liberalen Regierung, die sie ja noch im vorigen Jahre durch die bekannte Lizenzakte in ihren Geldsackinteressen ernstlich getroffen hat. So hat sich während der ganzen Wahlkampagne nahezu jeder Londoner Bar in eine konservative Hochburg umgewandelt. Die günstige Wirkung dieses Umstandes für die Konservativen, namentlich unter den niedrigsten und dem Lumpenproletariat am nächsten stehenden Schichten der Bevölkerung, sollte nicht unterschätzt werden. Die Konservativen haben sogar versucht, ihn zur Agitation unter den organisierten Arbeitern auszunutzen, wie ein Plakatbild mit folgendem Inhalt zeigt: Zwei Arbeiter stehen vor einer geschlossenen Bar, auf deren Fensterladen eine Tafel verkündet: Geschlossen infolge der liberalen Persekutionspolitik. Der eine Arbeiter sagt zum andern: Was, sie haben jetzt auch noch unsern „pub" zugrunde gerichtet! Wo werden wir denn noch zusammenkommen können, um uns politisch aufzuklären, wo werden unsre Gewerkschaften und unsre Unterstützungsvereine fortan ihre Versammlungen abhalten können?

Im übrigen sind Liberale wie Konservative ebensowenig wählerisch in der Wahl der Mittel, ihre „Gedanken" agitatorisch zum Ausdruck zu bringen, wie in bezug auf den Inhalt ihrer Agitation selber. Der Nüancenunterschied zwischen politischer Agitation und parteigeschäftsmäßiger Reklame verschwindet mehr und mehr in dem Maße, als der Wahltermin näher rückt. In den drei, vier letzten Tagen vor der Wahl wird nur noch mit den Mitteln gröbster und plumpster Massensuggestion gearbeitet, wobei die Farbe — blau oder rot — eine Hauptrolle spielt. Es gibt keine Verrücktheit, vor der man dabei zurückschreckt. Man läßt Drachenflieger mit den Parteifarben in die Luft aufsteigen und Hunde mit riesigen dito Schleifen in den Straßen herumlaufen. Ein guter Teil der Leute, denen man begegnet, sehen insoweit diesen Tieren gleich, als sie sich ebenfalls mit Kokarden, Stricken, Schleifen, Riesenporträts „ihres" Kandidaten und ähnlichen Sachen schmücken, die zwar meist nicht sehr ästhetisch, aber doch — suggerierend wirken, und das ist die Hauptsache. Ich habe heitere Augenblicke erlebt, als ich gestern — zwei Tage vor der Wahl — den Mann, der in dem von mir bewohnten Bezirk als konservativer Kandidat fungiert, sich herumtrollen sah. Er fuhr wie rasend durch alle Gassen, von dem einen Committee-room zum andern, in einer kleinen gelben Kutsche, die von sechs zwerghaften Ponyppferden gezogen war. Die Miniaturkutsche, die offenbar dem Material von irgendeinem Affenzirkus entstammte, war mit großen blauen Schleifen geschmückt, das Zaumzeug der Pferdchen war mit Klingeln besetzt, die einen Höllenlärm machten, und hinten auf dem Bock stand ein Stallknecht in Livree, der unausgesetzt in eine Posaune blies. Der Kandidat selber war im tadellosen Gesellschaftsanzug, und sein Antlitz schmunzelte im Schatten eines ebensolchen Zylinders. Wo er ausstieg, entfaltete er eine äußerst rege Tätigkeit im Händedrücken; er ließ diese Ehre unterschiedslos jedem zuteil werden, der ihm dabei in den Weg kam. Wo er ein Kind bemerkte, rannte er darauf zu, dem ahnungslosen Geschöpfe die Backe zu streicheln, offenbar damit es zu Hause dem Vater erzähle, was für ein lieber Mann der Herr im Zirkuswagen ist. Als er wieder sein Vehikel bestieg, stand ich außer dem Bereich seiner Händedrücke, ich bekam jedoch dafür einen schönen Gruß mit dem Zylinder, als der Wagen davonfuhr. Ich hätte fast Mitleid mit dem Mann bekommen können, wenn ich es nicht vorgezogen hätte, die Sache nur von der komischen Seite zu betrachten, um mich nicht unnütz aufzuregen.

Die Komik dieser und ähnlicher Situationen, wie man sie die drei letzten Tage in London überall erleben konnte, verhindert es aber schließlich doch nicht, daß sie auch ihre Tragik haben, nämlich insofern, als ein großes Volk, in dessen Händen ein gut Teil der Entscheidung über sein eignes Schicksal liegt, und das eines erheblichen Teils der Welt dazu, sich in einer so plumpen Weise von den demagogischen Vertretern der herrschenden Klassen gängeln läßt. Wenn die sozialistische Arbeiterbewegung in Großbritannien die Macht erreicht hätte, die ihr kraft der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zukommt, so würde dieses Demagogentum bald wenigstens in der Weise abgewirtschaftet haben, daß die großen politischen Kämpfe mit Mitteln ausgefochten werden müßten, die einen ernsthafteren Ideengehalt haben und ihn mindestens zum Teil auf ein unvergleichlich höheres geistiges und moralisches Niveau heben würden. Die Betrachtung des demagogischen Rummels, den der Kampf zwischen Liberalismus und Konservatismus bedeutet, der das ganze Londoner Straßenbild beherrscht, erzeugte bald bei mir ein Gefühl des Ekels und der seelischen Depression. Ich empfand — und jeder andre Sozialdemokrat würde an meiner Stelle sicher ebenso gefühlt haben — ein mächtiges Bedürfnis, wenigstens etwas, und wenn es noch so wenig wäre, von einem politischen Kampfe der Arbeiterschaft zu sehen und zu hören, was mir hätte zeigen können, daß nicht das gesamte politische Leben in London sich in der schwülen Atmosphäre des Sumpfes bürgerlicher Geisteskorruption abspielt. Das war wohl der mächtigste Antrieb für mich, den Bezirk Haggerston aufzusuchen, wo die S. T. P. den Genossen Herbert Burrows als Kandidaten aufgestellt hat — der einzige Distrikt in London, wo die Sozialdemokratie selbständig den Wahlkampf führt gegen den liberalen wie den konservativen Kandidaten. Haggerston, eine

(Fortsetzung folgt.)

Kunstchronik.

Kunstausstellung Beyer u. Sohn. Der Kunstsalon in der Schulstraße hat diesmal kein rechtes Glück. Aller halben Jahre kommt Peter Beyer mit „Werken" nach Leipzig. Er kommt aus München. Was will der Mann in München, was will er in Leipzig, was will er überhaupt in der Malerei? Seine Art ist schon früher genügend charakterisiert worden; ich habe nichts mehr zu diesen gemalten Dingen aller Art und Richtung zu bemerken.

Auch die andre Bilderkollektion, von dem Leipziger Graß stammend, ist in mancher Hinsicht fragwürdig. Der junge Mann will Großes, und man soll ihm den Willen nicht brechen, es kann durch ernste Arbeit von Graß noch Schönes erreicht werden. Das Beste von allem, was er zeigt, sind die Lithographien, die die nächtliche Landschaft darstellen. Wie sich nun aber Graß auch ins Tageslicht wagt, mit einem Gartenblickchen, einem Blumenstück und mehr oder weniger anspruchsvollen Porträts, tritt immer peinlich hervor, daß er schmutzigtonige Farben sieht oder hat. Doch das muß zu überwinden sein, ein gut Teil Schuld muß da der Lehrer tragen. Dann aber möchte ehrliche Kritik noch die Auswüchse des jungen „Künstlertums" beschneiden, die sich in der unfreiwillig komischen Atelierszene mit „gewickelten" Modellen, in der vergnügt von Olaf Langes Radierung gemausten Salome, endlich in dem riesigen Gruppenbild der Schülervereinigung Akademia der Leipziger Akademie zeigen. Die Schuld an solchen Gernegroßmanieren trifft auch die Akademie. Graß ist begabt, hat auch tüchtig gearbeitet, hat aber an der Schule keine zwingende Künstlerpersönlichkeit gesehen, die ihm Achtung vorm Schaffen abnötigte. Andre Akademien haben solche sich geworben, damit sie durch ihr Dasein allein den nötigen Kunstkulturunterricht bewirken, damit sie einmal mit ein paar gelegentlichen sachlichen Bemerkungen durch den Arbeitssaal schreiten und den lebenden Beweis darstellen: es gibt in der deutschen Malerei und Bildnerei eine Masse Leute, die viel oder wenig können, die Geschmack haben oder nicht, die Kultur beim Schaffen haben oder nicht, die sich alle Künstler nennen, ohne es zu sein; es gibt in Deutschland nur 10 bis 12 Künstler, und einer ging soeben vorbei. An der Akademie gibt es wohl ein paar Leute, die annähernd an dieses Lehrideal mit der Zeit herankommen würden, wenn nicht der eine zu sehr Beamter wäre und die andern sich nicht als Beamte zu fühlen brauchten.

Im graphischen Kabinett stellt sich ein sehr interessanter Radierer vor: Joseph Uhl. Der Inhalt der vielen symbolisch beredten Blätter ist scharf anschaulich und scharf nachdenklich — fast etwas zu scharf. Man fühlt sich etwas zwischen Trug und Wahrheit gestellt, zwischen kulturkritischen oder philosophischen Ernst und pointierten Knalleffekt des Satirikers. So ist der „Dichter", der mit fliegendem Sternenmantel harfend durch die Landschaft wetzt, hart an der Grenze des bildnerisch Möglichen, schon auf dem Sprunge zur Karikatur. Auch im formalen Ausdruck ist Uhl nicht immer wahrhaft und eigen, er hat zu intensiv Klinger, Thoma, Geiger (den er prachtvoll porträtiert), die Kollwitz und Rops studiert, als daß er nicht in stilistische Reminiszenzen fiele. Aber wir wollen nicht zu scharf scheinen, wir gestehen, daß uns Uhl fesselte und sehr viel Wertvolles bot.

Dr. S.

•

Theaternachrichten siehe unter Leipziger Angelegenheiten.

Notizen.

Winterwärme. Das erste Viertel des gegenwärtigen Winters, nämlich die Zeit von seinem kalendermäßigen Anfang, dem 22. Dezember 1909, bis jetzt, hat sich in Mitteleuropa durch eine abnorm hohe Wärme und durch die Geringfügigkeit der Schneefälle ausgezeichnet. Schon die erste Hälfte des Herbstes charakterisierte sich als viel zu warm, und die Witterung war in dem überwiegend größten Teil von Mitteleuropa trocken und sonnig. Von der ersten Dekade des Oktober teilt J. Maurer (Zürich) in der Meteorol. Zeitschr. sogar die Merkwürdigkeit mit, daß sie in der Schweiz wärmer gewesen sei als die ganze erste Julihälfte! Wie hinzugefügt wird, lag die Temperatur auch in den weiter östlich gelegenen Ländern, in Tirol und Oesterreich, in der ersten Dekade des Oktober nur wenig tiefer als in der ersten Hälfte des Juli. Doch auch die zweite und dritte Dekade des Oktober blieben viel zu warm, die Temperatur hielt sich in fast ganz Deutschland über dem Mittelwert, ebenso brachte der Anfang des November noch zu hohe Wärme. Ein Umschwung trat zunächst in Süddeutschland mit dem 5. November ein, um welche Zeit die ersten schwachen Nachtfröste einsetzten, die sich bald vereinzelt auch in Mittel- und Norddeutschland einstellten. Am 12. und 13. November setzten in verschiedenen Gegenden die ersten geringen Schneefälle ein, die sich vom 16. November an bei sinkender Temperatur überall ausbreiteten, so daß vom 21. November an bis zum Ende dieses Monats fast ganz Deutschland und die Nachbarländer unter einer zusammenhängenden Schneedecke lagen. In vielen Gegenden, vorwiegend im kontinentalen Süden, Osten und in Mitteldeutschland, kam es während dieser Periode zu scharfem Frost, die Temperatur ging am 26. und 28. November im Osten bis auf — 12 Grad Celsius herab. Anfang Dezember erhob sich die Temperatur wieder bedeutend über die normale, so daß die Schneedecke schnell abschmolz. Bis zum 13. Dezember stellten sich dann zwar vielfach geltnde Nachtfröste ein, gleichwohl blieb die Temperatur zumeist über dem Mittel. Eine zweite Kälteperiode begann am 14. Dezember, wieder hatten der Süden und Osten die tiefsten Minima: am 17. Bromberg — 12 Grad und München — 15 Grad, am 18. Bromberg —12 Grad und München — 14 Grad; erneute Schneefälle begannen am 18. und 19. Dezember zuerst im Norden und verbreiteten sich in den folgenden Tagen abermals. Mit dem kürzesten Tag, dem 22. Dezember, hörten aber auch die stärkeren Nachtfröste wieder auf, und die Temperatur stieg in fast ganz Deutschland wieder über das Mittel. Eine Periode mit schwachen Nachtfrösten und vereinzelten Schneefällen nahm darauf am 31. Dezember ihren Anfang, doch blieben die Fröste nach einigen Tagen vorwiegend auf den Süden und Osten beschränkt, im allgemeinen lag die Temperatur dauernd über dem Mittel, so daß das erste Drittel des Januar sehr mild blieb. Vielfach kam es während dieser Dekade zu seltenen Extremen, so erhob sich die Temperatur mehr als 9 Grad C. über das Mittel am 8. Januar in Neufahrwasser und Bromberg, am 9. Januar in Kiel und Hannover, am 10. in Grünberg, Breslau und Karlsruhe und am 11. in Dresden. Am 11. Januar zog als Wirkung eines tiefen Luftdruckminimums ein schweres Unwetter heran, das im Norden mit Gewittererscheinungen begann und unter heftigen Stürmen am 12. und 13. Januar ausgebreitete Schneefälle brachte; indessen lag die Temperatur wiederum noch zu hoch, so daß die Schneedecke nicht von Bestand war. Ueberblicken wir nach dem Gesagten den bisherigen Verlauf der kalten Jahreszeit, so werden wir erkennen, daß die Witterung sich im ganzen durch sehr große Milde auszeichnete und nur wenig von dem eigentlichen rauhen Wintercharakter trug. Die Ursache dieses Verlaufs haben wir naturgemäß in dem Verhalten der Sonne zu suchen, deren Eruptions- (Flecken-) Tätigkeit jetzt in stetiger Abnahme begriffen ist. Wir haben aber aus demselben Grunde die wenig tröstliche Aussicht auf einen im allgemeinen regnerischen, kühlen Sommer 1910.

A. Stentzel.

•

Die Drachenstation bei Hamburg. Das Verdienst, mit der Ausnutzung des Flugdrachens für wissenschaftliche Zwecke bahnbrechend vorangegangen zu sein, gebührt dem amerikanischen Meteorologen Rotch. Er fand aber sehr bald Nachfolger in Europa, und die Vertreter der Witterungskunde in Deutschland haben dies neue Forschungsmittel mit besonderer Tatkraft und Planmäßigkeit in Benutzung genommen. Es gibt jetzt schon drei Plätze, wo ständige Drachenflüge zu wissenschaftlichen Zwecken ausgeführt werden, und zwar in ganz verschiedenen Teilen des Reichs, einmal bei Berlin, zweitens bei Hamburg und drittens an oder auf dem Bodensee. Der Drachenstation, die bei dem Dorf Großborstel bei Hamburg gelegen ist, widmet Dr. Wendt in den Illustrierten Aeronautischen Mitteilungen eine eingehende Schilderung, aus der man sich über alle Einzelheiten der Apparate der Anstalt und ihre Handhabung unterrichten kann. Gegründet wurde die Station im Jahre 1908 auf Veranlassung der Deutschen Seewarte, der sie auch jetzt zugehört. Dem Stationsgebäude und dem Drachenschuppen wurde zwei Jahre später noch eine Ballonhalle hinzugefügt, um eine Beteiligung an den internationalen Ballonaufstiegen durchzuführen. Das Hauptgebäude enthält die Werkstatt, wo auch die Drachen selbst verfertigt werden, und die Schreibstube, die ja nun einmal nirgends fehlen darf. Der Drachenschuppen schließt sich unmittelbar an die Werkstatt an und an jenen wieder der Ballonschuppen, der gleichzeitig ein Kohlenlager und eine Abteilung für die Erzeugung des Wasserstoffs umfaßt. In einiger Entfernung vom Drachenschuppen steht auf einem kleinen künstlichen Hügel ein nach allen Richtungen drehbares Häuschen, in dem sich die Winde für den Flugdrachen befindet. Wenn es die Windverhältnisse irgend zulassen, wird, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, jeden Tag ein Drachen aufgelassen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist der Wind aber während des vierten Teils aller Werktage ungenügend, und man hat daher den Plan gefaßt, an diesen Tagen Fesselballon aufsteigen zu lassen, damit keine Unterbrechung in der Erkundung der oberen Luftschichten eintritt. Ferner trägt man sich mit dem Wunsch, die Station überhaupt zu verlegen, da ihre Umgebung durch elektrische Hochspannungsleitungen einen für die Versuche gefährlichen Charakter angenommen hat. Falls nämlich beim Abreißen des die Drachen haltenden Drahts dieser mit den Leitungen in Berührung kommen würde, so könnte eine große Gefahr für die Bedienungsmannschaft an der Station entstehen. Die Arbeiten sind durch diese Rücksichtnahme stark behindert, weil man die Drachen, um eine zu starke Anspannung des Drahts zu vermeiden, aus diesem Grunde nicht höher als bis ca. 2500 Meter steigen läßt. Der Antrag auf Verlegung der Station hat bisher noch keine Genehmigung gefunden. Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit nimmt ganz Deutschland nach wenigen Stunden zur Kenntnis, da sie für den öffentlichen Wetterdienst der Seewarte sofort Verwertung finden. Die Drachen werden in den verschiedensten Formen hergestellt und benutzt. Für die Registrierballons gelangen Gummiballons von etwa zwei Meter Durchmesser mit Fallschirm zur Verwendung. Die Flugbahn der Ballons wird mit einem Theodoliten verfolgt, um die Windrichtung in den höheren Schichten des Luftmeers festzustellen. —

Eingelaufene Schriften.

Miß Dudelsack. Operette in drei Akten von Fritz Grünbaum und Heinz Reichert. Musik von Rudolf Nelson. Klavierauszug mit vollständigem Text von Otto Lindemann. Berlin, Verlag Harmonie. Preis 10 Mark.

Artur Drews, Die Petruslegende. Ein Beitrag zur Mythologie des Christentums. Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag G. m. b. H. Preis 1 Mark.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19100118/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG